

Stand: 09.07.2025 19:28:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/3620

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/3620 vom 22.06.2005
2. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 28.06.2005
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/4303 des VF vom 24.11.2005
4. Beschluss des Plenums 15/4366 vom 29.11.2005
5. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 29.11.2005
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 15.12.2005

## **Gesetzentwurf**

### **der Staatsregierung**

#### **zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes**

##### **A) Problem**

Novellierungen des Gesetzes über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz - LPartG) vom 16. Februar 2001 (BGBl I S. 266) durch das Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts vom 15. Dezember 2004 (BGBl I S. 3396) und das Gesetz zur Änderung des Ehe- und Lebenspartnerschaftsnamensrechts vom 5. Februar 2005 (BGBl I S. 203) haben den Partnern einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft die Möglichkeit weiterer namensrechtlicher Erklärungen eröffnet, für deren Entgegennahme im Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (AGLPartG) vom 26. Oktober 2001 (GVBl S. 677) noch keine zuständige Behörde bestimmt ist. Auch die daraus resultierende, für die Aufgabenerfüllung anderer Behörden erforderliche Datenübermittlung ist noch nicht geregelt. Außerdem regelt das AGLPartG nicht, wem gegenüber die durch Art. 17b Abs. 2 Satz 1 EGBGB ermöglichte Rechtswahl im Hinblick auf die Wahl eines Lebenspartnerschaftsnamens entsprechend Art. 10 Abs. 2 EGBGB zu erklären ist.

##### **B) Lösung**

Zuständige Behörde für die Entgegennahme und Beglaubigung namensrechtlicher Erklärungen der Lebenspartner sind gemäß Art. 1 Abs. 1 Satz 1 AGLPartG die Notare mit Amtssitz in Bayern. Diese Regelung hat sich bewährt und soll deshalb durch den vorliegenden Gesetzentwurf auf die durch die Novellierungen des LPartG hinzugekommenen möglichen namensrechtlichen Erklärungen sowie auf die Möglichkeit der Ausübung einer Rechtswahl im Hinblick auf die Wahl eines Lebenspartnerschaftsnamens erstreckt werden. Die hieraus resultierenden Mitteilungspflichten werden entsprechend angepasst.

##### **C) Alternativen**

Keine

##### **D) Kosten**

Für die öffentlichen Haushalte entstehen keine Kosten. Der Notar erhebt für die Entgegennahme einschließlich öffentlicher Beglaubigung einer namensrechtlichen Erklärung, soweit sie nicht bei der Begründung einer Lebenspartnerschaft abgegeben wird, eine Gebühr in Höhe von 50 Euro (Art. 5 Satz 1 Nr. 2 AGLPartG). Wird die Erklärung bei Begründung einer Lebenspartnerschaft abgegeben, fallen keine gesonderten Kosten an. Diese Regelung wird auf die neu hinzukommenden namensrechtlichen Erklärungen erstreckt.



## Gesetzentwurf

### zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes

#### § 1

Das Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (AGLPartG) vom 26. Oktober 2001 (GVBl S. 677, BayRS 404-3-J) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 werden vor den Worten „des Lebenspartnerschaftsgesetzes“ die Worte „und Abs. 5, § 9 Abs. 5“ und nach dem Klammerzusatz „(BGBl I S. 266)“ die Worte „sowie nach Art. 17b Abs. 2 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche“ eingefügt.
2. Art. 3 wird wie folgt geändert:
  - a) Es wird folgender neuer Abs. 4 eingefügt:

„(4) Der Notar teilt die Erteilung des Lebenspartnerschaftsnamens an ein Kind (§ 9 Abs. 5 des Lebenspartnerschaftsgesetzes) mit

    1. falls die Geburt des Kindes im Inland beurkundet ist, dem Standesbeamten, der das Geburtenbuch führt, in dem die Geburt beurkundet ist,
    2. falls die Geburt des Kindes im Inland nicht beurkundet ist, aber ein Familienbuch für die Ehe der Eltern angelegt wurde, dem Standesbeamten, der dieses Familienbuch führt,
    3. falls weder die Geburt des Kindes im Inland beurkundet ist noch ein Familienbuch für die Ehe der Eltern angelegt wurde, der für das Kind zuständigen Meldebehörde.“
  - b) Die bisherigen Abs. 4 und 5 werden Abs. 5 und 6.
  - c) In Abs. 5 (neu) werden nach dem Wort „Lebenspartner“ die Worte „sowie die Mitteilungen nach Abs. 4 Nrn. 1 und 2“ eingefügt.

#### § 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. November 2005 in Kraft.
- (2) Mit Ablauf des 12. Februar 2006 tritt die durch § 1 Nr. 1 bewirkte Änderung des Art. 1 Abs. 1 Satz 1 AGLPartG außer Kraft, soweit vor den Worten „des Lebenspartnerschaftsgesetzes“ die Worte „und Abs. 5“ eingefügt worden sind.

#### Begründung:

##### A. Allgemeines

Mit Urteil vom 18. Februar 2004 - 1 BvR 193/37 - (BGBl I S. 431) hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass § 1355 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht mit Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz vereinbar ist, soweit er ausschließt, dass Ehegatten zum Ehenamen einen durch frühere Eheschließung erworbenen Familiennamen bestimmen können, den einer von beiden zum Zeitpunkt der Eheschließung führt. In Reaktion auf dieses Urteil hat der Bundesgesetzgeber mit dem durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Ehe- und Lebenspartnerschaftsnamensrechts vom 6. Februar 2005 (BGBl I S. 203) angefügten Art. 229 § 13 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB) Ehegatten, die vor dem 12. Februar 2005 die Ehe geschlossen und einen Ehenamen bestimmt haben, die Möglichkeit eröffnet, bis zum 12. Februar 2006 gemeinsam gegenüber dem Standesbeamten zu erklären, dass sie statt des ursprünglich gewählten Ehenamens, welcher der Geburtsname eines der Ehegatten sein musste, nunmehr als Ehenamen einen im Zeitpunkt der Bestimmung des Ehenamens von einem der Ehegatten geführten Namen wählen können, der jedoch nicht der Geburtsname dieses Ehegatten war. Für Partner einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft gilt gemäß § 3 Abs. 5 des Gesetzes über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz - LPartG) vom 16. Februar 2001 (BGBl I S. 266), der durch Art. 3 Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung des Ehe- und Lebenspartnerschaftsnamensrechts angefügt wurde, Entsprechendes, wobei die Erklärung gegenüber der nach Landesrecht zuständigen Behörde abzugeben ist.

§ 9 Abs. 5 LPartG (angefügt durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. b des Gesetzes zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts vom 15. Dezember 2004, BGBl I S. 3396) regelt das Recht der Lebenspartner, durch Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde dem in den gemeinsamen Haushalt der Lebenspartner aufgenommenen unverheirateten Kind eines Lebenspartners, dem die elterliche Sorge für dieses Kind allein oder gemeinsam mit dem anderen Elternteil zusteht, ihren Lebenspartnerschaftsnamen zu erteilen.

Art. 17b Abs. 2 Satz 1 EGBGB schließlich ordnet im Hinblick auf die Möglichkeit einer international-privatrechtlichen Rechtswahl bezüglich der Wahl eines Lebenspartnerschaftsnamens die entsprechende Geltung des Art. 10 Abs. 2 EGBGB an, der Ehegatten die Möglichkeit gibt, das für die Namenswahl geltende Recht durch Erklärung gegenüber dem Standesamt zu wählen. Insoweit bedeutet die in Art. 17b Abs. 2 Satz 1 EGBGB angeordnete „entsprechende“ Geltung des Art. 10 Abs. 2 EGBGB, dass die Wahl nicht gegenüber dem Standesbeamten, sondern gegenüber der nach Landesrecht zuständigen Behörde zu erfolgen hat (Coester, in: Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Ergänzungsband zur 4. Aufl. (Stand: Februar 2005), Rdnr. 69 zu Art. 17b EGBGB).

Für alle genannten Fälle fehlt im Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (AGLPartG) vom 26. Oktober 2001 (GVBl S. 677) die Bestimmung der nach Landesrecht zuständigen Behörde. Der vorliegende Gesetzentwurf soll Abhilfe schaffen, indem die bereits in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 AGLPartG für die Entge-

gennahme sonstiger namensrechtlicher Erklärungen bestimmte Zuständigkeit der Notare mit Amtssitz in Bayern auf die genannten Fälle erweitert wird.

Die Erteilung des Lebenspartnerschaftsnamens an ein Kind muss im Geburtseintrag des Kindes (§ 31a Abs. 2 Satz 2 Personenstandsgesetz), ggf. im Familienbuch der Eltern (§ 15 Abs. 2 Nr. 4 Personenstandsgesetz) vermerkt und außerdem der zuständigen Meldebehörde zur Kenntnis gebracht werden (Art. 3 Abs. 1 Nr. 1, Art. 10 Satz 1 Meldegesetz), weshalb das Gesetz entsprechende Mitteilungspflichten des Notars begründet. Die namensrechtliche Erklärung gemäß § 3 Abs. 5 LPartG wird demgegenüber bereits von der Meldepflicht gemäß Art. 3 Abs. 3 und 4 AGLPartG erfasst, so dass insoweit kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

#### **B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung**

Jedenfalls die durch die Anfügung von § 3 Abs. 5 und § 9 Abs. 5 LPartG entstandene Lücke im AGLPartG kann nicht im Wege der Analogie ohne gesetzgeberisches Handeln geschlossen werden, da die genannten Vorschriften im Zeitpunkt des Erlasses des AGLPartG noch nicht bestanden, so dass sich die zur Anwendung eines Analogieschlusses erforderliche Planwidrigkeit der Regelungslücke nicht begründen ließe. Anders verhält es sich zwar im Hinblick auf Art. 17b Abs. 2 Satz 1 EGBGB in Verbindung mit Art. 10 Abs. 2 EGBGB. Im Zuge der ohnehin erforderlichen gesetzlichen Regelung sollte jedoch zumindest klargestellt werden, dass die Notare mit Amtssitz in Bayern auch für die Entgegennahme und gegebenenfalls Beglaubigung einer Rechtswahl hinsichtlich der Wahl des Lebenspartnerschaftsnamens zuständig sind.

#### **C. Zu den einzelnen Vorschriften**

**Zu § 1** (Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes)

Zu Nr. 1 (Art. 1)

Durch die Änderung wird die bewährte Zuständigkeit der Notare auf die neu hinzugekommenen namensrechtlichen Erklärungen gemäß § 3 Abs. 5 LPartG und § 9 Abs. 5 LPartG erstreckt und klargestellt, dass die Notare auch für die Entgegennahme einer Rechtswahlerklärung gemäß Art. 17b Abs. 2 Satz 1 EGBGB in Verbindung mit Art. 10 Abs. 2 EGBGB zuständig sind.

Zu Nr. 2 Buchst. a und c (Art. 3 Abs. 4 und 5)

Durch die Ergänzung der Mitteilungspflichten wird sichergestellt, dass eine Namensänderung des Kindes durch Einbenennung gemäß § 9 Abs. 5 LPartG dem zuständigen Standesbeamten zwecks Eintragung eines Randvermerks im Geburtenbuch, in dem die Geburt des Kindes beurkundet ist, gegebenenfalls im Familienbuch der Eltern, sowie der zuständigen Meldebehörde mitgeteilt wird.

Zu Nr. 2 Buchst. b

Folgeänderung zu Nr. 2 Buchst. a.

**Zu § 2** (In-Kraft-Treten)

Die Vorschrift regelt das In-Kraft-Treten des Gesetzes. Im Hinblick darauf, dass Erklärungen gemäß § 3 Abs. 5 LPartG in Verbindung mit Art. 229 § 13 EGBGB nur bis zum 12. Februar 2006 abgegeben werden können, bestimmt Abs. 2 im Interesse der Rechtsbereinigung, dass diese neu geschaffene Zuständigkeit der Notare mit Ablauf dieses Datums wieder entfällt.

## 45. Sitzung

am Dienstag, dem 28. Juni 2005, 15.00 Uhr  
in München

Geschäftliches .....	3325	Verweisung in den Rechtsausschuss .....	3350
<b>Geburtstagswünsche</b> für die Abgeordneten <b>Johanna Werner-Muggendorfer, Wolfgang Vogel</b> und <b>Franz Kustner</b> .....	3325	<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Bayerischen Gesetzes über</b> <b>das Erziehungs- und Unterrichtswesen</b> (Drs. 15/3621) – Erste Lesung –	
<b>Aktuelle Stunde</b> gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD <b>„Pleiten, Pech und Pannen – das Versagen der</b> <b>CSU-Staatsregierung in der Wirtschafts- und</b> <b>Unternehmenspolitik“</b>		Staatsminister Siegfried Schneider .....	3350
Franz Maget (SPD) .....	3325	Karin Pranghofer (SPD) .....	3351
Dr. Otmar Bernhard (CSU) .....	3327	Georg Eisenreich (CSU) .....	3351
Dr. Martin Runge (GRÜNE) .....	3329, 3345	Simone Tolle (GRÜNE) .....	3352
Staatsminister Dr. Otto Wiesheu .....	3330, 3340	Verweisung in den Bildungsausschuss .....	3352
Franz Josef Pschierer (CSU) .....	3336	<b>Abstimmung über Anträge</b> , die gemäß § 59 Ab- satz 7 GeschO <b>nicht einzeln beraten</b> werden (s. a. Anlage)	
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) .....	3337	Beschluss .....	3353
Engelbert Kupka (CSU) .....	3338	<b>Antrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Leitlinien der zukünftigen bayerischen Verkehrs-</b> <b>politik</b> (Drs. 15/2545)	
Dr. Heinz Kaiser (SPD) .....	3339, 3346	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3438)	
Klaus Stöttner (CSU) .....	3341	und	
Peter Hufe (SPD) .....	3342	<b>Antrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Tempolimit</b> (Drs. 15/2551)	
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) ...	3343	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3441)	
Werner Schieder (SPD) .....	3344	und	
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Gesetzes über die Kostenfrei-</b> <b>heit des Schulweges</b> (Drs. 15/3619) – Erste Lesung –			
Verweisung in den Bildungsausschuss .....	3348		
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Gesetzes zur Ausführung des</b> <b>Lebenspartnerschaftsgesetzes</b> (Drs. 15/3620) – Erste Lesung –			
Ernst Weidenbusch (CSU) .....	3348		
Adelheid Rupp (SPD) .....	3348		
Christine Stahl (GRÜNE) .....	3349		

**Antrag** der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Tempolimit innerorts** (Drs. 15/2553)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3442)

und

**Antrag** der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Einführung eines Grenzwertes für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen**

(Drs. 15/2566)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3445)

und

**Antrag** der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ökologische Folgen des Luftverkehrs verringern**

(Drs. 15/2567)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3463)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE) . . . . . 3353, 3366  
 Roland Richter (CSU) . . . . . 3356  
 Dr. Thomas Beyer (SPD) . . . . . 3357, 3366  
 Klaus Dieter Breitschwert (CSU) . . . . . 3362  
 Staatssekretär Georg Schmid . . . . . 3363, 3364  
 Ruth Paulig (GRÜNE) . . . . . 3364  
 Staatsminister Dr. Otto Wiesheu . . . . . 3365, 3367

Beschluss zum Antrag 15/2545 . . . . . 3368

Beschluss zum Antrag 15/2551 . . . . . 3369

Beschluss zum Antrag 15/2553 . . . . . 3369

Beschluss zum Antrag 15/2566 . . . . . 3369

Beschluss zum Antrag 15/2567 . . . . . 3369

Schluss der Sitzung . . . . . 3369

(Beginn: 15.06 Uhr)

**Präsident Alois Glück:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 45. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch drei nachträgliche Glückwünsche aussprechen. Jeweils einen halbrunden Geburtstag feierten am 22. Juni Frau Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer und Herr Kollege Wolfgang Vogel sowie am 23. Juni Herr Kollege Franz Kustner. Ich gratuliere den Genannten sehr herzlich im Namen des gesamten Hohen Hauses und wünsche ihnen alles Gute.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

#### Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Pleiten, Pech und Pannen – das Versagen der CSU-Staatsregierung in der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik**“ beantragt.

Die Regeln der Geschäftsordnung sind hinlänglich bekannt und bedürfen keiner Wiederholung. Ich bitte Sie, auf mein Signal zu achten, und rufe als ersten Redner Herrn Kollegen Maget auf. 10 Minuten!

**Franz Maget (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen – das ist der aktuelle Hintergrund dieser Aktuellen Stunde – wird die größte, die einzig nennenswerte bayerische Privatbank, die Hypo-Vereinsbank,

(Joachim Herrmann (CSU): Die einzig Nennenswerte?)

in das Eigentum der italienischen Unicredit übergehen. Das, was einst von der CSU-Staatsregierung als Markenzeichen für den Bankenplatz Bayern schlechthin gepriesen wurde, geht jetzt sang- und klanglos in italienischen Besitz über. Wir wissen, dass angesichts der schwierigen Lage, in der sich die HVB befindet, diese Lösung wahrscheinlich noch die beste unter allen schlechten darstellt.

(Joachim Herrmann (CSU): Also?)

Wir wissen auch, dass die Garantie für das Deutschlandgeschäft, die der HVB gegenüber gegeben wurde, gut und wichtig ist, wir wissen aber auch, dass von dieser Übernahme durch Unicredit natürlich eine Gefahr für Tausende von Arbeitsplätzen in Bayern ausgeht, und wir wissen, dass dieses natürlich auch einen schweren Rückschlag für den Bankenplatz Bayern darstellt.

Wir stellen fest: Die Übernahme der HVB durch Unicredit ist eine weitere herbe Niederlage der Staatsregierung in ihrer Industrie- und Wirtschaftspolitik und zeigt wieder einmal das klägliche Scheitern der CSU-Industriepolitik auf.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Denn Tatsache ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Überall, wo die Staatsregierung, insbesondere der bayerische Ministerpräsident selbst oder sein Wirtschaftsminister, Einfluss auf die Unternehmenspolitik nimmt oder mit staatlichen Beteiligungen direkt oder indirekt verwoben ist, gibt es früher oder später, aber auf jeden Fall am Ende ein Debakel.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Pfui! Unglaublich! – Zurufe von der SPD: So ist es!)

Überall, wo es schief geht, gehen die Akteure der Staatsregierung dann auf Tauchstation und machen sich vom Acker. Dort aber, wo es ausschließlich aufgrund unternehmerischer Leistung Erfolge zu vermehren gibt, haben Sie nichts Anderes und nichts Besseres zu tun, als sich dort lautstark mitfeiern zu lassen und sich mit fremden Federn und mit fremdem Geld zu schmücken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Bilanz zeigt: Herr Stoiber und Herr Wiesheu sind die größten wirtschaftspolitischen Schaumschläger unter dem weiß-blauen Himmel,

(Beifall bei der SPD)

und sie sind unternehmenspolitische Rohrkrepierer.

Ich nenne Ihnen einige Beispiele dafür: Als vor einigen Jahren BMW die Firma Rover in England übernommen hat, war Herr Stoiber in den „Tagesthemen“ sieben Minuten und dreißig Sekunden zu sehen, und er hat diese Übernahme von Rover durch BMW als den bisher größten Erfolg der bayerischen Industriegeschichte gefeiert. Er hat so getan, als hätte er Rover aus der eigenen Tasche bezahlt. Als sich wenige Jahre danach herausgestellt hat, dass diese Entscheidung von BMW vielleicht nicht die beste ihrer Unternehmensgeschichte gewesen ist, hat man von Herrn Stoiber nichts mehr gesehen. Er war nicht in den „Tagesthemen“, er war nicht einmal in der „Rundschau“. Ich glaube, er hat zu diesem Zeitpunkt die Firma BMW überhaupt nicht mehr gekannt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Als BMW vor einigen Wochen ein neues Logistikzentrum in Dingolfing eröffnet hat – eine gute Entscheidung für Bayern! –, war Herr Stoiber natürlich wieder mittendrin und mit dabei und auf allen Fotos ganz vorn drauf.

(Staatsminister Erwin Huber: Recht hat er!)

Als vor einigen Monaten in Ihrem Heimatbezirk in Niederbayern, Herr Kollege Huber, Siemens 300 Arbeitsplätze verloren hat, die nach Rumänien verlagert wurden, waren weder Sie in diesem Betrieb zu sehen noch Herr Stoiber. Dort, wo es schief läuft, ist von Ihnen nichts zu hören und nichts zu sehen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Warum gehen Sie denn nicht dorthin, wo Arbeitsplätze verloren gehen? Das ist auch etwas, was man von einem bayerischen Minister verlangen könnte. Als das Unternehmen Novartis erfreulicherweise seinen Sitz in Holzkirchen genommen hat, war Herr Stoiber gleich mit mehreren Ministern dabei und hat diese unternehmerische Entscheidung, die gut ist, den Medien als einen weiteren Beleg für die Stärke des Standortes Bayern verkündet. Als aber „Knorr-Bremse“ vor einigen Jahren Tausende von Arbeitsplätzen aus München verlagert hat, war das kein Beleg für die Qualität des Standortes Bayern. Dazu haben Sie keinen Satz der Kommentierung gefunden.

Als in Hof vor zwei Jahren der erste und bisher einzige Automobilzulieferer – Herr Kollege König, Sie kennen das Unternehmen –, die Firma Altec aus Spanien, 150 Arbeitsplätze geschaffen hat, war Herr Stoiber mit drei Ministern anwesend und hat sich dafür feiern lassen. Als die Firma Rodenstock aus dem Bayerischen Wald verschwunden ist, hat man von der Bayerischen Staatsregierung nichts gesehen und nichts gehört.

Als die Bundesregierung es vermocht hat, „Galileo“, ein wirkliches Zukunftsprojekt, nach Bayern zu bringen, hat Herr Wiesheu monatelang nichts anderes im Sinn gehabt, als auch diese Entscheidung der Bundesregierung als eine Entscheidung hinzudrehen, die auf dem Mist der Bayerischen Staatsregierung gewachsen sei. Als aber die Firma Hutschenreuther aus Bayern verschwunden ist, hat man von der Staatsregierung kein Wort dazu gehört.

Sie sind überall dabei und schmücken sich mit fremden Federn, wo Entscheidungen der Unternehmen gut laufen, Sie sind aber spurlos verschwunden, wo unternehmerische Entscheidungen schlecht laufen. So ist es jetzt auch bei der Hypo-Vereinsbank. Bei der Fusion von Hypobank und Vereinsbank 1998 ließ sich der Bayerische Ministerpräsident als Chefunterhändler feiern. Ich zitiere den Bayerischen Ministerpräsidenten 1998. Er sagte: „Entscheidend ist, dass in München eine Superregionalbank entsteht, die gleichzeitig Europas größter Immobilienfinanzier ist.“ Dass genau das das entscheidende Problem der Hypobank gewesen ist, wurde damals leider unterschlagen. Die Medien berichteten damals von einem geradezu genialen Schachzug, mit dem Stoiber diese Fusion eingefädelt habe, indem sie steuerfrei vonstatten gehen konnte. Es gab damals für den bayerischen Staat einen Steuerausfall von 2,5 Milliarden Euro, den diese Fusion gekostet hat.

Jetzt geht das Ganze den Bach runter, und die Staatsregierung hat nichts, aber auch gar nichts vermocht, um die Übernahme der Hypo-Vereinsbank abzuwenden, und der Bayerische Ministerpräsident ist vollständig abgetaucht. Er hat diese schwerwiegend negative Entscheidung für

Bayern bisher mit keinem Wort kommentiert, geschweige denn, dass er irgendetwas unternommen hätte, um sie zu verhindern.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Er hat das mental noch nicht verkräftet!)

Es kommt noch hinzu, dass der Freistaat Bayern bei der Hypo-Vereinsbank Stiftungsvermögen im Wert von mehreren Hundert Millionen Euro durch eine falsche Anlagesstrategie verloren hat. Das Stiftungsvermögen betrug 1,2 Milliarden Euro. Sie, Herr Kollege Falthäuser, können mir sagen, wie der Börsenstand heute ist. Der Wert dieser Anlage wird heute vielleicht 600 Millionen Euro betragen. Das heißt, Sie haben allein durch Ihre verfehlte Anlagesstrategie, die Kollege Schieder im Ausschuss jahrelang kritisiert hat,

(Beifall bei der SPD)

bei der Hypo-Vereinsbank für den Freistaat Bayern 600 Millionen Euro in den Sand gesetzt.

Das gleiche Muster, die gleichen Pannen gibt es immer und immer wieder. Bei der Maxhütte haben Sie kein Konzept für den Erhalt des einzigen Stahlstandortes in Bayern gefunden. Bei Viag haben Sie erst die Schaffung dieses großen bayerischen Industriekonzerns bejubelt und haben dann zuschauen müssen, wie er von Veba übernommen wurde und jetzt den Sitz in Düsseldorf hat. Kein einziger Bayer hat bei Eon heute noch ein Wörtchen mitzuschmecken. Alles ist den Bach hinuntergegangen.

Bei der Firma Kirch war es das Gleiche. Sie haben gejubelt, Herr Huber, als die Kirch-Gruppe Formel 1-Rechte gekauft hat. Sie haben persönlich mitgewirkt, als dieses schlechte Geschäft zustande kam. Danach haben Sie sich gar nicht mehr erinnern können, dass Sie das selbst eingefädelt haben. Bei Grundig war es so, bei Fairchild Dornier war es so. Es ließe sich eine ganze Liste vortragen, und das wäre noch eine unvollständige Liste.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen. Diese Beispiele zeigen eindeutig: Überall dort, wo die Staatsregierung in der Unternehmenspolitik Einfluss nimmt, erleben Sie ein Debakel. Lassen Sie die Finger von Unternehmenspolitik, Sie können es nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ein Wirtschaftsminister Stoiber, ganz abgesehen davon, dass sich diese Frage Gott sei Dank so nicht stellt, wäre ein Desaster für Deutschland. Das zeigt sein Debakel hier in Bayern.

(Beifall der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Worum Sie sich kümmern sollten, meine Damen und Herren – –

(Zuruf von der CSU: Um die Zeit!)

**Präsident Alois Glück:** Herr Kollege, ich bin schon sehr großzügig mit der Redezeit.

**Franz Maget (SPD):** Der letzte Satz: Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten endlich durch eine gute Infrastruktur und durch eine gute Bildungspolitik in unserem Land die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Unternehmen hier erfolgreich arbeiten können. Das reicht; das wäre allerdings auch überfällig.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Bernhard.

**Dr. Otmar Bernhard (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Maget, das allermeiste, was Sie hier vorgetragen haben, ist weder aktuell noch besonders originell.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das haben wir hier im Hause schon mehrmals diskutiert. Es zeugt davon, dass Ihre politische Innovationskraft sehr gering ist und hauptsächlich aus Polemik besteht, die Sie hier zum Besten gegeben haben.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber wenn es danach geht, dann dürften Sie überhaupt nichts mehr sagen, weil Sie immer nur alte Klamotten auspacken!)

Was Sie hier auf den Tisch gelegt haben, ist ein Sammel-surium völlig unterschiedlicher Tatbestände, für die Sie die Bayerische Staatsregierung verantwortlich machen wollen, aber die sind mit nichts anderem verbunden, als dass Sie hier ein bisschen Wahlkampf machen wollen, noch dazu Wahlkampf mit Oldtimern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Ich will auf ein paar Punkte eingehen. Die Privatisierung haben Sie angesprochen. Die Privatisierung in Bayern war sehr erfolgreich. Dem stimmen Sie zu. Wunderbar. Nur, was haben Sie gemacht? – Sie haben zunächst gegen die Privatisierung protestiert, polemisiert, von der Verschönerung des Tafelsilbers gesprochen. In der zweiten Stufe haben wir uns darüber gestritten, wie man das Geld verwendet. Wir haben es für Zukunftsinitiativen und -offensiven eingesetzt. Was haben Sie gemacht? Sie haben gefordert, wir sollten das in den Haushalt geben, genauso, wie Sie es im Bund gemacht haben, wo das Geld verdampft ist.

Dritte Stufe. Herr Kollege Kaiser, die SPD fordert die Privatisierung von Eon-Aktien. Wunderbar, guten Morgen SPD! So weit zu Ihrer Privatisierungspolitik, die Sie hier in Bayern betrieben haben. Gewiss ist in einer dynamischen Wirtschaft nicht berechenbar, wie sich Unternehmen entwickeln und wo sie ihren Sitz haben. Es war sicher eine gewisse Illusion, dass man geglaubt hat, man könne auf

Dauer den Sitz in Bayern halten, keine Frage. Nur, was haben Sie denn gemacht? – Sie haben eine Energiepolitik gemacht, die die Eon-Aktien ganz massiv nach unten getrieben hat, weil Sie die Unternehmen und auch die Bürger mit riesigen Energiekosten belastet haben; seit 1998 23 Milliarden Euro, Herr Kollege Maget! Sie haben damit dem Energiestandort Bayern viel massiver geschadet, als es die Frage tut, ob der Sitz von Eon hier in Bayern ist oder in Düsseldorf. Das Erlebnis haben wir ja in diesen Tagen, wo die deutsche Aluminiumindustrie ankündigt, ins Ausland zu gehen. Das ist das Ergebnis der Energiepolitik und Industriepolitik, die Sie betreiben.

Jetzt nehme ich das andere Beispiel, wo Sie am Anfang auch große Schwierigkeiten gemacht haben. Wir hätten heute keinen A 380, und wir hätten keine Deutschen im Vorstand

(Zuruf des Abgeordneten Peter Hufe (SPD))

von Airbus – so ist es natürlich –, wenn es nach Ihnen gegangen wäre,

(Franz Maget (SPD): Wo wird denn der gebaut? Wird der denn in Bayern gebaut?)

und wir hätten keinen Flughafen da draußen, wenn nicht Franz Josef Strauß damals die wichtigen und richtigen Weichenstellungen getroffen hätte. Das sind Ihre politischen Pleiten und Pannen in der bayerischen Politik; wenn Sie ehrlich wären, würden Sie das zugeben.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wo denn? Da fällt Ihnen nichts ein!)

Herr Kollege Maget, der Verlust von Arbeitsplätzen, die Insolvenz von Unternehmen in Bayern, das ist eine sehr ernste Angelegenheit, der man nicht mit Polemik beikommen kann, wie Sie das hier getan haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir dürfen es nicht! Das dürfen nur Sie!)

Wie spielt sich denn das in der Praxis ab? Ein Unternehmen – ich erinnere mich noch an die Demonstrationen in Sulzbach-Rosenberg – droht in Insolvenz zu gehen. SPD und Gewerkschaften protestieren, machen Transparente, auf denen steht: „Staatsregierung hilf!“ Dann hilft die Staatsregierung,

(Franz Maget (SPD): Eben nicht!)

und dann ist es im Einzelfall natürlich so, dass nicht jede Sanierung gelingt. Hunderte gelingen lautlos, aber einige gelingen leider nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Und da gehen Sie her und polemisieren und sagen, die Staatsregierung sei schuld. Das ist billig, das ist unseriös, und das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, dass sich die betroffenen Arbeitnehmer die Augen reiben werden über das, was Sie hier verzapfen. Das kann ich Ihnen sagen, und das ist auch mit ein Grund, warum die SPD in Deutschland nicht mehr die Partei der Arbeitnehmer ist, wie Sie inzwischen wissen.

Was ist denn das eigentliche Problem? Warum gehen denn Arbeitsplätze hier kaputt? Warum werden denn Arbeitsplätze verlagert? – Daran sind doch im Wesentlichen Sie schuld, weil Sie Ihre Reformverweigerung in Berlin gepflegt haben.

(Widerspruch bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So? Das ist ja die Höhe!)

– Natürlich ist das so. Da brauchen Sie nicht zu lachen. Das ist sehr ernst. Wir verlieren jedes Jahr in Deutschland 260 000 industrielle Arbeitsplätze. Wenn Sie das weitermachen könnten, wovor uns Gott bewahre, dann wäre die Bundesrepublik im Jahr 2030 industriefrei, mit allen Folgen. Sie wäre nicht nur industriefrei, sondern auch eine Menge Dienstleistung und Forschung wäre mit abgewandert.

(Johanna Werner Muggendorfer (SPD): Hören Sie doch auf!)

Das, meine Damen und Herren, neben Managementfehlern und anderen – das will ich gar nicht in Abrede stellen –, ist der Grund, warum Industriebetriebe in Deutschland und in Bayern in die Knie gehen und abwandern. Ihre Unternehmenspolitik – Sie kritisieren unsere! – produziert im Jahr rund 40 000 Pleiten. Das sind Ihre Pleiten und Ihre Pannen und nicht die der Bayerischen Staatsregierung.

Ich will eines ganz klar sagen: Sie tun so, als säße die Bayerische Staatsregierung im Vorstand der Hypobank und im Aufsichtsrat und würde dort die Dinge regeln und steuern. Das ist doch überhaupt nicht der Fall und überhaupt nicht möglich. Das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD) – Dr. Martin Runge (GRÜNE): Stoiber hat so getan vor der Fusion!)

Es ist mehr als scheinheilig und verantwortungslos, wenn Sie hier so tun, als ob Risiken übernommen würden. Meistens ist es zunächst im politischen Einverständnis, und dann schlagen Sie sich in die Büsche, schreien laut und tun so, als hätte die Bayerische Staatsregierung dafür die Verantwortung. Ich bin sicher, dass Sie auch mit dem heutigen Unternehmen der Aktuellen Stunde eine Pleite erleben werden, weil die Menschen, die betroffen sind, sehen, dass Sie hier eine ganz schäbige Parteitaktik betreiben.

Wir sind der Meinung, dass diese Politik, mit vernünftigen Sanierungskonzepten Unternehmen zu helfen, sie am Standort zu halten, richtig ist. Das wollen wir auch weiter tun, auch wenn es in Einzelfällen leider nicht erfolgreich ist. Bei einigen dieser Unternehmen, die Sie angesprochen haben, gibt es natürlich auch technologische Probleme. Aber hier ist es so, dass auch die Bayerische Staatsregierung nicht diese Technologie produziert und

auch nicht für die Markteinschätzung zuständig ist, sondern das sind die Unternehmen. Aber wir tun alles, um eine Technologiepolitik zu betreiben, die Rahmenbedingungen schafft, dass Unternehmen in Deutschland bleiben können.

Und was tun Sie, Herr Kollege Maget, gerade hier in München? Sie sind gegen die Neutronenquelle! Sie machen in Berlin ein Gentechnikgesetz, das in absehbarer Zeit dazu führen wird, dass wir in Deutschland bestimmte Bereiche der Gentechnik nicht mehr haben werden und auch keine entsprechenden Arbeitsplätze mehr haben werden. Genauso sind Sie jetzt gegen den Transrapid, der ein wichtiges industriepolitisches Projekt ist.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Seit 150 Jahren!)

Das sind Ihre technologischen Pleiten, Herr Maget, die Sie produzieren und die die Zukunft des Standorts Bayern schädigen würden, nicht die der Bayerischen Staatsregierung.

Noch eine Bemerkung zu Kirch, nur ganz kurz, wir haben leider nicht viel Zeit. München ist eine Medienmetropole. Ich sage, dass hieran Herr Kirch und die Medienpolitik der Bayerischen Staatsregierung Anteil daran haben, Herr Kirch einen maßgeblichen, auch wenn er später in wirtschaftliche Probleme gekommen ist. Tausende von Münchnern und Bürgern im Umland verdanken Herrn Kirch ihren Arbeitsplatz. Ich denke, dass die kein Verständnis haben werden für Ihre permanente Polemik.

Was tun Sie denn hier am Medienstandort München? Ich habe von der SPD noch nie etwas zum Medienstandort Bayern und München gehört, weiße Karte, außer dass Herr Ude in München manchmal Verserl vorliest und Bücher für Radfahrer herausgibt. Ansonsten tun Sie für den Medienstandort München überhaupt nichts, meine Damen und Herren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist unglaublich! Jetzt reicht es! – Karin Radermacher (SPD): Ist das keine Polemik?)

Eine letzte Bemerkung zur Hypo. Ich bin der Meinung, die Fusion war damals richtig. Es war der Versuch, eine größere Bank in Bayern zu schaffen. Die Staatsregierung ist nicht für das operative Geschäft zuständig, auch nicht für die Risiken, die es damals gegeben hat, die es im Übrigen in vielen Banken gegeben hat, nicht nur bei der Hypo-Vereinsbank. Das ist ein Problem der Struktur der Banklandschaft in Deutschland, über die wir seit Jahren diskutieren und die noch weitere Fusionen notwendig machen wird. Insofern gibt es überhaupt keinen Grund zur Aufregung und zur Polemik.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich glaube, dass Ihr heutiges Unternehmen, diese Aktuelle Stunde, insgesamt wirklich eine Pleite ist, weil Sie nichts beitragen können außer Polemik in der bayerischen Politik, nichts Positives, nichts Konstruktives. Unsere Privatisierungspolitik war erfolgreich, und die Hilfestellung für in Not geratene Unternehmen ist bei vernünftigen Sanierungsperspektiven wirtschaftspolitisch sinnvoll und sozialpolitisch

notwendig, auch wenn das die SPD, die Partei der Arbeitnehmer, wofür sie sich rühmt, offenbar nicht mehr sehen will.

Die Botschaft der SPD in dieser Aktuellen Stunde an die Arbeitnehmer ist, dass sie offenbar nicht gewillt ist, in solch schwierigen Fällen, in Schiefklagen vernünftig zu helfen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Helfen wäre ja recht, aber nicht in die Pleite führen!)

sondern dass der SPD parteipolitische Ränkespiele wichtiger sind

(Beifall bei der CSU)

als eine solide und seriöse Politik. Aber auch dem, meine Damen und Herren, können die Wähler in Bayern am 18. September begeben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist Ihre halbe Stunde bald um?)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder das gleiche Lied, das gleiche Spiel: Gibt es etwas Erfolgversprechendes zu verkünden, dann reklamieren Stoiber und die Seinen sofort die Urheberschaft, und bei schlimmen Ereignissen wie auch bei schlimmen Zahlen wird jedes Mal abgetaucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist egal, ob es sich hierbei um gesamtwirtschaftliche Daten oder um Unternehmensschicksale handelt. Geht's gut, war's Stoiber, geht's schlecht, waren es immer die anderen.

Die Liste der Pleiten, von Pech und Pannen ist ellenlang. Ein paar Unternehmen sind genannt worden. Die Hypo-Vereinsbank, Grundig, Bayernwerk, Maxhütte, LWS, Kirch, aber auch die ganzen Onlineaktivitäten mit den Telecentern könnten wir herausbrechen, die OWZ GmbH und viele Unternehmensschicksale mehr, wo es ganz massiven Einfluss der Staatsregierung gab, auch wenn Herr Bernhard treuherzig versucht hat, uns etwas anderes glauben zu machen, und wo es dann eben massiv schief gegangen ist.

Ich erlaube mir, geschätzter Kollege Maget, die Liste in der Überschrift noch zu erweitern. Ich sage nämlich: Pleiten, Pech, Pannen, Rechtsbrüche und Filz. So muss man es nämlich nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich greife einige wenige Beispiele heraus: Die Maxhütte ist kurz angesprochen worden. Im Grunde muss das Fazit wirklich lauten: Kaputtsanierung auf dem Rücken der Beschäftigten, gut 500 Millionen Mark an Steuergeldern in den Sand gesetzt, davon die letzten 74 Millionen Mark wirklich illegal gegen die Vorschriften des einschlägigen Stahlbeihilfekodex. – So viel zu den Rechtsbrüchen, aber dafür bringen wir noch jede Menge weiterer Beispiele. So sieht die Bilanz aus.

Dabei erinnern wir uns noch gut an die Jubelchöre, es war im Jahr 2000, über die Rettung der Maxhütte. Da haben die Herren Wiesheu und Stoiber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wer war der Wirt? – Der Wirt war der damalige CSU-Freund und Großspender Max Aicher, der letztlich die Rettung verhindert hat. Es war schon vorher klar, dass er auf dem einen oder anderen Weg die Firma ausplündert, und er hat dann auch die letzte Sanierungsmöglichkeit, nämlich die Übernahme von Stahlwerk und Röhrenwerk durch Grossmann, damals verhindert. Ganz entscheidend war ja: Die Staatsregierung wollte ihrem Freund Herrn Aicher die Übernahme der restlichen Maxhütteanteile auch noch versüßen mit weiteren 180 Millionen Steuermark. Dies ist dann Gott sei Dank durch die Europäische Kommission verhindert worden. Fazit: Die Staatsregierung hat zum einen auf den falschen Mann gesetzt, zum anderen auf die falsche Technik.

Wir haben immer gesagt: Leute, Ihr müsst weggehen von der Verhüttung über Hochöfen hin zur Sekundärverhüttung. Das kostet zwar Arbeitsplätze, aber nur so ist der Laden sanierungsfähig. Leider ist das damals nicht gemacht worden gegen die großen Mehrheiten aus SPD und CSU, und heute stehen wir eben vor dem Scherbenhaufen.

Schneider Technologies ist angesprochen worden. Herr Wiesheu, es tut uns allen Leid, dass Sie damals auf einen Hochstapler hereingefallen sind. Nachdem Sie sich großartig für die Rettung des Unternehmens im Unterallgäu haben feiern lassen und auch bei den Gläubigerbanken im Wort gestanden sind, konnten Sie Ihre Fehler halt nicht eingestehen. Was ist passiert? – Systematisch ist eine Schadensabwälzungsaktion durchgeführt worden zulasten der Steuerzahler, zulasten der Letztanleger, zugunsten der Gläubigerbanken und zugunsten auch mancher Großanleger. Ebenso systematisch ist der Landtag immer wieder mit der Unwahrheit bedient worden. Die Sanierungsaktivitäten der Staatsregierung und der LfA waren so angelegt, dass sie von Anfang an keinen Gewinn für das Unternehmen und seine Mitarbeiter hätten bringen können. Fazit: Millionen an Steuergeldern sind in den Sand gesetzt worden, unter anderem auch Gelder der LfA und der Bayerischen Forschungsstiftung. Es war ein wohl inszenierter Börsenschwindel, nicht mehr und nicht weniger.

Zum Thema Hypo-Vereinsbank: Herr Bernhard hat ganz unschuldig getan. Wir haben aber vorher doch die Zitate gehört. Ist jetzt das, was vorher verkündet wurde, richtig oder das, was hinterher dementiert wurde? Beides kann ja wohl nicht zusammengehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt war doch: Die kränkelnde Vereinsbank musste unbedingt mit der damals schon schwer angeschlagenen Hypobank zusammengehen. Es galt schließlich, den Bankenstandort München gegenüber dem Standort Frankfurt zu stärken. Das Ganze hat sich sehr schnell als Fass ohne Boden erwiesen. Es hat sich sehr schnell erwiesen, dass viel zu viele Leichen im Keller waren, unter anderem die Immobilienfinanzierung in den neuen Ländern. Unser Ministerpräsident war ja auch in anderen Fällen sehr begeistert von diesem guten Geschäft. Es gab aber auch andere uneinbringbare Darlehen, ich nenne nur das Stichwort Kirch. Ergebnis ist jetzt das Aus für die Bayernbank, die jetzt allenfalls als Satellit von Mailand aus gesteuert wird.

Es gibt aber auch noch ein anderes sehr bedauerliches Ergebnis für den Freistaat Bayern, nämlich die Anlage der Gelder der Forschungs- und der Landesstiftung. Auch dies wurde schon kurz angesprochen. Das ist immer kritisiert worden – Sie können es beispielsweise im Rechnungshofbericht für 1993 und 1996 nachlesen, wo es ganz klar heißt: Das ist nicht rentierlich, schaut euch an, was öffentliche Anleihen an Zinsen bringen würden. Das Ergebnis war: Es musste nachgeschossen werden aus regulären Haushaltsmitteln. – Schön, dass Sie nicken, Herr Neumeier.

Gleichzeitig ist davor gewarnt worden, nur in eine Bank hineinzugehen. So etwas macht kein Anleger. Das Ergebnis ist jetzt, dass auch noch ein massiver Substanzverzehr droht. Fakt ist, dass die Stiftungsgelder missbraucht worden sind für bank-, industriepolitische und vor allem imagepolitische Ziele, und so etwas ist schlicht und einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt haben wir als Presseerklärung die wunderschöne Replik des Kollegen Herrmann lesen dürfen

(Franz Maget (SPD): Airbus, das ist Klasse!)

auf das Thema der Aktuellen Stunde und auch schon den ersten zaghaften Ansatz des Kollegen Bernhard. Da lesen wir: Aktive Wirtschaftspolitik Bayerns erfolgreich. Bayern betreibt erfolgreiche Industriepolitik. Von uns klar die Botschaft: Wir sind schon immer sehr vorsichtig gewesen und haben gesagt, bestimmte Unternehmenspolitik hat der Staat, hat die Regierung nicht zu machen. Wir freuen uns über das Einlenken der SPD, wenn ich das so verstehen darf, was die Unternehmenspolitik angeht. Ergebnis der von Ihnen, Herr Bernhard, als erfolgreich skizzierten Unternehmens- und Industriepolitik ist doch, dass ein Unternehmen nach dem anderen an die Wand gefahren worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU))

Herr Herrmann, Sie geißeln in Ihrer Presseerklärung die Rekordarbeitslosigkeit. In Bayern gibt es bedauerlicherweise einen ganz massiven Anstieg bei den Arbeitslosenzahlen. In absoluten Zahlen wie auch in relativen Zahlen haben wir uns gegenüber anderen Bundesländern ver-

schlechtert. Herr Stoiber ist mit dem Spruch angetreten, er wolle die Arbeitslosenzahlen halbieren. Als er im Mai 1993 anfang, waren wir bei 269 000, im Mai dieses Jahres hatten wir beispielsweise 466 000, also von wegen Halbierung. Es hat fast eine Verdoppelung stattgefunden.

In den letzten sechs Jahren schaut es im Vergleich mit Baden-Württemberg und Hessen in Bayern noch sehr viel schlechter aus. Jetzt kommt unser Wirtschaftsminister Wiesheu treuherzig mit der Ausrede – ich schaue zur Bank der Journalisten, die die Ausrede immer glauben –, Bayern würde ungleich stärker durch Zuwanderung und durch Berufspendler aus anderen Bundesländern belastet. So war es kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“ nachzulesen. Da empfehle ich einen Blick in die statistischen Jahrbücher. Das ist wirklich eine freie Erfindung. Der Einwohnerzuwachs Bayerns entspricht dem Baden-Württembergs, und was den Pendlersaldo betrifft, liegt er in Baden-Württemberg beim Zweieinhalbfachen und in Hessen beim Zweifachen dessen von Bayern. Diese Länder haben also mehr Pendler zu verkraften. Das heißt, diese Ausrede kann nicht ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hoderlein (SPD))

Die regionalen Disparitäten werden immer wieder bestritten. Sie sind im Grunde genommen relativ gewachsen. Schauen Sie sich doch auf der einen Seite die Zahlen von Donauwörth und Freising an, die von Coburg und Hof auf der anderen Seite! – Fazit: Kehren Sie doch bitte mal vor der eigenen Haustür, bringen Sie den eigenen Laden in Ordnung, anstatt immer nur auf die anderen zu zeigen! Ein Superminister Stoiber als Wirtschafts- und Finanzminister wäre der Super-Gau für die Republik. Diesen gilt es zu verhindern!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Dr. Wiesheu.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Ausredner!)

**Staatsminister Dr. Otto Wiesheu** (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte bei diesem Thema gern auf einige Punkte eingehen. Eine Vorbemerkung: Herr Maget, eigentlich hätte ich Ihnen bei diesen Themen im Bayerischen Landtag etwas mehr Seriosität und mehr Argumentationskraft zugetraut.

(Christa Steiger (SPD): Ausgerechnet!)

Die geistige Tieffliegerei, die hier heute praktiziert worden ist, sollte man nicht auf Dauer praktizieren. Es ist leider so.

(Karin Radermacher (SPD): Da sind wir jetzt aber gespannt auf Ihre Höhenflüge!)

Herr Runge hat eine alte Rede recycelt; die hat er hier schon dreimal gehalten, und sie kommt immer wieder. Sie

sagen, Unicredit und HVB zeigten das Scheitern der CSU-Industriepolitik.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Es geht um die Fusion Hypo-Vereinsbank!)

– Dazu will ich Ihnen mitteilen, falls Sie es noch nicht gelesen haben: Die Fusion von HVB und Unicredit ist nicht im bayerischen Kabinett beschlossen worden, sondern vom Aufsichtsrat der Hypo-Vereinsbank und vom Aufsichtsrat der Unicredit. Sie sagen doch immer, wir sollten uns raushalten. Das ist ein Beispiel, wo wir uns herausgehalten haben.

(Lachen bei der Opposition – Dr. Martin Runge (GRÜNE): Nachdem Sie sie vorher in den Dreck gefahren haben!)

– Ihr Lachen zeigt die pralle Dummheit, die Sie bei dem Thema haben. Sie tun so, als ob nur die Hypo-Vereinsbank in Deutschland Probleme hätte.

(Franz Maget (SPD): Ja, ja!)

– Jetzt passen Sie auf: Sprechen wir doch von der Fusion von Hypo und Vereinsbank. Schauen Sie sich doch die Lage einmal an! Wie war es bei den deutschen Banken in den letzten Jahren? – Die Deutsche Bank hatte massive Schwierigkeiten und hat Tausende von Leuten entlassen. Wie war es bei der Dresdner Bank? – Die Dresdner Bank hatte massive Schwierigkeiten und wäre wahrscheinlich schon – ich weiß nicht, wo –, wenn nicht die Allianz dort eingestiegen wäre.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die schmeißen doch die Leute nur raus, weil sie Gewinn machen wollen, nicht weil sie Schwierigkeiten haben!)

– Denken Sie doch erst einmal nach, bevor Sie hier quatschen! Die Dresdner Bank wäre irgendwo, wenn die Allianz sie nicht übernommen hätte. Die Übernahme der Dresdner Bank war für die Allianz und das Rating der Allianz sowie die Kursbewertung der Allianz von Schaden. Das hat aber nichts mit der bayerischen Industriepolitik zu tun.

Auch die Commerzbank hatte über Jahre hinweg größte Schwierigkeiten. Bei anderen Banken war es genauso. Dass die Banken in der Börsenbewertung in Deutschland derzeit alle weit unten sind – das war nicht nur die Hypo-Vereinsbank, sondern das gilt generell –, liegt daran, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland so miserabel ist. Das schlägt auf die Banken durch, und deswegen haben sie zu kämpfen. Und da kommen Sie daher und meinen, das wäre ein spezifisch bayerisches Problem! Das ist ein gesamtdeutsches Problem, weil in Berlin eine derart miserable Wirtschaftspolitik betrieben wird, dass es der Wirtschaft insgesamt schlecht geht.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der Opposition)

Fragen Sie doch einmal bei den Banken nach, was an Forderungsausfällen zu verzeichnen ist, wenn wir derzeit 40 000 Pleiten haben. Diese 40 000 Pleiten haben wir nicht in Bayern, sondern in Deutschland. Da schlägt die Bundespolitik durch.

(Franz Maget (SPD): Die schlechte Bundespolitik ist auch für das Logistikzentrum von BMW zuständig, oder? Ist da auch die Bundespolitik schuld? – Joachim Wahnschaffe (SPD): 17 % Rendite hatte die Deutsche Bank!)

– Jetzt passen Sie auf! Herr Clement hat zum Beispiel am Samstag vor einer Woche gesagt, man solle doch nach Branchen unterschiedliche Tarifverträge machen.

Da nenne ich Ihnen gleich einmal ein Beispiel, weil Sie von BMW reden. Machen Sie doch einmal einen Tarifvertrag für die Automobilbranche. Wie schaut dieser Tarifvertrag denn aus? Nehmen Sie BMW als Maßstab oder Audi oder Opel oder Ford? Was ist denn Ihr Maßstab?

(Franz Maget (SPD): Aha! Was ist die Konsequenz? BMW läuft gut, weil es in Bayern ist? Ford läuft schlecht, weil es in Köln ist?)

– Opel stellt zurzeit Tausende von Leuten aus. Wenn ich Ihre Argumentation nehme, müsste ich sagen: BMW läuft gut, weil es in Bayern ist. – So argumentieren Sie!

(Franz Maget (SPD): Nein, Sie argumentieren so!)

Sie argumentieren so, als ob in der Bundesrepublik alles prächtig wäre, und nur in Bayern haben wir Probleme. Das war doch Ihre Argumentation.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie verwechseln Ursache und Wirkung!)

Jetzt stellt sich heraus, dass in der Automobilindustrie in Bayern bei BMW und Audi die Dinge am besten laufen, bei MAN auch. Mercedes läuft gut. Dort, wo andere regiert haben – wenn Sie es schon so simpel haben wollen –, läuft es nicht gut, Sie wissen, dass Opel Tausende von Leuten ausstellt. Bei Ford hat man Debatten.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wer hat denn auf die HVB Einfluss genommen? – Franz Maget (SPD): Ist das der Erfolg der Bundespolitik, oder?)

Bei VW hat man Schwierigkeiten, wie Sie wissen.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Das ist doch längst vorbei! – Franz Maget (SPD): Aha! Was ist die Konsequenz?)

– Ja, ja, jetzt sagt er „Aha“!

(Franz Maget (SPD): Weil BMW in Bayern ist, läuft es gut, oder wie?)

– Sie haben beanstandet, dass der Ministerpräsident in Niederbayern bei der Einweihung eines BMW-Betriebes war. Sagen Sie einmal, Herr Maget, was hat denn Herr Schröder in Leipzig gemacht? Hat Herr Schröder in Leipzig die Investition von BMW bezahlt?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Warum steht Unicredit denn so gut da?)

Sie sagen doch, Stoiber tut so, als hätte er die Investition bezahlt. Hat denn Herr Schröder das bezahlt? Er ist in Leipzig groß aufgetreten und hat große Sprüche gemacht.

(Franz Maget (SPD): Wo war denn Herr Stoiber bei der HVB? – Gegenruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU): Jedenfalls nicht im Aufsichtsrat!)

Das ist die Entscheidung der beiden Aufsichtsräte. Genauso wie es die Entscheidung von Siemens war, die Handy-Sparte zu verkaufen. Soll das denn der Ministerpräsident entscheiden? Es war auch die Entscheidung von anderen Betrieben, zu fusionieren, oder die Entscheidung der Werften im Norden Deutschlands zu fusionieren. Da hätte auch ein Werftenkonzept von Herrn Schröder nichts bewirkt. Es war auch die Entscheidung von EADS, jedenfalls des deutsch-französischen Zweigs, jetzt drei Monate lang einen Personalstreit zu führen.

(Franz Maget (SPD): Sie haben doch gesagt, Airbus sei ein Beispiel für bayerische Industriepolitik!)

Der Bund hat zu EADS gesagt: Jetzt hört einmal zu streiten auf! – Herr Maget, Sie haben vorhin derart viel Blech geredet, dass Sie sich jetzt einmal etwas Vernünftiges anhören müssen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der Opposition)

Noch einmal: Erklären Sie doch einmal, was Herr Schröder zu der Investition von BMW in Leipzig beigetragen hat! Gar nichts. Aber er ging hin und hat groß verkündet, wie schön das ist. Erklären Sie doch einmal, was Herr Schröder bei Porsche in Zuffenhausen zum Vertrag für Standortsicherung beigetragen hat. Der Vertrag war noch gar nicht abgeschlossen, als er kam; dafür kam er zu früh.

(Franz Maget (SPD): Stoiber kommt immer zu spät!)

Er hat gar nichts dazu beigetragen, aber der Herr Bundeskanzler kommt natürlich daher und sagt: Aha, das ist eine schöne Sache. Aber er redet nicht davon, dass die Wertschöpfung bei den Fahrzeugen von Porsche zu 80 % im Ausland erarbeitet wird. Das wird immer schön verschwiegen. Das ist dann plötzlich kein Thema mehr.

(Franz Maget (SPD): Wie schaut's denn da bei Audi aus?)

Bei Holzmann war Herr Schröder anfangs auch präsent.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das durfte natürlich nicht fehlen!)

Bei Holzmann war Schröder am Anfang auch präsent, aber dann war er verschwunden.

Leute, habt ihr denn noch nicht gemerkt, dass ihr das falsche Thema gewählt habt?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Jetzt reden wir über eure Fehler!)

Da komme ich jetzt gleich dazu; das hätte ich fast vergessen: Bei Rodenstock waren wir natürlich präsent, um über das Thema zu reden. Das haben Sie gar nicht mitbekommen.

Die Entscheidung von Galileo Industries ist für München gefallen. Das stand auf der ersten Seite der „Süddeutschen Zeitung“ interessanterweise Herr Ude mit einem großen Artikel, obwohl er bis dahin noch gar nicht gewusst hat, was Galileo ist.

(Franz Maget (SPD): Ja, ja! Nur Sie haben es gewusst! Sie haben es ihm dann hoffentlich aber erklärt!)

– Ja, sicherlich. So ist es ja auch gelaufen. Wir befassen uns mit dem Thema in Bayern seit Jahren. Wir haben bei DLR eine Menge gemacht; wir haben schon die dritte internationale Konferenz zu dem Thema. Wir haben die Ausschreibungen für entsprechende Galileo-Dienste, auch internationale Ausschreibungen. Da machen sogar Leute aus Australien mit. Das alles ist hier gelaufen. Stolpe hat gesagt: Wir wählen Bayern; wo sollen wir denn sonst hingehen? Hier sind nämlich die besten Voraussetzungen geschaffen worden, und zwar von uns. Das tut mir Leid für Sie! Das haben wir getan im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, im Bereich der Luft- und Raumfahrt, im Bereich der Förderung dieser Themen, auch bei der Vernetzung zwischen den Einrichtungen von EADS, DLR, Uni Bundeswehr, Technische Universität München, LMU. Die Grundlagen, die mit der internationalen Vernetzung vorhanden sind, sind hier praktiziert worden. Das wurde von meinem Haus seit dem Jahr 2000 erarbeitet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und da hat man für die Hypo-Vereinsbank nichts machen können?)

Deswegen haben wir ja diese guten Voraussetzungen. Fragen Sie doch nach bei Alcatel, die in einem anderen Konsortium sind! Die sagen das heute auch. Ich war vor ein paar Tagen in Berlin zu einem Vortrag eingeladen, genau zum Thema Galileo. Warum werde ich eingeladen? – Es waren auch die Vertreter von Berlin-Brandenburg da, die sich an dem Thema irgendwo beteiligen wollen und die bei uns nachfragen, wie man das Thema am besten angeht.

Ich habe gesagt: Wir gehen gerne mit Ihnen eine Partnerschaft ein und integrieren sie in das Netzwerk. – Das ist der Hintergrund. Die Bundesregierung wäre gerne woanders hingegangen, aber anderswo gab es die Voraussetzungen nicht. Ihr Angriff zielt deshalb in die falsche Richtung.

Die Aussage, dass die Firma Hutschenreuther verschwunden ist, ist für mich eine neue Information. Hutschenreuther fertigt zwar kein Haushaltsporzellan mehr, produziert aber nach wie vor Hotelporzellan. Es gibt nach wie vor drei Porzellanmarken von Hutschenreuther mit Sitz in Weiden. Wo haben Sie denn gelesen, Herr Maget, dass Hutschenreuther nicht mehr in Bayern ist? Das ist etwas ganz Neues.

Sie reden von Kirch und von Pleite. Was wurde denn daraus gemacht? – Ich habe es Ihnen schon vorausgesagt: Der Betrieb von „Pro 7 & Sat 1“ wird in wesentlichen Teilen weiterlaufen, und zwar profitabel. Dazu haben Sie nichts beigetragen. Beide Sender laufen profitabel, und die Leute sind froh, dass die Sender weiterlaufen. Das war ein Problem, dessen sich Kollege Erwin Huber und ich angenommen haben.

(Franz Maget (SPD): Welche Risiken hat denn die Landesbank?)

– Lassen Sie sich Zeit. Ich stelle zunächst einmal fest, dass die Sender weiterlaufen. Sie haben gesagt, „Pay-TV“ würde eine Pleite. Aber auch „Pay-TV“ läuft weiter und ist an der Börse. Das haben Sie aber anscheinend noch nicht gemerkt. „Pay-TV“ ist an der Börse gut platziert, der Börsengang war deutlich überzeichnet. Das ist die Realität. Sie wird Ihnen wahrscheinlich nicht gefallen, aber wir haben Ihnen schon vor Jahren dargelegt, dass es so kommen wird. Und bei der Formel 1, wo die Landesbank noch hinterherarbeitet, wird es auch noch eine Lösung geben.

(Peter Hufe (SPD): Zwei Milliarden Euro!)

Das bedeutet, dass die drei wesentlichen Säulen weiter bestehen. Für die ersten beiden Bereiche sind bereits Lösungen vorhanden. Das mag Ihnen vielleicht nicht gefallen,

(Franz Maget (SPD): Doch!)

aber wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, Sie hingegen nicht. Damit gehen wir nicht jeden Tag an die Öffentlichkeit, aber heute geben Sie uns die Gelegenheit, die Tatsachen zu schildern. Ich glaube, es ist auch an der Zeit; denn es ist viel Arbeit und viel Engagement hineingeflossen. Beides hat dazu beigetragen, dass der Medienstandort München weiterhin führend ist.

Nun komme ich zu „Walter Bau“. Interessanterweise kam es dabei zu einem gemeinsamen Vorgehen von Herrn Clement und von mir. Wir haben in Berlin Gespräche geführt.

(Franz Maget (SPD): Ja, ja!)

– Ja, ja, das haben wir. Wir haben uns die Arbeit aufgeteilt, wer mit wem redet. Wir haben in der Vorgehensweise eine klare gemeinsame Strategie gehabt. Leider ist es nicht gelungen, den Betrieb zu halten. Wer war daran schuld? Hat sich die Staatsregierung falsch verhalten, oder lag es an der Bundesregierung?

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Da gab es Fehler im Management!)

Meine Damen und Herren, in diesen Fragen sollten Sie nicht zu laut tönen. Das Gleiche gilt im Hinblick auf Dornier. Sie fragen, warum ist das schief gelaufen? – Der Bund war mit zwei Dritteln daran beteiligt, der Bund hatte sogar Federführung. Trotzdem ging die Sache daneben. Müssen wir jetzt auf den Bund schimpfen oder schimpfen Sie nachträglich auf den Bund, damit das Gleichgewicht wieder hergestellt ist?

(Franz Maget (SPD): Sie sagen, Fairchild Dornier wäre ein herausragendes Beispiel der bayerischen Erfolgsgeschichte!)

– Fairchild Dornier ist auch ein gutes Beispiel. Leider ist es aber so gewesen, dass die Entwicklung des neuen Flugzeugs nicht so gelaufen ist, wie das alle Beteiligten wollten. Der Bund war mit zwei Dritteln daran beteiligt. Das gilt für die Garantien und für die Finanzierung.

(Franz Maget (SPD): Warum sagen Sie das dann so?)

– Herr Kollege Maget, bei diesem Beispiel sind Sie hier an der falschen Adresse.

Der Sitz von Eon liegt in Düsseldorf. Der deutschlandweite Sitz von Eon Energie liegt allerdings in München. Vorher war es die Hälfte des heutigen Gebiets, jetzt ist München für den gesamten Bereich der Energieversorgung zuständig. Ich verstehe nicht, warum man sich hierüber aufregt.

(Franz Maget (SPD): Freilich!)

Ich verweise auch noch auf Grundig, damit Sie auch hier noch einmal die Tatsachen hören: Unser Anliegen war es, den Betrieb finanziell wieder vernünftig auszustatten. Darin waren wir auch erfolgreich, und das will ich hier einmal darstellen: Grundig hatte nach dem ersten Sanierungsschritt 400 Millionen DM in bar zur Verfügung. Dieses Geld wurde von Herrn Wohlschläger und von mir eingeworben, und zwar bei Phillips und bei Frau Grundig. Das war bares Geld auf dem Konto. Es wurden zudem Kreditlinien eingeräumt, die bis zum Jahr 2001 nicht beansprucht wurden. Es war abgemacht, dass die Firma von 1300 Produkten auf 300 Produkte zurückgeht. Abgemacht war auch, und zwar mit der Gewerkschaft, dass circa 500 Arbeitnehmer ausgestellt werden. Anders ging es nicht.

Was wurde aber gemacht? – Es wurde immer gesagt: Wir haben eine ausgeglichene Bilanz. Doch nach vier Jahren stellte sich heraus, dass aus der Barschaft nur Gelder

entnommen wurden, um die Defizite auszugleichen. Nach vier Jahren ging das nicht mehr. Dann gab es ein neues Fortführungsgutachten. Zu diesem Zeitpunkt verfügte Grundig immer noch über 1300 Produkte und über die gleiche Zahl von Arbeitskräften. Es wurden sogar Produktionen aus Portugal zurückgeholt, die in Deutschland nur defizitär laufen konnten. So war das. Anschließend kam die Gewerkschaft und sagte: Wir brauchen wieder Hilfe. Wir haben gesagt: Wo ist die Einhaltung eurer Versprechen? – Die Versprechungen wurden nicht eingehalten. Das Geld wurde lustig verbraucht, dann kam man wieder zum Staat und bat um Hilfe. Genau so war es.

Ein anderes Beispiel. Sie sagen, wir hätten bei der Maxhütte kein Konzept gehabt. Das hatten wir aber sehr wohl aufgelegt, und zwar eines, bei dem der damalige Finanzminister Schmerzen hatte, weil es um rund 200 Millionen DM ging. Es ist von der Europäischen Union abgelehnt worden, wie Sie wissen.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Gott sei Dank!)

– Sie sagen: Gott sei Dank. Dann brauchen Sie aber auch nicht über das Ende der Maxhütte zu jammern. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass es in den letzten zehn Jahren des Bestehens der Maxhütte keine Subventionen gegeben hat. Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass im Jahr 1985, beim ersten Konkurs, alle, auch die Gewerkschaftsseite, der Meinung waren, wenn es die Maxhütte noch zehn Jahre gibt, dann sind wir gut gefahren. Die Maxhütte gab es sogar erheblich länger, gegen die Auffassung der damals Beteiligten.

Sie sagen: „Lassen Sie die Finger von Unternehmenssanierungen.“ Das ist aber das Letzte, Herr Maget, was Sie sagen können. Ich verweise auf den SPD-Antrag zum Konkurs der neuen Maxhütte, den Sie in der 14. Wahlperiode gestellt haben, Drucksache 14/78:

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrer Verantwortung als Hauptanteileigner in der Weise gerecht zu werden ... mit einem für die Region engagierten Investor endlich ein zukunftsfähiges Konzept auszuarbeiten ... im technischen Bereich des Stahl- und Rohrwerkes Investitionen auf den Weg zu bringen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern ...

Heute sagen Sie: Haltet euch raus! – Das ist aber das Gegenteil Ihres damaligen Antrags.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da hat die SPD nicht gewusst, dass Sie das nicht können!)

Bei Dornier verkündet Herr MdB Barthel, SPD:

Trotz der schwierigen Haushaltslage ist es gelungen, die Bundesregierung für eine Bundesbürgschaft für Dornier ... zu gewinnen. Die Höchsthaftung beträgt 80 %, in Höhe von 260 Millionen US-\$ ... Dafür bürgt der Bund für die Entwicklung der Regionalflugzeugfamilie 728.

Das sind große Verkündigungen des Bundes.

Sie haben auch Dringlichkeitsanträge zu Sofortmaßnahmen für Grundig gestellt. Im Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 13/7099 heißt es:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dringend alle Möglichkeiten und Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen, die notwendig und geeignet sind, um Fürth und Nürnberg bei der Bewältigung akuter und struktureller Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme, insbesondere bei der Firma Grundig, zu unterstützen.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Das ist richtig! – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da hat die SPD eben noch nicht gewusst, dass Sie das nicht können!)

– Vorsicht. Die SPD hat noch nicht gewusst, wie das alles endet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten der finanziellen Hilfe, insbesondere durch die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, auszuschöpfen, um eventuell auch mit vorübergehender Kapitalbeteiligung der Firma Grundig zu helfen, die Neustrukturierung und den notwendigen Neubeginn zur Erhaltung der Arbeitsplätze zu sichern.

Sie haben auch empfohlen, die Viag in eine Beteiligung mit Grundig hineinzuzwängen. Das alles waren Ihre Vorschläge, und ich könnte noch mehr nennen. Und heute gehen Sie her und sagen, wir sollen uns heraushalten.

(Franz Maget (SPD): Wo ist Ihre Leistungsbilanz? Was haben Sie daraus gemacht?)

Wir haben Grundig mit einer Barschaft von 400 Millionen DM ausgestattet, ohne Staatsmittel dafür zu verwenden. Doch das Ergebnis war, dass die Gewerkschaften zusammen mit dem Management es vier Jahre versäumt haben, die vorgesehene Restrukturierung durchzuführen. So ist das!

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Hauptsache, es ist nicht Ihre Schuld!)

Vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir Betrieben, die in Schwierigkeiten kommen, helfen können, dass sie einen neuen Start machen. Ich sitze aber nicht im Vorstand und auch nicht im Aufsichtsrat. Wenn neue Startrampen gebaut wurden, dann liegt es am Management und an der Belegschaft, diese zu nutzen. Das wurde bei Grundig nicht genutzt, sondern die haben den Neustart versaut, und zwar alle miteinander.

(Franz Maget (SPD): Außer von Ihnen!)

– Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen nennen.

(Franz Maget (SPD): Alle haben es schlecht gemacht, nur einer nicht!)

– Herr Maget, ich verstehe sehr gut, dass Ihnen das stinkt; denn Ihr Angriff ist voll ins Leere gegangen. Wenn ich auflisten würde, wie viele gelungene Sanierungen wir haben, wären wir bei dieser Diskussion in einer anderen Situation. Das tue ich aber nicht, weil es den Betrieben nichts nutzt, darüber zu reden, weder wenn sie in Schwierigkeiten sind noch wenn diese überstanden wurden. Es tut nicht gut, wenn man nachträglich darüber redet.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD)  
– Gegenruf des Abgeordneten Prof. Dr. Faltlhauer (CSU): Herr Maget, seien Sie ruhig und hören Sie zu!

Sie sagen, man soll die Rahmenbedingungen ändern. Da haben Sie Recht, Sie verwechseln aber den Adressaten. Warum gibt es denn in Deutschland 40 000 Pleiten pro Jahr? Früher waren es 15 000 bis 18 000. Warum verlieren wir seit Jahren Arbeitsplätze? Warum verlieren wir immer mehr Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten? In der Industrie waren es in den letzten zehn Jahren 3,1 Millionen. Im Dienstleistungsbereich haben wir hingegen nur 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze bekommen. In Bayern konnten wir den Wegfall zu 90 % ausgleichen. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, und zwar im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, auf die Steuern und beim Sozialsystem. Wer hat das alles zu verantworten? – Sehen Sie doch auf die Bundesebene: Sie sind seit sieben Jahren an der Regierung. Was haben Sie bewirkt? – Sie haben bewirkt, dass Deutschland bei der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa das Schlusslicht ist. Wir haben in Deutschland die höchste Zahl an Betriebspleiten. Die Betriebe haben immer mehr an Substanz verloren. Die Renditen der Betriebe sind zurückgegangen. Die Investitionen sind zurückgegangen. Deshalb schwächelt die Wirtschaft bei uns. Es besteht ein Nachholbedarf an Investitionen, die aber mangels Rendite nicht geleistet werden können.

Das ist das Ergebnis der rot-grünen Politik. Das sind die heutigen Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der CSU)

Wie steht es nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen? – Rot-Grün weiß nicht mehr weiter. Darum sagen Sie, nichts wie raus aus der Regierung, lasst doch den Schrott die anderen übernehmen, lasst doch die anderen arbeiten, lasst doch die anderen sich abmühen. Sie haben gemerkt, dass man mit Sprüchen allein nichts mehr anfangen kann, darum sind Sie auf der Flucht vor der Verantwortung. Darum sagen Sie, uns geht das Wohl der Partei vor das Wohl des Staates. Es ist sicher gescheit, dass Sie gehen, weil Sie mehr kaputtmachen als gutmachen. So ist es doch. Ihre Bilanz ist katastrophal, und dass bei dieser Bilanz Bayern nicht ausgeklammert werden kann, sondern wir auch die Probleme mitbekommen, dürfte jedem klar sein.

Im Unterschied zum Bund hat Bayern die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöht. Wir bewegen uns bei 3 %, der Bund bei 2,4 %.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Inklusiv!)

– Inklusiv!

(Zurufe von der SPD: Schämen Sie sich!)

– Schämen Sie sich doch. Ich habe Ihnen vorhin auch zugehört.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wer nachhäft, macht sich zum Affen!)

– Ist schon recht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Vielleicht können Sie mir einmal zuhören, auch wenn es unbequem ist. Ich habe Ihnen auch zugehört.

Wir haben im Laufe der letzten zehn Jahre – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Die Fakten sind so, auch wenn Sie sie nicht hören wollen. Im Laufe der letzten zehn Jahre ist der Anteil Bayerns bei den Patenten von 17 % auf 27 % gestiegen.

(Anhaltende Unruhe)

– Wenn ich Sie gekränkt haben sollte, tut es mir Leid. Ich entschuldige mich. Das ist in Ordnung, ich meine es nicht so ernst. Wenn es aber eine Kränkung ist, nehme ich es gern zurück.

Noch einmal zu den Fakten: Wir haben in den letzten zehn Jahren unseren Anteil bei den jährlich erteilten Patenten am Deutschen Patentamt über mehrere Jahre hinweg von 17 % auf 27 % gesteigert. Baden-Württemberg hat 24 %. Die beiden südlichen Länder stellen damit über 50 % der Patentanmeldungen, und ich sage Ihnen auch, warum. Wir geben 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus. Wir haben auch ein höheres Bruttoinlandsprodukt als andere Länder, auch pro Kopf der Bevölkerung. Deswegen liegen wir proportional deutlich über dem Durchschnitt. Andere Länder geben nicht so viel aus für Forschung und Entwicklung, und deswegen liegen sie von den Zahlen her darunter. Das ist ein Verdienst des bayerischen Haushaltsgesetzgebers. Damit hängt das zusammen.

Wir haben bei den Unternehmensneugründungen – das waren auch die Initiativen der Staatsregierung und von mir – den höchsten Stand aller Flächenländer, und zwar kontinuierlich seit Jahren. Wir haben bei den Exportzahlen im Jahr 1993 eine Steigerung von 98 Milliarden DM gehabt auf 115 Milliarden Euro 2004. Bei den Klein- und Mittelbetrieben stieg der Anteil von 11 % auf circa 24 %. Wir haben die Exportquote von 30 % auf 45 % gesteigert und stehen damit an erster Stelle aller Flächenländer.

Meine Damen und Herren, das kommt nicht von ungefähr. Woher kommt es denn? – Der Bundeskanzler redet gern von Innovationen, wir in Bayern machen sie. Falls Sie es vergessen haben, sage ich es Ihnen noch einmal: Es geht um die „Offensive Zukunft Bayern I“ und die „Hightech-

Offensive“ mit Milliarden, die in Forschung und Entwicklung, in die Informations- und Kommunikationstechnik, in die Softwareentwicklung, die Biotechnologie, die Luft- und Raumfahrt, die Materialwissenschaften, die Medizintechnik, die Umweltechnik, die Nanotechnologie und in andere Bereiche gesteckt worden sind. Das hat dazu geführt, dass wir bei Forschung, Entwicklung und Patentmeldungen nach oben gekommen sind.

Das war der Schlüssel zum Erfolg, und das ist auch heute noch der Schlüssel zum Erfolg. Dem hat kein SPD-regiertes Land etwas entgegenzusetzen. Baden-Württemberg kann mithalten, aber sonst niemand. Das haben unsere Investitionen in den letzten zehn Jahren bewirkt. Und was haben wir von Ihnen bei einem der größten und wichtigsten Projekte, dem Forschungsreaktor München II, bekommen? – Widerstand. Heute ist das eine international anerkannte Einrichtung.

Meine Damen und Herren, Sie müssen mir ja nicht glauben, aber die Bertelsmann-Stiftung hat vor ein paar Tagen einen Ländervergleich veröffentlicht, bei dem der Stadtstaat Hamburg ganz vorn steht, dicht gefolgt – mit fast keinem Unterschied – vom Flächenland Bayern, wobei es ein Stadtstaat erheblich leichter hat als ein Flächenland. Gleich hinter Hamburg steht im Wettbewerb der Länder Bayern. Da wollen Sie mit einer derartigen Attacke kommen.

Es gibt auch eine internationale Erhebung über die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, die sich „International Competitiveness Report“ nennt. Hören Sie gut hin: Hier ist Bayern im Vergleich zur letzten Erhebung zwei Plätze nach vorn gekommen, während der Bund zwei Plätze nach hinten gefallen ist. Das ist doch interessant; darüber sollten Sie einmal reden.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch Folgendes sagen: Bayern ist beim Rating mittlerweile das einzige Land in Deutschland, das die Bewertung AAA stable outlook vorweisen kann. Das sind alles nicht unsere Bewertungen, das sind Bewertungen von Institutionen, die neutrale Bewertungen abgeben müssen. In diesen Bewertungen stehen wir durch die Bank an der Spitze, und Sie wollen mit einem negativen Beitrag kommen, wie Sie ihn heute abgeliefert haben. Ich kann nur sagen, armselig ist das, was Sie heute in der Aktuellen Stunde bieten.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pschierer. Bitte, Herr Kollege.

**Franz Josef Pschierer (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren von der Opposition, ich hätte mir gewünscht, dass Sie uns diese Aktuelle Stunde erspart hätten, nicht weil das Wetter draußen so schön ist, sondern weil es sich um den wiederholten vergeblichen Versuch handelt, den Freistaat Bayern als Wirtschaftsstandort schlecht zu reden. Das wird Ihnen heute nicht gelingen, und das wird Ihnen in den nächsten Aktuellen Stunden auch nicht gelingen. Nachdem vorhin jemand von der Opposition gesagt hat, wir sollten hier den eigenen Laden in Ordnung bringen,

kann ich nur sagen, Sie haben nicht mehr lang die Chance, den Laden in Berlin in Ordnung zu bringen, was mich positiv stimmt. Vor diesem Hintergrund wäre es richtig gewesen, sich nicht hierher zu stellen und ein Thema in einer Art und Weise aufzugreifen, von der jeder Deutschlehrer sagen würde, das Thema wurde verfehlt. Sie haben hier Dinge vermischt und vermengt, die nicht zueinander gehören.

Wenn Sie versuchen, den Freistaat Bayern als schlechten Unternehmer darzustellen, dann darf ich Ihnen sagen, wer in der Nachkriegsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland der schlechteste Unternehmer war. Das waren die Deutschen Gewerkschaften und Ihre Leute, die in den Vorständen dieser Gewerkschaften gesessen sind. Ich denke an die Bank für Gemeinwirtschaft, Coop, Neue Heimat und viele andere Dinge. Am Ende gab es Pleitenrekorde, für die Sie mit die Verantwortung getragen haben in 50 Jahren Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Man muss sich einmal vorstellen, in den letzten drei Jahren lag das statistische Mittel bei 40 000 Unternehmenspleiten im Jahr. Wenn man die Privatinsolvenzen dazurechnen würde, dann läge die Zahl der Insolvenzen bei 120 000 bis 130 000. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie heute dazu Stellung genommen hätten, was Sie in den letzten Jahren getan haben, um den Insolvenzen bei den Selbstständigen in der Bundesrepublik Deutschland entgegenzuwirken.

Ich komme noch einmal zum Thema des Standortes Freistaat Bayern. Der Wirtschaftsminister hat eben den World Competitiveness Report 2005 zitiert. Wir haben Plätze gutgemacht, Sie sind nach hinten gefallen. Man kann es auch noch deutlicher sagen: Der Report zeigt, in Bezug auf Wirtschaftsentwicklung und Effizienz ist die Bundesrepublik Deutschland um 19 Plätze zurückgefallen, während der Freistaat Bayern vier Ränge gutgemacht hat. Der Freistaat Bayern ist das Land in der Bundesrepublik Deutschland, das nach wie vor Spitzenreiter bei allen wichtigen Wirtschaftsindikatoren ist. Deshalb, liebe Freunde von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, lassen wir uns diesen Standort nicht schlecht reden. Dieser Standort ist der beste Standort in der Bundesrepublik Deutschland.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer in der letzten Woche mit dem Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags beim Verband Druck und Medien war, der konnte feststellen, es gibt keine Branche, in der wir nicht vorn liegen. Beispielsweise sind wir heute auch der Medienstandort Nummer eins. Das ist nicht Köln, das ist nicht Stuttgart, das ist nicht Hamburg, und das ist nicht Berlin, sondern das ist die Region München. Das Gleiche gilt für die Biotechnologie und die Luft- und Raumfahrttechnik. Ich denke an „Bauhaus“ und Raumfahrt und viele andere Projekte, die von der Bayerischen Staatsregierung in der letzten Zeit angestoßen worden sind.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Selbstverständnis der bayerischen Wirtschaftspolitik sagen. Otto Wiesheu hat es mehrfach deutlich gemacht; wir setzen bei

der bayerischen Wirtschaftspolitik zu allererst auf den Bestand von Firmen, die wir haben. Wir setzen auf viele Zigttausende Betriebe im Handwerk, im Handel, in der Industrie und im Gewerbe. Wir betreiben aber auch eine konsequente Technologiepolitik, die es ermöglicht, dass sich im Freistaat Bayern modernste Technologieberufe ansiedeln. Wir verstehen Industriepolitik auch als Querschnittspolitik. Wir verstehen Industriepolitik nicht als Subventionspolitik, sondern wir verstehen sie als Politik, bei der Infrastrukturpolitik, Forschungspolitik, Hochschulpolitik und viele andere Politikbereiche zueinander gehören. Deshalb hat sich der Freistaat Bayern von der wirtschaftlichen Entwicklung der anderen Länder und der Bundesrepublik Deutschland insgesamt positiv abgekoppelt.

(Anhaltende Unruhe)

Seit 1992 haben wir 34 Unternehmen veräußert oder aufgelöst. Damit wurde ein Gesamterlös von 5 Milliarden Euro erzielt. Diesen Erlös haben wir nutzbringend für den Freistaat Bayern und für die Wirtschaftspolitik des Freistaates eingesetzt. Kollege Dr. Runge, das, was Sie vorhin zum Thema „Arbeitsmarkt“ gesagt haben, stimmt auch nicht. Der Freistaat Bayern hat sich auch positiv bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes abgekoppelt. Selbst gegenüber unserem Nachbarland Baden-Württemberg haben wir bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine positive Entwicklung gemacht. Herr Kollege Dr. Runge, das Folgende gilt insbesondere für Sie. Ich würde es begrüßen, wenn Sie endlich einmal ein bisschen dazulernen und sich persönlich weiterentwickeln würden. Ich muss es jetzt deutlich sagen: Das dumme Geschwätz und Ihre polemischen Formulierungen sollten Sie weglassen. Der Inhalt dessen, was Sie bringen, ist meistens sowieso nichts Gescheites.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Schneider Technology schmerzt schon! Das tut weh im Unterallgäu!)

Herr Dr. Runge, „wohlszenierter Börsenschwindel“ und solche Begriffe gehören nicht in ein Parlament.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Genau das ist es aber!)

Herr Dr. Runge, ich bitte Sie wirklich, dass Sie künftig einen anderen Sprachgebrauch an den Tag legen.

(Anhaltende Unruhe)

An die Opposition insgesamt habe ich eine Bitte: Überlegen Sie es sich das nächste Mal bitte, bevor Sie wieder einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde einreichen.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich langsam, ob hier nur fürs Protokoll geredet wird, oder ob man sich hier im Hause gegenseitig auch noch zuhört. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

**Dr. Hildegard Kronawitter (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Herren von der CSU und Herr Minister Wiesheu!

(Zuruf von der CSU: Damen haben wir auch!)

– Ich habe die Damen nicht vergessen, es haben jetzt aber nur Herren geredet. Ich hätte es gerne gehabt, wenn auch Damen geredet hätten. Wenn man Ihnen eben zugehört hat, denkt man, nur Sie könnten wirtschaftspolitisch richtig handeln, alle anderen machten es falsch. Dazu kann ich nur sagen: Mehr Demut, meine Herren und Damen, soweit sie diese Meinung mit ihren Herren Kollegen teilen, wäre in der Wirtschaftspolitik angebracht, denn es zeigt sich bei den Sanierungen immer wieder, dass auch Sie nur mit Wasser kochen können. Herr Dr. Bernhard, Sie haben Recht, Sanierungen gelingen nicht immer. Wenn ich das Risiko des Scheiterns aber von Anfang an kenne, brauche ich vorher keine so großen Sprüche zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die großen bayerischen Sanierungsfälle zusammen betrachtet, sieht man schon eine große Palette des Scheiterns. Da ist der Titel „Pleiten, Pech und Pannen“ doch nicht falsch.

Herr Minister Wiesheu, Sie haben Galileo angesprochen. Wir haben es gerne gehört, und wir haben es uns gut gemerkt: Der Vorstandsvorsitzende von Galileo hat sich bei unserem Besuch ausdrücklich beim Bundeskanzler dafür bedankt, dass er es geschafft hat, gegen Italien zu bestehen und Galileo nach Deutschland zu holen. Das ist doch etwas, das auch Bayern dient. Deshalb sollte man dieser wirtschaftspolitischen Leistung auch Anerkennung zollen.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Korrektur: Hören Sie doch auf mit der Behauptung, Deutschland sei beim wirtschaftlichen Wachstum Schlusslicht. Das stimmt erfreulicherweise nicht mehr. Drei Länder kommen noch nach Deutschland – Italien, Niederlande und ein weiteres Land. Prof. Sinn hat das gesagt und erläutert.

(Thomas Kreuzer (CSU): Der vorletzte Platz reicht also schon!)

Sie werden das Prof. Sinn doch glauben. Er steht Ihnen doch viel näher als uns. In diesen Ländern sind konservative Regierungen im Amt. Eigentlich müssten es doch diejenigen, die Ihnen nahe stehen, besser können. Also stimmt das nicht, was Sie hier als Begründung anführen.

Herr Minister, es war sehr spannend, von Ihnen zu hören, was die Staatsregierung mit der Übernahme der Hypo-Vereinsbank durch Unicredit zu tun hat. Ich zitiere jetzt die „Süddeutsche Zeitung“; sie sagt: „Die HVB ist auch ein Stück gescheiterter bayerischer Industriepolitik.“

Damit hat sie Recht. Dieses Scheitern müssen sich Ministerpräsident Stoiber und die Staatsregierung zuschreiben lassen. Die Geburtshelferrolle, die Stoiber für sich beansprucht hat, als 1998 die Hypo-Bank mit der Vereinsbank fusionierte, hätte er lieber nicht übernehmen sollen. Sagen Sie nicht, es habe sich anders entwickelt. Schon damals hatte „The Economist“ geschrieben:

Der Zusammenschluss aus zwei ineffizienten Banken zu einem ineffizienten Giganten kann keine Zukunft haben.

Offensichtlich hat man diese Entwicklung in der Szene schon richtig eingeschätzt. Schon damals ging es dem Ministerpräsidenten nicht um das Schicksal der Banken. Sein Motiv war, dass die Deutsche Bank die Vereinsbank nicht übernehmen oder mit ihr nicht fusionieren dürfe, weil dadurch der Bankenplatz Frankfurt gestärkt würde. Das und nichts anderes war das Motiv. Es stimmt auch, wenn die „Frankfurter Allgemeine“ vom „weiß-blauen Trauerspiel“ – gemeint ist die HVB – und davon spricht, dass das Schicksal der HVB ein Lehrstück dafür sei, was passieren könne, wenn sich Politiker in die Belange von Unternehmen einmischen. Das ist der Punkt, und den sprechen wir heute an. Unterstellen Sie uns nicht irgendetwas anderes, und bringen Sie keine Argumente, die nicht zu diesem Thema gehören. Hier vernebeln Sie nur.

(Karin Radermacher (SPD): Das interessiert den Minister gar nicht, der telefoniert mit seinem Handy! – Franz Josef Pschierer (CSU): Der muss Sanierungen machen!)

Scheinbar hat der Ministerpräsident seine Lektion noch immer nicht gelernt. Das, was sich in der Bankenwelt als fachliche Lösung entwickelte, wollte er offensichtlich verhindern. Herr Minister, Sie wurden als Emissär zur Landesbank geschickt, damit sie sich wiederum in den Dienst nehmen lässt und der Staatsregierung zu Willen ist. Die Landesbank war aber nicht mehr zu Willen. Ich denke, das war schon sehr gut.

Kolleginnen und Kollegen, unser Thema heute ist: Wir fordern von der CSU und von der Staatsregierung weniger Sprüche, mehr Realitätsbezug und mehr konkretes Handeln.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kupka.

(Franz Maget (SPD): Der Herr Minister soll zum Telefonieren wenigstens hinausgehen! – Karin Radermacher (SPD): Sonst telefonieren wir hier alle mit Handys!)

Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob der Herr Staatsminister einen sehr wichtigen Anruf bekommen hat.

(Karin Radermacher (SPD): Dann soll er hinausgehen!)

Ich habe es von mir aus sehr schwer, weil ich nicht weiß, wie wichtig dieses Telefonat ist. – Herr Kollege Kupka hat das Wort.

**Engelbert Kupka (CSU):** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich das Thema zur heutigen Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mir erst einmal die Augen gerieben. Ich habe mir gedacht, dass ich das schon irgendwo gelesen hätte; denn das Gleiche stand vor wenigen Tagen in der „Abendzeitung“. Lesen Sie das einmal nach. Dort steht es Punkt für Punkt. Ich habe mir gedacht: Die werden doch heute nicht das Gleiche vortragen. Tatsächlich, es kam dasselbe wieder. Entweder haben Sie von der „Abendzeitung“ abgeschrieben, oder Sie haben die „Abendzeitung“ mit der Vorbereitung dieser Aktuellen Stunde beauftragt. Beides ist nicht sehr kreativ. Das möchte ich einmal feststellen.

Herr Kollege Maget, dass Sie heute mit diesem Thema nicht punkten, liegt daran, dass Sie das falsche Thema zur falschen Zeit angerissen haben. Die Bürger erwarten heute, dass ihnen die Politik sagt, wie es morgen besser wird. Sie beschreiben die Vergangenheit. Sie gestalten nicht die Zukunft.

(Franz Maget (SPD): Die Hypo-Vereinsbank ist sehr aktuell!)

– Sie werden sehen, wie aktuell das ist. Da werden noch andere Themen kommen, von denen Sie glauben, dass sie aktuell seien. Das hilft uns nicht weiter. Sie haben Kirch angesprochen. Ich will nicht in die Details gehen. Das hat bereits Herr Minister Dr. Wiesheu getan. Das noch einmal zu wiederholen, würde bedeuten, mit dem Kehrbesen hinter der Kehrmachine nachzuarbeiten. Das hat nicht viel Sinn. Herr Kollege Maget, eines muss ich aber schon sagen: Ich erinnere mich an den Prozess gegen einen gewissen Herrn Breuer. Ich erinnere mich daran, dass es in diesem Zusammenhang in der Presse Meldungen über ein Gespräch in einem Hinterzimmer in Hannover gab, das zwischen Breuer und Schröder stattgefunden hat. Ich erinnere mich auch daran, was Herr Breuer gesagt hat und was dann der Auslöser für die Sache mit Kirch war, nämlich, dass man ihn nicht für kreditwürdig hält. Das sollten Sie sich einmal in Bezug auf Standortpolitik und Unternehmenspolitik überlegen. Eine solche Geschichte hat es bis dahin in Deutschland noch nicht gegeben. Ich war in Ismaning und habe mit den Leuten geredet, die bei Kirch gearbeitet haben. Die waren außer sich.

(Franz Maget (SPD): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie das dem Bundeskanzler in die Schuhe schieben wollen?)

– Herr Kollege Maget, Sie können mich so verstehen, wie ich es gesagt habe. Sie können es auch im Protokoll noch einmal nachlesen. Ich komme jetzt zum Forschungsreaktor München II.

(Peter Hufe (SPD): Dafür hat Bayern von der Bundesregierung 340 Millionen DM gekriegt!)

– Wir sind jetzt nicht in der Medienpolitik.

Zum Forschungsreaktor: Sie haben uns viele Vorschläge gemacht, wie dieses Geld zur Deckung von Haushaltslücken verwendet werden könnte. Herr Kollege Maget, vor nicht allzu langer Zeit haben Sie hier gesagt: Dass der Standort Deutschland so gut ist, beweist auch die Tatsache, dass General Electric sich in Bayern niedergelassen hat. Sie haben Recht. Sie hätten jedoch hinzufügen müssen, dass dies nur der Fall war, weil wir den Forschungsreaktor haben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt gar nicht! Es gibt andere Aussagen von General Electric!)

– Ohne den Forschungsreaktor wäre General Electric nicht nach Garching gegangen. Frau Kollegin Gote, die „anderen Aussagen“ haben Sie vermutlich in der dritten Etage geholt. Die sind nicht nach Garching gegangen, weil Garching landschaftlich so schön liegt.

Meine Damen und Herren, wenn wir Vergleiche mit Ländern anstellen, die ein höheres Wirtschaftswachstum als wir haben, stellen wir drei Unterschiede fest: Flexiblere Strukturen, unternehmens- und innovationsfreundliches Klima und eine geringere Staatsquote. Wir haben nicht die Absicht, Industriepolitik zu machen und uns mit Unternehmen zu messen. Wir wollen raus aus Staatsbeteiligungen nach dem Motto „gestalten, nicht besitzen“. Wir beteiligen uns nur noch an kleinen Industrieunternehmen, insbesondere dort, wo Innovation gefragt ist, wo es um Forschung und Technologie geht und wo Anstöße nötig sind. Wir brauchen Technologien, die in der Zukunft von großer Bedeutung sind.

Weil die Wahrheit – wie Schopenhauer sagte – nackt am schönsten ist, möchte ich einige „nackte Zahlen“ nennen: Bayern hat aufgrund seiner Politik – nicht aufgrund seiner Fehler – im Standort-Ranking unter 60 führenden Ländern seinen Platz von 20 auf 18 verbessert. Deutschland dagegen ist von Platz 21 auf Platz 23 zurückgefallen. So falsch kann die Politik, die in Bayern betrieben wird, also nicht sein. Deshalb lohnt es sich nicht, dieses Thema zum Thema einer Aktuellen Stunde zu machen. In Bayern wird eine hervorragende Unternehmenspolitik betrieben, wenn auch nicht alles so läuft, wie es wünschenswert wäre. Bayern liegt nicht auf einer Insel der Seligen. Wir sind in eine Politik eingebunden, die für unsere Unternehmen nicht günstig ist. Das hat der Herr Minister schon ausgeführt.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Kaiser.

**Dr. Heinz Kaiser (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass für die heutige Aktuelle Stunde ist der Kauf der Hypo-Vereinsbank durch ein italienisches Institut. Eigentlich handelt es sich dabei um eine Übernahme.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Ein Aktientausch!)

– Dieses Institut macht zwar nur ein Drittel der Größe der Hypo-Vereinsbank aus, verfügt aber über den doppelten

Börsenwert. Das zeigt die ganze Misere, die Sie damals mit der Fusion der Hypo-Bank und der Vereinsbank mit verursacht haben.

(Beifall bei der SPD)

– Jetzt stellt sich Herr Staatsminister Dr. Wiesheu hierher und sagt, dass sei eine Sache der Aufsichtsräte der Unternehmen, damit habe die Staatsregierung nichts zu tun. Sie verschweigen aber, dass Sie vorher versucht haben, die Bayerische Landesbank zu überreden, mit der Hypo-Vereinsbank zusammenzugehen. Sie verschweigen außerdem, dass die Bayerische Staatsregierung – insbesondere auch der Ministerpräsident – an der damaligen Fusion maßgeblich beteiligt waren.

Eine Aussage in der Presseerklärung, die Sie herausgegeben haben, ist hochinteressant. Ich zitiere wörtlich: „Dabei spielt es eine zentrale Rolle, ob Deutschland beim Thema Finanzstandort nicht nur national, sondern auch international beachtete Player hat“.

Das ist richtig. Weiter heißt es: „Leider ist es auch ein besonderes Versäumnis der Bundesregierung, hier in den letzten Jahren die Entwicklung verschlafen zu haben, und es ist bedauerlich, dass der Bund die Möglichkeiten für eine sinnvolle Gestaltung des Finanzplatzes nicht entsprechend genutzt hat.“

Was wollen Sie damit sagen? – Sie haben schon angedeutet, dass in der Bankenlandschaft neue Wege gegangen werden müssten. Bislang war die gemeinsame Position in diesem Hohen Hause, dass wir von einem Drei-Säulen-Modell der Deutschen Bankenlandschaft ausgehen, nämlich von den privaten Großbanken, den Genossenschaftsbanken und dem öffentlich-rechtlichen Sektor, den Sparkassen und Landesbanken. Das war auch die Position des Finanzministers, also die Position der Staatsregierung. Heute werfen Sie der Bundesregierung vor, dass sie diese Position, die Sie selbst verlangt haben, in den letzten Jahren nicht eingehalten habe. Das ist doppelzüngig und scheinheilig. Sie sollten einmal darlegen, wie Sie sich die Bankenlandschaft der Zukunft vorstellen und nicht nur auf Berlin zeigen und der Bundesregierung die Schuld in die Schuhe schieben.

(Beifall bei der SPD)

– Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Bernhard war heute so ehrlich und hat gesagt, die Fusion sei richtig gewesen. Er hat nicht gesagt, dass die Staatsregierung diese Fusion maßgeblich eingefädelt hätte. Ich habe hier ein Interview des Magazins „Capital“ mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber aus der damaligen Zeit. Die Überschrift lautet: „Ich war elektrisiert – Bayerns Ministerpräsident zog hinter den Kulissen die Fäden, bevor die Münchner Großbanken ihre Fusion besiegelten“. In diesem Interview heißt es: Entscheidend ist, dass in München eine schlagkräftige Superregionalbank entsteht, die gleichzeitig Europas größter Immobilienfinanzierer ist.

Das ist genau das Problem. 60 % aller Immobilienfinanzierungen im Osten Deutschlands wurden durch die Hypo-Bank beziehungsweise durch die Hypo-Vereins-

bank gemacht. Angeregt wurde dies auch von der Bayerischen Staatsregierung, siehe LWS. Dieses Stichwort ist noch gar nicht gefallen. Das war ein Staatsunternehmen, das Sie an die Wand gefahren haben.

(Beifall bei der SPD)

– Schon damals wurde nach den Stiftungen gefragt. Über die Stiftungsvermögen hat der bayerische Ministerpräsident gesagt: Wir prüfen natürlich laufend das Monitum unseres Rechnungshofes, dass die Landesstiftung und die Forschungsstiftung ihr Kapital möglichst ertragreich anlegen sollen. – Das war im Jahre 1997. Die Stiftungen haben bis zum Jahr 2000/2001 gewartet, bis sie die ersten Aktien verkauft haben. Dann gingen die Aktien in den Keller. Sie haben für die Prüfung vier Jahre gebraucht und haben solange geprüft, bis Sie den Wert der Aktien herunterspekuliert hatten. Das war das Problem, das uns auch heute bedrückt.

Herr Kollege Pschierer, Sie haben gesagt, unsere Beispielen wären alle von gestern und Geschichte. Sagen Sie das einmal den Leuten, die bei der Landesstiftung und der Forschungsstiftung Anträge stellen. Diese Leute bekommen kein Geld, weil Sie eine falsche Politik gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich damals sehr massiv gegen diese Steuerneutralität und gegen die Fusion im Allgemeinen ausgesprochen. Ich habe einen interessanten Brief bekommen, eine Antwort auf ein Schreiben an Herrn Stoiber; die Antwort stammte von Herrn Falthäuser, heute Finanzminister, damals Leiter der Bayerischen Staatskanzlei:

Für mich ist es unverständlich, dass Sie als bayerischer Abgeordneter die geplante Bankenfusion, die den bayerischen und damit den Münchener Finanz- und Bankenplatz stärkt, negativ sehen.

Einen Satz noch, Frau Präsidentin:

Mit dem angekündigten Zusammenschluss von Bayerischer Vereinsbank und Bayerischer Hypotheken- und Wechselbank zum zweitgrößten Bankeninstitut in Deutschland werden die beiden renommierten bayerischen Kreditinstitute ihre Position im nationalen und internationalen Wettbewerb nachhaltig stärken. Beide Unternehmen sehen in ihrer klar definierten strategischen Ausrichtung zu einer Superregionalbank mit einer Konzentration auf Kernkompetenzen und einer selektiven Erschließung neuer Geschäftsfelder deutliche Wachstumspotenziale im Markt.

Schlimmer als Sie kann man sich gar nicht irren. Die wirtschaftspolitische Kompetenz von Herrn Stoiber, von Herrn Wiesheu und von Herrn Huber ist gleich Null. Meine Damen und Herren, das sollte man im bevorstehenden Bundestagswahlkampf auch dem Bürger sagen. Das Schlimmste, was Deutschland passieren kann, ist ein Superminister Stoiber in Berlin.

(Beifall bei der SPD – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Das Schlimmste sind fünf Millionen Arbeitslose!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Kaiser, bitte sagen Sie mir vielleicht nach der Aktuellen Stunde, wie viele Sätze das gerade gewesen sind. – Herr Staatsminister Wiesheu, bitte.

**Staatsminister Dr. Otto Wiesheu** (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will kurz auf eine von Herrn Kaiser aufgeworfene Frage eingehen. Die Fusion der HVB mit der Unicredit – Sie können das auch als Übernahme bezeichnen – war eine Entscheidung der Gremien der beiden Banken. Ich sage noch einmal: Wir waren daran nicht beteiligt. Das zum Ersten.

Zweitens. Das Drei-Säulen-Modell ist das bei uns in Deutschland vorherrschende Modell – das ist richtig. Das versagt es uns aber nicht, auch einmal in andere Länder zu schauen und zu sehen, was dort läuft. Schauen Sie sich Unicredit an: Das waren vorher sechs Sparkassen plus eine oder zwei Privatbanken.

(Franz Maget (SPD): Haben Sie keine Gespräche mit der Landesbank geführt?)

– Ich habe gesagt: Die Fusion der HVB mit Unicredit war eine Entscheidung dieser beiden Kreditinstitute.

(Franz Maget (SPD): Haben Sie ein Gespräch mit der Landesbank geführt?)

– Ich führe viele Gespräche, sogar einige, die Sie nichts angehen. – Okay, dann sind wir uns wieder einig.

Hinsichtlich des Drei-Säulen-Modells kann man einmal schauen, was in Italien gemacht worden ist – die haben es intelligent gemacht – und was in Österreich gemacht worden ist – die haben es auch nicht schlecht gemacht.

(Franz Maget (SPD): Also eine Fusion der Sparkassen!)

– Nein! Vielleicht sollte man sich bei uns einmal darüber Gedanken machen, wie es insgesamt weitergehen kann.

(Franz Maget (SPD): Was empfehlen Sie denn?)

– Diese Debatte führen wir bei anderer Gelegenheit.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass ein Wirtschaftsstandort wie Deutschland starke Banken, nicht schwache Banken braucht.

Jetzt komme ich zum Thema Bund.

(Franz Maget (SPD): Was heißt das?)

– Das sage ich Ihnen gerade. Ich komme jetzt zum Thema Bund und dazu, warum ich dem Bund Vorwürfe gemacht habe, Herr Kaiser. Vor ein paar Jahren fand eine Debatte statt; sie stand im zeitlichen Zusammenhang mit dem Irak-Krieg; sachlich war sie auch nicht völlig davon entfernt. Der Bund hatte die Sorge, dass amerikanische Investoren stärker bei unseren Banken einsteigen. Norma-

lerweise sollte man das gar nicht laut sagen. Ich sage es hier aber. Es tut mir leid, dass ich die Dinge so ausbreiten muss. Die so genannte Verbriefung von Krediten sollte über die KfW groß organisiert werden, damit die Banken wieder besser dastehen und ein besseres Rating haben, damit sie auch hinsichtlich der Börsenkapitalisierung wieder besser dastehen. Das war ein Thema, das die Verantwortlichen mit mir besprochen hatten – sie hatten mich dazu eingeladen, darüber zu sprechen. Ein Thema – wahrscheinlich ist das an allen vorbeigegangen – war die Frage, wie derartige Verbriefungen steuerlich behandelt werden. Bis dahin sind diese nämlich über Irland gelaufen, weil sie dort steuerfrei sind. Dann hat man sie bei uns auch steuerfrei gemacht, damit das Geschäft auch hier in Deutschland gemacht werden kann. Das war ein Aspekt von mehreren.

Damals gab es – daran werden Sie sich erinnern – das Angebot des Bundeskanzlers, die Postbank an die Deutsche Bank zu geben. Das hat nicht geklappt, weil die Deutsche Bank zunächst nicht zugegriffen hat. Dann war die Deutsche Bank selbst der Merger und konnte damit de facto nicht kaufen. Nach den Vorstellungen des Kanzlers – mit Unterstützung von Herrn Eichel – wäre das eine große starke Deutsche Bank gewesen.

(Franz Maget (SPD): Wie würden Sie mit der Postbank umgehen?)

Es hat dann eine andere Konstellation gegeben, ebenfalls unter Einbezug der Postbank. Diese wollte dann Herr Eichel nicht. Ich sage Ihnen jetzt auch, warum: weil es Herrn Eichel um den Bankenstandort Frankfurt gegangen ist, nicht aber um den Bankenstandort Deutschland. Das ist es.

(Franz Maget (SPD): Wie würden Sie mit der Postbank umgehen?)

– Diejenigen, die es betrifft, haben meine Anmerkung sehr wohl verstanden. Dass Sie sie nicht verstanden haben, wundert mich nicht. Es geht um das Thema: Macht man Politik für eine Region, nämlich für die Heimatregion von Herrn Eichel, Frankfurt, oder macht man Politik für Deutschland insgesamt? Das war die Anmerkung, die ich hier kritisch angebracht habe. Es ist falsch zu sagen: Die Postbank passt zur Deutschen Bank, aber über andere Themen reden wir nicht. Das ist auch nicht das, was ich von einer Bundesregierung erwarte, die sich um den Bankenplatz Deutschland kümmert.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Sie haben jetzt nichts gesagt, gar nichts!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Stöttner, bitte. Herr Kollege Stöttner hat jetzt das Wort.

**Klaus Stöttner (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, ich spreche heute erstmals vor dem Hohen Haus.

(Allgemeiner Beifall)

Leider muss ich aber sagen: Diese Diskussion in der aktuellen Stunde kommt mir so vor, als würde man mit zugeklebter Frontscheibe und mit Blick in den Rückspiegel in die Zukunft schauen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Märkte der Welt, meine Damen und Herren, suchen Bayern als Partner, suchen den Spitzenplatz Bayern. Glauben Sie mir: Unsere Freunde beispielsweise in Kalifornien wissen, warum sie Bayern als Partner wählen.

Doch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zum wirklich Wichtigen. Bayern und Deutschland brauchen bessere Rahmenbedingungen. Die Menschen in Deutschland hatten im September 1998 die rot-grüne Bundesregierung mit großer Hoffnung, mit einer enormen Erwartung gewählt. Alle waren 1998 zuversichtlich, dass nun die Blockadepolitik, die Sie uns heute vorwerfen, durch die SPD beendet wird und neue Reformen das Land nach vorne bringen.

Doch wie sieht es nach sieben Jahren rot-grüner Regierung aus? Die wichtigsten Indikatoren für die wirtschaftliche Lage im Lande stehen im roten Bereich. Das Problem Nummer eins ist die Arbeitslosigkeit. Wir sind mit einer außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert. 2005 – jeder weiß es – gibt es in diesem Lande über 5 Millionen Arbeitslose. Wenn man aber ehrlich ist – das verlange ich von mir und auch von Ihnen allen –, fügt man hinzu, dass diese Zahl durch die Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe, also auf einen statistischen Effekt zurückzuführen ist.

Eine wichtige Kennzahl ist allerdings die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; denn sie sagt alles über die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und somit etwas über die Tragfähigkeit unseres Sozialversicherungssystems aus. Mit nur knapp 26 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also mit nur einem Drittel unserer Bevölkerung, sollen wir unseren Sozialstaat finanzieren. Meine Damen und Herren, diese Zahl zeigt die Dramatik am Arbeitsmarkt.

Die rot-grüne Bundesregierung wollte 1998 die Zahl von 3 Millionen Arbeitslosen halbieren. Rot-Grün hat kein tragfähiges Konzept zum Lösen des Kernproblems Arbeitslosigkeit. Die Regierung hat das Ziel nicht erreicht. Rot-Grün wollte Deutschland voranbringen. Deutschland ist aber das Schlusslicht in Europa.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Das ist doch nicht wahr!)

– Deutschland ist Schlusslicht in Europa, Frau Kollegin Dr. Kronawitter. Die Regierung hat das Wachstumsziel nicht erreicht. Die Bundesregierung wollte einen ausgeglichenen Haushalt. Insgesamt haben wir aber 183 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Die Bundesregierung hat auch dieses Ziel nicht erreicht.

Was brauchen wir, meine Damen und Herren, meine lieben Kollegen? – Deutschland und jedes Bundesland

brauchen gute Rahmenbedingungen und solide Finanzen. Wir brauchen den Mut zu niedrigen und einfacheren Steuern. Wir brauchen eine preisgünstige und sichere Energieversorgung. Wir brauchen die Entlastung der Bürger und der Wirtschaft durch einen wirklichen Bürokratieabbau. Wir brauchen die Stärkung des Mittelstandes und der Unternehmensnachfolger. Unser Minister Wiesheu hat als Beispiel die Erbschaftsteuermodelle genannt. Wir brauchen eine gesunde Umwelt mit einer wirklich modernen Landwirtschaft.

Was wir ganz besonders brauchen, ist eine Wertevermittlung an unsere Kinder, und wir brauchen mehr Eigenverantwortung für unsere Eltern.

Unser Ziel wird sein, die Wohlstandslücke zu anderen Ländern zu schließen. Unser Ziel wird sein, den hunderttausend Leistungsträgern, die Deutschland jedes Jahr verlassen, wieder eine Heimat für Forschung und Erfindungen zu geben. Wir waren das Land der Erfinder und Denker, und das müssen wir wieder werden.

Die Damen und Herren der rot-grünen Bundesregierung geben den Menschen keine Hoffnung. Die Menschen möchten ehrliche, wenn auch unangenehme Antworten. Die Menschen möchten, dass es zwischen Reden und Handeln keinen Unterschied gibt.

(Zurufe von der SPD)

Das Wichtigste, was wir als Politiker zu verspielen haben, ist unsere Glaubwürdigkeit. Wir brauchen daher einen Wechsel. Sie werden sehen: Die CDU/CSU kann es besser.

(Beifall bei der CSU – Lachen und Widerspruch bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hufe. Bitte schön, Herr Kollege.

**Peter Hufe (SPD):** Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Lieber Kollege Stöttner, ich will nicht auf Ihre Rede eingehen und Ihnen nicht alle Illusionen rauben, was Sie in diesem Landtag noch erwartet. Ich gehe auf die Rede des Kollegen Dr. Bernhard ein, weil dieser einiges gesagt hat, was richtig zu stellen ist, bevor ich auf die Causa Kirch zu sprechen komme.

Erstens. Rot-grün regiert München – das sollte Ihnen nicht entgangen sein. Das Filmfest in München sollte Ihnen auch nicht entgangen sein. Media-Works sollte Ihnen auch nicht entgangen sein. Sie haben gefragt, was wir für die Medienpolitik leisten würden. Sie kommen aus München. Sie sollten Herrn Dr. Wieczorek, den Referenten der Stadt München für Arbeit und Wirtschaft, kennen. Er hat mehr für die Medienpolitik in München geleistet, als Sie sich vorstellen können.

(Beifall bei der SPD – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Ein Dampfplauderer!)

Zweite Anmerkung. Der Forschungsreaktor in Garching ist ein wunderbares Beispiel.

(Wortmeldung des Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Faltthäuser (CSU))

– Wir befinden uns in der Aktuellen Stunde, Sie dürfen keine Zwischenfrage stellen. Sie dürfen sich wieder setzen. Wären Sie bei der Eröffnung des Filmfestes gewesen, hätten Sie wie gewohnt Ihr Grußwort halten können. Ich hatte mich doch so sehr darauf gefreut. Aber leider, leider waren Sie verhindert. Dafür war es wie immer ein Genuss, Oberbürgermeister Ude zuzuhören.

Ich war anwesend, als der Forschungsreaktor in Garching eröffnet wurde. Dr. Otto Schily hat geredet. 340 Millionen sind aus dem Bundeshaushalt geflossen.

(Staatsminister Erwin Huber (CSU): Was?)

Es gab Verzögerungen beim Bau. Die mögen von vielen Seiten des Hauses kommentiert werden. Aber es gab auch Verzögerungen, die durch die Berechnungen der Technischen Universität entstanden waren.

Das dritte Beispiel. Der Airbus A 380 ist ein wunderbares Projekt von europäischer Größenordnung. Wir hatten die Kernzelle hier in Bayern – bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Jetzt wird der Airbus in Toulouse gesteuert, in Hamburg zusammengebaut, und die Staatsregierung hat unter Strauß und Streibl fünf Freiflüge von Messerschmidt-Bölkow-Blohm bekommen.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Das ist doch lange her!)

Das ist ein Beispiel „wunderbarer“ Wirtschaftspolitik, die im Freistaat Bayern geleistet wurde. Wir hatten die Kernkompetenzen. Jetzt müssen wir aufpassen, dass uns nicht noch der Eurocopter verloren geht.

(Zurufe von der CSU)

Die Kompetenzen waren in Bayern. Nicht Sie und nicht wir hatten die Kompetenzen, aber Messerschmidt-Bölkow-Blohm hatte sie. Wo sind sie nun? – In Hamburg und Toulouse.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Stöttner (CSU))

Wer hat sie dort hingebacht? – Das Versagen der Bayerischen Staatsregierung. Daraus hätten wir viel mehr Kapital schlagen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Causa Kirch ist erwähnenswert. Kirch ist als Filmrechtshändler in Bayern aufgestiegen und hat ein Imperium aufgebaut, das für den Medienstandort Bayern sicherlich gut war. Aber dann ist die Causa Kirch problematisch geworden. Kirch hatte schon mehr als 4 Milliarden Euro Schulden und brauchte, um die Formel 1-Rechte zu kaufen, noch einmal 1 Milliarde Euro. Die Landesbank

war schon mit einer Milliarde beteiligt. Staatsminister Huber hat sich ins Zeug gelegt, um von der Hypo-Vereinsbank 1 Milliarde Euro zu bekommen. Er hat sie nicht bekommen. Aber die Landesbank hat noch einmal 1 Milliarde Euro hineingesteckt. Also hat die Landesbank insgesamt 2 Milliarden Euro in den maroden Kirch-Konzern gesteckt. Hätte das Land Bayern die 2 Milliarden Euro nicht gegeben, wäre Kirch vorher schon Pleite gegangen. Das wäre das gleiche Ergebnis, aber der Freistaat Bayern hätte 2 Milliarden Euro mehr.

Ich werde Ihnen auch sagen, warum zwei Milliarden Euro über die Landesbank an den Kirch-Konzern gegeben wurden. Zeitweise waren 11 von 38 Aufsichtsräten Mitglieder der Staatsregierung im Vorstand der Landesbank – 11 von 38! Staatskanzleiminister Huber legte zum Formel 1-Kredit noch mal 1 Milliarde Euro auf die über 6 Milliarden Schulden, die Kirch schon hatte, mit der Begründung, wenn ein Unternehmen die Weltrechte an der faszinierenden Formel 1 halte, mache dies den Einsatz der Staatsregierung notwendig. Andere würden dafür Jubelfeste abhalten. Das sei ein big point der bayerischen Medienpolitik. Das alles geschah ohne ausreichende Absicherung.

Kollege Dr. Bernhard sprach von Ränkespielen. Aber Kirch hatte hochrangige Berater. Es gab Dr. Helmut Kohl. Er kassierte über viele Jahre hinweg sechsstelligen Summen. Es gab Dr. Theo Waigel. Auch er kassierte über viele Jahre hinweg sechsstelligen Summen. Der Bundesminister für Post und Telekommunikation Bötsch kassierte über viele Jahre sechsstelligen Summen von Kirch. Und es gab das CSU-Urgestein Scharnagl, den früheren Herausgeber des „Bayernkurier“; er kassierte über viele Jahre sechsstelligen Summen von Kirch.

(Zurufe und Widerspruch von der CSU)

– Er hat das als Chefredakteur verantwortet.

Obwohl er Mitglied des ZDF-Fernsehrates war, hatte er Beraterverträge – was mit den Richtlinien des ZDF nicht vereinbar war – bei Kirch und hat sechsstelligen Summen kassiert.

Man mag darüber nachdenken, wie das alles zustande gekommen ist. Ich lasse das offen, wie Kollege Pschierer anderes offen gelassen hat. Bei all dem Eigenlob, das die Staatsregierung über ihre ökonomische Tätigkeit legt –

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

**Peter Hufe** (SPD): Ich bin sofort fertig. – Bescheidenheit wäre ein demütiges Zeichen, wenn man eine solche Bilanz wie bei der Causa Kirch zu verzeichnen hat, anstatt solche Töne zu spucken, wie Staatsminister Dr. Wiesheu dies getan hat. Ihnen täte Bescheidenheit gut.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld. Bitte schön.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld** (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Chapeau, chapeau. Hut ab, meine Kollegen von der SPD, die Debatte, die Sie heute geliefert haben, ist wirklich „großartig“. Sie haben Chuzpe, richtige Chuzpe. Das waren Tatsachenverdrehungen erster Güte.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Hufe, ich komme zu Ihren Anmerkungen zum Filmfest. Wenn ich mich recht erinnere, wird die Gesellschaft, die dahinter steht, gemeinsam von der Stadt und dem Land Bayern geführt. Zurzeit hat der sehr verehrte Staatsminister der Finanzen den Vorsitz im Aufsichtsrat.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Er war aber nicht da!)

So ganz alleine das Verdienst von München ist das Filmfest doch nicht.

Erinnern Sie sich daran, dass 1994 – so hat mir Kollegin Deml erzählt – die Kollegin Renate Schmidt gefordert habe, den Forschungsreaktor in Garching nicht zu bauen. Sie habe vorgeschlagen, den Professoren die Fahrkarte für Forschungsfahrten nach Grenoble zu zahlen. Das ist die Forschungspolitik der SPD.

(Beifall bei der CSU – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Die GRÜNEN wollten kein HEU!)

Von allen wurde schon gesagt, dass Bayern im Verhältnis zu den anderen Bundesländern wirklich hervorragend dastehe. Schauen Sie sich Niedersachsen an. Nach den Herren Schröder und Gabriel ist es pleite. Wer muss es richten? – Die CDU.

(Lachen bei der SPD)

Bremen ist ebenfalls pleite; ohne Bund geht nichts mehr. In Nordrhein-Westfalen gibt es nach 40 Jahren roter und grüner Regierung eine Rekordverschuldung, Rekordarbeitslosigkeit und desaströse Verhältnisse. Sie haben seit 1995 in Nordrhein-Westfalen die Schulden fast um das Dreifache erhöht auf 100 Milliarden Euro und gleichzeitig mit einer Wirtschaftspolitik dafür gesorgt, dass mehr als eine Million Menschen dort arbeitslos sind.

Und im Bund? Nachdem Herr Eichel von der wandelnden Spardose zum Fass ohne Boden mutiert ist, haben Sie Schulden auf Schulden gehäuft und mit einer vollständig verfehlten Wirtschaftspolitik Unternehmen aus Deutschland vertrieben. Das ist in Ihren Augen vernünftige Wirtschaftspolitik.

(Franz Schindler (SPD): Typische Rede eines Verbandsvertreters!)

Jetzt kommt Ihr fabelhafter Finanzminister Eichel und schreibt das letzte Kapitel dieser Bundesregierung, den Ausverkauf Deutschlands. Das letzte Tafelsilber wird verschertelt, das Ihnen nach sieben Jahren rot-grüner Regierung noch verblieben ist. Forderungsverkäufe. – An wen? – An verteilte Hedge Fonds.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Schindler (SPD))

Verkauf von Pensionsverpflichtungen für ehemalige Beamte von Telekom und Post, und jetzt sogar noch der Rückgriff auf das Sondervermögen aus dem Marschallplan

(Franz Maget (SPD): Mein Gott!)

zur Aufstellung eines Haushalts, der sowieso im Jahre 2006 nur noch eine Farce ist. Diesem Minister ohne Macht und Fortune, der einmal angetreten war als Sparer der Nation, gelingt einfach überhaupt nichts mehr.

Ich wiederhole: Hut ab vor Ihrem Mut, die wirtschaftlichen Tatsachen in Deutschland so zu verdrehen. Wenn jetzt am Ende dieser Bundesregierung nichts mehr vorhanden ist, was man verkaufen kann,

(Franz Schindler (SPD): Abwarten!)

dann schreien Sie nach Steuererhöhungen.

(Franz Schindler (SPD): Wer will sie erhöhen?)

Steuererhöhungen für die Reichen! Bravo! Das ist finanzpolitischer Blödsinn. Das macht einen ganz schwindelig. Erst senken Sie den Spitzensteuersatz um 5 % auf 42 % und jetzt wird er wieder erhöht. Das Ganze innerhalb kürzester Zeit! Ist das logisch? Ist das klar und ehrlich? – Nein! Das ist rein populistisch. Die Angst treibt Sie um, die Angst vor Ihren eigenen Genossen, die sich langsam um die beiden wirklichkeitsfremden Populisten Lafontaine und Gysi von der Linkspartei scharen. Sie werden es dadurch noch schaffen, dass der Standort Deutschland noch schlechter wird, als er es bereits heute ist.

(Beifall bei der CSU)

Sind Sie sich im Klaren darüber, was Sie mit diesen dummen Forderungen anrichten? Sind Sie sich darüber im Klaren, dass die Großunternehmen, die Herr Schröder bisher immer so verhättselt hat, schnellstens ihren Sitz ins Ausland verlegen werden, wenn sie merken, dass sie keine Spitzenkräfte in Deutschland mehr bekommen, weil diese Spitzenkräfte einfach zu hoch besteuert werden?

(Lachen bei der SPD)

Sie schaffen Arbeitsplätze, aber nicht bei uns, sondern im Ausland. Ihre Freunde von der so genannten „Premium-Opposition“ führen immer das Wort „Nachhaltigkeit“ im Munde. Da darf ich Ihnen noch etwas zum Abschluss empfehlen. Verabschieden Sie sich bitte nachhaltig in die Opposition. Wir werden Jahre brauchen, bis wir den Augi-

asstall in Deutschland, für den Sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik verantwortlich sind, ausgemistet haben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE) – Gegenruf von Staatsminister Erwin Huber (CSU))

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, nehmen Sie doch bitte für die Zurufe die Abgeordnetenbank ein. – Nächster Redner: Herr Kollege Werner Schieder.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Jetzt wird es unterhaltsam und kabarettistisch!)

**Werner Schieder (SPD):** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Aufmerksamkeit nach Möglichkeit wieder auf das Thema dieser Aktuellen Stunde lenken. Gegen Ende dieser Aktuellen Stunde, verehrter Herr Kollege Maget, ist mein erstes Fazit, dass eine Aktuelle Stunde eigentlich nicht ausreicht, um ausreichend darzulegen, worin das Versagen der Staatsregierung gerade im Bereich unternehmenspolitischer und spezieller wirtschaftspolitischer Ansätze liegt. Eine Aktuelle Stunde reicht dafür nicht aus. Wir müssten im Grunde einen ganzen Plenumstag darauf verwenden, um die lange Passivseite dieser Staatsregierung zu verdeutlichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben es an der leidenschaftslosen Verteidigung der Staatsregierung meiner geschätzten Ausschusskollegen Dr. Bernhard und Kupka gemerkt, dass wir nicht so ganz falsch liegen mit dem, was wir behaupten. Die wissen schon auch, wie viele Millionen, zig Millionen, hundert Millionen – und woanders eine Milliarde – finanziell durch die Politik dieser Staatsregierung versenkt wurden. Wer es nicht glaubt, meine Damen und Herren in der CSU-Fraktion, der soll doch mit denen reden; die können Ihnen das sicherlich auch erklären.

Herr Staatsminister Wiesheu, wir haben hier nicht behauptet, Sie sollten sich aus diesen Dingen heraushalten. Sie haben uns das unterstellt. Das meinen wir nicht. Wir sind schon dafür, dass eine Staatsregierung aktiv eingreift, gestaltet und etwas voranbringt.

(Zurufe von der Regierungsbank)

Unsere Aufforderung, dass Sie aktiv sein und sich einmischen sollen, bedeutet aber nicht, aus jeder Initiative, die Sie ergreifen, eine Pleite zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Aufforderung, sich da herauszuhalten, ist vielleicht in einem ironischen Sinne richtig.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es ist schließlich nicht nur heute, sondern auch schon früher immer wieder einmal festgestellt worden, dass einer Sache in Bayern nichts Schlimmeres passieren kann – wenn man es einmal auf den Punkt bringt –, als dass der Ministerpräsident sie zur Chefsache macht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Punkt, um den es uns geht. Es ist nicht so, dass wir Ihnen heute vorhalten, was da oder dort einmal fehlergeschlagen ist. Das kommt überall vor. Der Punkt ist, dass immer dann, wenn Sie die Verantwortung knallhart an sich zogen – ich meine die Staatsregierung – und sagten, das ist unsere Sache, dafür werden wir uns stark machen, die Zahl der Pleiten und Pannen wesentlich gestiegen ist.

Es sind schon einige Beispiele dafür genannt worden. Wenn man mehr Zeit hätte, müsste man das mit dem Beschäftigungspakt Bayern noch einmal erläutern. Da hat der Ministerpräsident versprochen, die Arbeitslosigkeit in Bayern um die Hälfte zu senken. Das war hier in Bayern. Es war nicht der Bund oder sonst irgendjemand, nein, das war die Bayerische Staatsregierung.

(Widerspruch bei der CSU)

– Nein, meine Damen und Herren, ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. Es gefällt Ihnen nicht, dass man Sie daran erinnert. Das ist mir schon klar. Es geht aber hier darum, deutlich zu machen, welcher Widerspruch es gibt zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Propaganda und Realität. Diese Propaganda, die diese Staatsregierung mit nicht geringen Mitteln dauernd verbreitet, ist weit weg von der Realität, und das müssen wir immer wieder deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesstiftung ist schon angesprochen worden. Herr Kollege Maget, da möchte ich Sie mit Verlaub kurz korrigieren. Es ist noch viel schlimmer, als Sie es ausgedrückt haben. Eine Milliarde Euro – ein schwerer Schaden für die Landesstiftung – sind gegen den heftigen Widerstand dieser SPD-Fraktion in diesem Hohen Hause versenkt worden. Eine Pleite ist das für die Landesstiftung.

(Beifall bei der SPD)

Und es gibt noch viele andere Beispiele. Wenn Sie uns nicht glauben, lesen Sie doch die Berichte des Landesrechnungshofs, Herr Kollege Ach. Ich erinnere nur an das Zentrum Ost-West-Management, eine mit viel Propaganda in die Welt gesetzte Initiative. Das Management sollte dazu dienen, Marketing in den Ost-West-Beziehungen zu entwickeln und zu fördern. Die Staatsregierung hat sich federführend an einer Gesellschaft beteiligt und 20 Millionen dafür in die Hand genommen. Und was ist nach einigen Jahren gewesen? – Missmanagement, totale Erfolglosigkeit. Der Aufsichtsrat, in dem die Staatsregierung vertreten ist, hat versagt, und inzwischen ist das Ganze in Insolvenz gegangen.

20 Millionen Euro in den Sand gesetzt und eine Pleite dort, wo Sie initiativ geworden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ein anderes Beispiel ist die Initiative „Bayern-Online“. Dafür wurden seit Mitte der Neunzigerjahre inzwischen 180 bis 200 Millionen Euro staatliche Mittel eingesetzt. Was sagt der ORH dazu? Damit sollte ein Hochgeschwindigkeitsnetz aufgebaut werden. Faktisch existiert dieses Netz nicht mehr. Es ist gescheitert. 180 Millionen Euro wurden in den Sand gesetzt.

Oder denken wir an das Bayerische Institut für angewandte Umweltforschung. 25 Millionen Euro wurden dort in den Sand gesetzt. Das Projekt ist gescheitert. Der ORH sagt, es sei vorbehaltlos die Liquidation zu prüfen. Dies hat der ORH gesagt, und der Ausschuss hat es kürzlich beschlossen.

Top elf ist ein Projekt der Telematik. Es geht um Wirtschaft im ländlichen Raum. Dort wurden zweistellige Millionen-summen in den Sand gesetzt. Der Rechnungshof sagt, dieses Projekt sei völlig daneben gegangen und im Zusammenhang damit auch der so genannte Virtuelle Marktplatz Bayern, wobei nochmals einige zig Millionen in den Sand gesetzt wurden.

Meine letzte Bemerkung: Überall da, wo Sie die Verantwortung direkt an sich gezogen haben, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, haben Sie die meisten Pleiten in diesem Land verursacht. Dafür sind ausschließlich Sie verantwortlich. Das muss man hier immer wieder deutlich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Schieder von der SPD hat mit Augenzwinkern, also ein bisschen ironisch, die Aufforderung an die Staatsregierung gerichtet: Haltet euch bitte heraus! – Von uns kommt diese Aufforderung ohne jede Ironie, sondern mit bitterem Ernst: Bitte haltet euch da raus! Geht nicht weiter in die Unternehmenspolitik hinein; denn das endet im Desaster! – Wir haben diese Forderung aus grundsätzlichen politischen Argumenten heraus schon immer vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Pschierer – mit Vornamen Franz Josef – hat sich etwas an meiner Wortwahl gestoßen. Er hat als Beispiel gebracht: Zitat Martin Runge: „wohlinstanzierter Börsenschwindel“. – Kollege Pschierer ist jetzt nicht mehr anwesend, aber Sie können ihm ausrichten, dass dieser Begriff noch sehr höflich ist für das, was da passiert ist. Wir verstehen alle, dass sich Franz Josef Pschierer als örtlicher Abgeordneter hier fürchterlich schämt, dass ihm das Ganze fürchterlich peinlich ist. Von Ihrem geschätzten

Kollegen war nämlich beispielsweise in der „Mindelheimer Zeitung“ nachzulesen, er kümmere sich seit Jahren um die Geschicke des Unternehmens. Kollege Pschierer war dann völlig überrascht, als das Nachfolgeunternehmen angekündigt hat, die Produktion dichtzumachen. Er war auch völlig überrascht, als der Mietvertrag nicht verlängert wurde. Und er war noch mehr überrascht, als er in der Zeitung hat lesen müssen, dass Albert und Bernhard Schneider erklärt haben: Außer aus Zeitungsartikeln kennen wir diesen Herrn nicht. – Auch die Chefs des Nachfolgeunternehmens und die Mitarbeiter haben gesagt: Wir kennen diesen Herrn nicht. – Angeblich aber kümmert er sich seit Jahren um die Geschicke des Unternehmens.

Jetzt aber zu Ihren Ausführungen, Herr Minister Wiesheu, und auch zu den Ausführungen einiger Ihrer Kollegen im Gefolge. Niemand hier und auch niemand von Rot-Grün lobt die Arbeitsmarktbilanz, lobt irgendwelche Wirtschaftsdaten. Da gibt es nichts zu beschönigen. Das ist allerdings heute auch nicht das Thema. Das Thema heute sind die Pleiten, das sind die Pannen, und das ist das Pech – ich habe den Katalog ja schon ergänzt; denn es spielt noch einiges andere hinein – immer dann, wenn die Bayerische Staatsregierung gemeint hat, Unternehmen spielen zu sollen oder in unternehmerische Geschicke hineinzuregeln.

Was machen Sie? - Angriff ist die beste Verteidigung. Sie zeigen wiederum nur auf die anderen. Sie treiben also das Spiel, das Sie schon von jeher trefflich beherrschen. Und Sie sind sich nicht zu dumm dazu, solche Dinge wie das Ranking Bertelsmann-Stiftung zu bringen. Also bitte, das sind doch wirklich ganz einfache Methoden. Als Antwort könnte man zum Beispiel auf das verweisen, was in der „Financial Times“ zu lesen ist: „Bayern ist im Westen Wachstumsschlusslicht“. Es gab da diese tolle Studie „Einkaufsmanagerindex“. Ich habe diesen Index dann entsprechend herabgewürdigt.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Wir auch!)

Das sind alles Studien, bei denen einzelne Dinge herausgegriffen werden, und zwar ziemlich beliebig. Bei dem Ranking der Bertelsmann-Stiftung war meiner Erinnerung nach auch die innere Sicherheit dabei. Das dann wieder als Argument zu bringen, wie toll es in Bayern sei, ist meines Erachtens billig. Wenn Sie zu solchen Mitteln greifen müssen, dann zeigt das einfach, dass es bei Ihnen mit der Kompetenz nicht weit her ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Kupka hat vorhin die Frage gestellt: Hat die „Abendzeitung“ von der SPD abgeschrieben, oder hat die SPD von der „Abendzeitung“ abgeschrieben? Die Überschrift in der „AZ“ hieß nämlich genauso, wie die Aktuelle Stunde betitelt ist. Kollege Kupka hätte ein bisschen in der „Staatszeitung“ nachblättern sollen. Dort gab es vor Jahren schon einen Artikel „Pleiten, Pech und Pannen“. Er stammte aus meiner Feder. Allerdings muss man sagen, dass die Listen von Pleiten, Pech und Pannen seitdem immer länger geworden ist, und es gibt eben heute ein

aktuelles Thema, nämlich das Desaster bei der Hypo-Vereinsbank, das Ende der Bayernbank. Dazu haben wir nichts, überhaupt nichts Erhellendes zu hören bekommen.

Meine Damen und Herren, wahrscheinlich ist das auch nicht möglich, wahrscheinlich hat die CSU, wahrscheinlich hat die Staatsregierung hierzu nichts zu sagen. Sie haben sich zu schämen, aber wenigstens das sollten Sie dann auch tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Kaiser. Bitte schön, Herr Dr. Kaiser.

**Dr. Heinz Kaiser (SPD):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben heute erlebt, dass sich der Wirtschaftsminister vom deutschen Bankenmodell, vom Drei-Säulen-Modell, verabschiedet hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU))

Er hat Abschied genommen von der bisherigen Position der Staatsregierung, dass Sparkassen und Landesbanken selbstständig bleiben als eigenständiger wichtiger Teil der deutschen Bankenlandschaft. Offensichtlich überlegt er sich jetzt, nach dem italienischen Vorbild vorzugehen. Ich bin gespannt, was die Staatsregierung insgesamt und vor allem der Finanzminister, der immer das öffentlich-rechtliche System hochhält, dazu sagen, was die CSU dazu sagt. Das ist in den Aussagen hier deutlich geworden.

Herr Staatsminister Wiesheu, in einem Punkt möchte ich Sie korrigieren: Ich wohne im bayerischen Teil des Rhein-Main-Gebietes. Sie haben hier sehr negativ über Opel geredet und behauptet, dass dort 10 000 Arbeitsplätze verloren gehen würden. Das ist längst passé. Sie sollten sich besser informieren.

(Zurufe von der CSU)

Opel befindet sich im Aufwind. Das Opelwerk in Rüsselsheim – in diesem Werk arbeiten auch Hunderte von Menschen aus meinem Landkreis – ist jetzt das zentrale Entwicklungszentrum von General Motors für ganz Europa. Sie sollten also außerbayerische Firmen, die auch Arbeitsplätze für bayerische Bürger bereitstellen, in diesem Hohen Hause nicht schlecht machen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Kollege Schieder hat schon auf den großen Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit hingewiesen. Natürlich kann der eine oder andere Sanierungsfall auch schief gehen. Das ist gar nicht zu vermeiden. Bemerkenswert ist aber, dass die Pleite von Holzmann, nachdem zunächst Roland Koch vergeblich versucht hat, eine Lösung zu finden – der Bundeskanzler hat das dann auch versucht –,

die Bundesrepublik Deutschland keinen Cent oder keinen Pfennig gekostet hat.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Das ging aber zulasten der Mittelständler! – Weitere Zurufe von der CSU)

Im Gegensatz dazu haben Grundig, Schneider und Fairchild Dornier eine Menge Steuergelder gekostet.

(Zurufe von der CSU)

Bemerkenswert ist Folgendes: Sie haben immer eine hervorragende PR-Arbeit, wenn einmal ein Zwischenschritt erfolgt ist. Wenn die Firma aber pleite geht, dann tauchen Sie ab.

Sie, Herr Wiesheu, haben sich einen Gewerkschaftsorden, die Hans-Böckler-Medaille, umhängen lassen, verliehen aus Anlass der Rettung von Hutschenreuther und der oberfränkischen Porzellanindustrie. Was ist davon heute übrig geblieben? Das sind nur noch klägliche Reste – ein Versäumnis der Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU))

Herr Kollege Bernhard, hier lese ich in der „Süddeutschen Zeitung“:

Es war der große Tag des Otto Wiesheu. Zu früher Stunde am Mittwoch konnte er die Rettung des ehemaligen Weltunternehmens Grundig verkünden, das durch den scharfen Wettbewerb in der Unterhaltungselektronik und zahllose Managementfehler an den Rand des Zusammenbruchs geraten war. Kurz vor Mittag widerfuhr ihm die Ehre, die bisher noch keinem Politiker seiner Couleure zuteil wurde: Aus der Hand des Gewerkschaftschefs Hubertus Schmoldt erhielt Wiesheu die Hans-Böckler-Medaille, die höchste Auszeichnung, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu vergeben hat.

Sie lassen sich feiern für Sanierungen, und wenn die schief gehen, dann tauchen Sie ab und stehen nicht zu den Fehlern, die da unter Umständen passiert sind. Da könnte man mit den Elogen fortfahren, die damals verbreitet worden sind.

In der Liste der Fehlschläge – Kollege Schieder hat es angesprochen, ich will ein paar Namen nennen, auch aktuelle Dinge, die in den vergangenen Monaten eine Rolle gespielt haben – lässt sich anführen: Die Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung, 20 Millionen Bürgschaft im Haushalt, 40 Millionen Euro sind an Deponieverpflichtungen übernommen worden. Die Bayerische Landesiedlung macht seit Jahren Verluste und steht zum Verkauf, der Deutsche Orden hat 200 Millionen Euro Schulden hinterlassen, nachdem er von Stoiber nach Bayern geholt worden ist. Die Kelheimer Zellstoff-Werke waren ein großer Fehlschlag. Weiteres Beispiel das Musical Lud-

wig II. Oder Quam und die UMTS-Euphorie damals. Minister Huber hat erklärt, als Quam sich in München niedergelassen hat – es war eine Fusion von Telefonica und Sonera –, er sei einen Meter hoch gesprungen. Die Firma gibt es heute gar nicht mehr. Man könnte weitermachen mit Maho/Deckel. Walter Bau und die Schmidt-Bank sind schon angesprochen worden.

Meine Damen und Herren, zur Schmidt-Bank. Wenn gar nichts mehr hilft, dann schreit Herr Schnappauf: Kreditanstalt für Wiederaufbau an Schmidt-Bank beteiligen! Wo ist der Kanzler? Hier wird kritisiert, wenn der Kanzler versucht, Holzmann zu sanieren, und im Falle der Schmidt-Bank, wo Sie versagt haben, wird gesagt – in Oberfranken –: Wo ist der Kanzler? – Das ist eine doppelzünigige Politik, Herr Kollege König.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben noch einiges zu tun.

Abschließend möchte ich zu Schneider etwas sagen, was Herr Kollege Runge angesprochen hat. Da wird man auch noch mal nachfassen müssen. Wenn laut eines Artikels der „Süddeutschen Zeitung“ der damalige Abteilungsleiter Ralf Adam sagt: „Die neue Laserzukunft ist für Adam greifbar nahe gerückt. Bis Mitte nächsten Jahres soll das Produkt marktreif sein.“ – so im Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“ – und dann zwei Kapitalerhöhungen folgen, wo Anleger hineingehen, dann wird das Ganze problematisch. Das sind nicht Dinge der Vergangenheit, sondern das sind Probleme, die uns noch heute beschäftigen. Da laufen noch die Prozesse, die uns vielleicht noch mal großen Kummer bereiten werden, zumindest der LfA.

Die heutige Aktuelle Stunde ist wichtig gewesen, um aufzuzeigen: Pleiten, Pech und Pannen. Die Staatsregierung hat wenig wirtschaftspolitische Kompetenz, um nicht zu sagen gar keine.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Franz Maget (SPD): Gut, Heinz!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Schade!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulweges (Drs. 15/3619) – Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Eine Aussprache findet ebenfalls nicht statt. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführendem Ausschuss zu

überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 b auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Drs. 15/3620)**

**– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Redezeit fünf Minuten pro Fraktion. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Weidenbusch, bitte.

**Ernst Weidenbusch** (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Anlass für die Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes ist die Änderung des Gesetzes über eingetragene Lebenspartnerschaften. Dieses Gesetz wurde notwendig in der Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Februar 2004, das die Möglichkeit eingeräumt hat, einen einmal erworbenen Ehenamen, der nicht Geburtsname ist, auch in einer späteren Ehe als Ehenamen zu wählen. Als Folge der Tatsache, dass dies möglich ist für das Verhältnis in der Ehe, ergibt sich aus § 3 Absatz 5 des Gesetzes über eingetragene Lebenspartnerschaften, dass dies auch für eingetragene Lebenspartnerschaften möglich sein muss.

Der Zeitraum, den dieses Ausführungsgesetz erfassen wird, ist begrenzt auf die Zeit bis zum 12. Februar 2006. Er betrifft alle diejenigen, deren Ehenamenerlangung aus einer früheren Verheiratung nach einem anderen Geburtsnamen in der Zeit vor dem 12. Februar 2005 erfolgt ist.

Konkreter Anlass für dieses Ausführungsgesetz ist die Tatsache, dass im Bayerischen Ausführungsgesetz bisher keine zuständige Behörde für die Entgegennahme namensrechtlicher Erklärungen bestimmt ist und dass des Weiteren bisher nicht geregelt ist, wie die Datenübermittlung erfolgen soll. Das Gesetz regelt daher, dass die Datenübermittlung durch die zuständigen Notare erfolgen soll, und zwar entweder an den Standesbeamten, der die Geburt beurkundet hat, oder an den Standesbeamten, der das Familienbuch führt. Die Zuständigkeit dafür ist bei den Notaren. Wenn die Namensbekanntgabe gleichzeitig mit der Eintragung der Lebenspartnerschaft stattfindet, dann wird sie kostenfrei sein. Wenn sie isoliert stattfindet, fällt dafür eine Gebühr von 50 Euro an.

Eine gewisse Brisanz hat das Thema eventuell dadurch, dass wohl bekannt sein dürfte, dass die CSU verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft erhebt, sodass es auf den ersten Blick durchaus eigenwillig erscheinen mag, dass jetzt ein Ausführungsgesetz ergeht. Auf der anderen Seite ist es aber einfach so, dass man für die Betroffenen, sprich die, die einen solchen Ehenamen vor dem 12. Februar 2005 erworben haben und jetzt in einer neuen Beziehung führen wollen, eine Regelung auch im Ausführungsgesetz dann machen muss, wenn man verfassungsrechtliche Bedenken hat. Das ist einfach das Ergebnis der Abwägung zwischen den Interessen der Betroffenen und

der eigenen Meinung über die Verfassungsmäßigkeit eines vom Bund festgestellten Gesetzes.

Ich bitte daher um Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Abschließend sage ich: Bitte ersparen Sie uns die Diskussion über die Zuständigkeit der Notare.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN – Ulrike Gote (GRÜNE): Das hätte er gerne!)

– Das hätte ich nicht gerne. Sie können sich hier so viel lächerlich machen, wie Sie wollen. Aber die Betroffenen teilen Ihre Ansicht nicht. Es gibt aus der Zahl der Betroffenen überhaupt keinen nennenswerten Protest, weil sich nämlich herausgestellt hat, dass es bei den Notaren in sehr bewährter Weise funktioniert. Da nützt es nichts, wenn Sie Ihre Meinungen und Veröffentlichungen nachlesen, sondern da müssen Sie schauen, wie die Realität in Bayern ist.

(Christine Stahl (GRÜNE): Weil Sie so viel Kontakt zu den Betroffenen haben!)

– Frau Stahl, bevor Sie zwischenrufen, wie viel Kontakt ich zu Betroffenen habe, würde ich raten, dass Sie sich mal informieren. Ich biete Ihnen auch an, dass Sie das bei mir persönlich tun. Dann sage ich Ihnen auch die Namen zu. Aber schreien Sie nicht dazwischen, wenn Sie nicht wissen, wovon Sie reden. Ich verlange auch von Ihnen, dass Sie sich informieren.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Adelheid Rupp** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Weidenbusch, ich werde Ihnen das natürlich nicht ersparen. Allein wie Sie heute Ihren Vortrag hier gestaltet haben, drückt schon aus, wie fern Sie Schwulen und Lesben sind. Ich sage das hier ganz bewusst, weil ich weiß, dass Sie alle immer gern den klinisch reinen Begriff Homosexuelle verwenden. Wir reden von Schwulen und Lesben.

(Widerspruch bei der CSU)

Lassen Sie mich erst mal ausreden, kommen Sie erst mal wieder runter. Das kennen wir ja auch aus dem Ausschuss. Es ist natürlich so, dass die ganzen Verpartnereien durch die Notare meist positiv gestaltet werden. Das ist richtig. Das heißt aber noch lange nicht, dass der bayerische Sonderweg politisch richtig ist. Das heißt es noch lange nicht. Das schreiben Sie sich bitte hinter die Ohren, weil alle Lesben- und Schwulenverbände, die man dazu befragt, ganz klar darin eine Diskriminierung sehen.

Das haben Sie wohl völlig vergessen. Wenn Bayern ausschereen muss und einen Sonderweg geht, dann ist das nicht in Ordnung. Wenn Herr Ministerpräsident Stoiber

sagt, die Diskriminierung von Homosexuellen sei lang vorbei, dann muss ich sagen, allein das, dass man nicht das tut, was andere Bundesländer tun, und es selbstverständlich tut, drückt aus, dass Sie sehr wohl differenzieren.

Nun zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Wir haben eine Bundesgesetzgebung vorliegen, und es muss angepasst werden. Nach dem, was Sie vorgetragen haben, habe ich den Eindruck, diese Anpassung erfolgt auch nur deswegen. Ihre eigene Idee wäre es sicherlich nicht gewesen. Beim Namensrecht – und der wichtigste Teil ist die Frage des Kindes, wenn es in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften lebt –, soll eine Anpassung erfolgen. Das ist der Kern und einer der wichtigsten Punkte. Ich gehe, wie gesagt, davon aus, dass dies nicht von Ihnen gekommen wäre.

Von uns aus wird es so sein, dass wir dem auch nicht zustimmen werden, und zwar nicht deswegen, weil wir der Meinung wären, dass die Bundesgesetzgebung falsch ist, sondern weil wir der Meinung sind, dass ein Gesetz angepasst wird, das wir von Grund auf ablehnen.

Wir als SPD-Fraktion werden einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Lebenspartnerschaftsgesetzes vorlegen, weil wir der Meinung sind, es geht nicht an, in einer Gesellschaft, in der es 10 % Schwule und Lesben gibt, diese nicht als gleichwertige Mitbürgerinnen und Mitbürger dieser Gesellschaft zu behandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun noch einmal zu dem Thema: Wie geht die CSU, wie gehen Sie mit Schwulen und Lesben um? Sie haben damals gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz geklagt. Sie sind wohl immer noch nicht in dieser Gesellschaft angekommen. Sie verweigern eigentlich jegliche Diskussion darüber, wie man das gleichberechtigt mit den anderen Bundesländern gestalten könnte und auch wie man weitere Schritte gehen könnte. Wir wissen alle, dass es sehr viele Pflichten aufgrund des Lebenspartnerschaftsgesetzes gibt. Die Rechte sind dagegen nicht so ausgestaltet, wie wir es uns vorstellen. Das heißt für uns auch –, und das werden wir immer wieder vertreten –, dass wir steuerrechtliche Möglichkeiten und Verbesserungen schaffen wollen.

Interessant finde ich zu diesem Themenbereich auch die Ausführungen der Justizministerin Frau Merk. Sie hat gesagt, mit der notariellen Regelung sei eine umfassende notarielle Beratung garantiert. Lebenspartner könnten auf diese Weise bereits bei Begründen der Lebenspartnerschaft sämtliche vermögensrechtlichen Fragen regeln. Da muss ich schon fragen, wenn das so Klasse ist: Wann bekommen wir dann die Bundesratsinitiative der CSU zur Änderung der Eheschließungen? Denn dann sollten wir doch grundsätzlich alles beim Notar machen, wenn das das Wesentliche dieser Möglichkeit der Verpartnerung ist. So kann es ja wohl nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, diese herausragende Regelung hätte ich dann gern auch für die klassische Ehe. Mich würde es überraschen, wenn Sie das täten. Aber es wäre die Konsequenz aus dem, was Sie gesagt haben.

Für uns wird das weiterhin ein Thema bleiben. Wir werden keine Ruhe geben, bis der bayerische Sonderweg weg ist, bis auch Sie Schwule und Lesben als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft akzeptieren,

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

und bis wir so weit sind – das macht es vielleicht auch für Sie als Abgeordnete am allerdeutlichsten –, dass nach einem Christopher-Street-Day die Abschlussparty nicht nur im Münchner Rathaus stattfindet, sondern auch im Maximilianeum.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl.

**Christine Stahl (GRÜNE):** Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Dieser Gesetzentwurf hat eines geschafft, nämlich zum perfekt richtigen Zeitpunkt als Gesetz eingebracht zu werden. Das, muss ich sagen, war wirklich gut; denn bei sämtlichen CSDs, die in diesem Land stattfinden – das ist übrigens die Abkürzung von Christopher-Street-Days, falls die Damen und Herren von der CSU das nicht wissen –,

(Margarete Bause (GRÜNE): CSD statt CSU!)

mit Tausenden von Besucherinnen und Besuchern wird es uns eine Freude sein, vor allem wenn ich bei einzelnen Schirmherrin bin, Ihren Gesetzentwurf zu zerpfücken und dazu auch noch die wunderbaren Aussagen zu demaskieren, die zum Beispiel Ihre Justizministerin in der Monatszeitschrift des LSVD getroffen hat: Wir sind ja so offen für Schwule und Lesben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Die ist ja auch für die Großstädte zuständig!)

Ich bin sehr gespannt, wie darauf die wirklich Betroffenen reagieren werden. Um mit meinem Patenkind zu sprechen: Sie sind Pseudos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind nur scheinbar weltoffen, Sie sind scheinbar aufgeschlossen und akzeptieren auch nur scheinbar andere Lebensweisen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber scheinheilig sind Sie!)

– Das hat jetzt Herr Dr. Dürr gesagt. Ich glaube auch nicht, dass Sie uns, vor allem nach unserem Vernetzungstreffen, das wir im Landtag abgehalten haben, bei dem eine ganze Reihe der verschiedensten Gruppen und Organisationen

anwesend waren, die im Bereich Schwule und Lesben arbeiten, die sehr genau wissen, was sie wollen. Sie müssen unterscheiden zwischen dem, womit man sich

(Ernst Weidenbusch (GSU): Zwischen Berufsschwulen und Schwulen!)

– warten Sie meinen Satz ab, Herr Kollege – angesichts von Mehrheiten ein bisschen arrangiert hat, und dem, was man tatsächlich will. Die Kollegin hat es richtig gesagt: Das ist die Eintragung beim Standesamt, und zwar für alle Formalia, das heißt auch für Namensrechtsänderungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen uns in unserer alten Forderung aus der letzten Legislaturperiode bestätigt, dass im Grunde genommen alle diese Eintragungen und jetzt auch die neuen Möglichkeiten beim Standesamt durchzuführen sind. Was Sie vorgeben, ist ein Umweg über die Notare. Denn wie läuft denn das Ganze? Sowohl die Eintragung als auch die von Ihnen geplanten Namensänderungen müssen letztendlich ja doch beim Standesamt gemeldet werden, weil dort die Familien- und Geburtenbücher liegen. Können Sie mir erklären, was für einen Sinn das macht? Wieso gehen Sie diesen teuren Umweg über den Notar – Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben zu Recht gesagt, dass dafür 50 Euro fällig werden, während es beim Standesamt bei bestimmten Eintragungen nur ganze 17 Euro sind –, wenn man letztendlich doch beim Standesamt landet? Der Sinn dessen erschließt sich mir nicht. Ich sehe nur, dass Sie unglaubliche Verrückungen unternehmen, die wirklich erstaunlich sind. Damit sind Sie auch bereit, Ihre eigenen Grundsätze über Bord zu werfen, Grundsätze, die heißen: Verwaltungsvereinfachung, Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens. Nein, Sie bauen noch eine Stufe rein, einfach weil Sie meinen, Sie müssten das aus ideologischen Gründen tun. Damit diskriminieren Sie – und das finde ich persönlich schäbig – Kinder in eingetragenen Lebenspartnerschaften, weil Sie sie anders behandeln als Kinder in „normalen“ Partnerschaften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr wohl tun Sie das, wenn die Namensänderungen nur über den Notar gehen und nicht gleich beim Standesamt möglich sind. Das ist eine Art von Ungleichbehandlung. Sie wollen mir doch nicht erzählen, dass das nicht so ist. Da stelle ich fest: Ideologie schafft Bürokratie, und Sie müssen erst einmal erklären, was das soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als ich die Überschrift des Gesetzentwurfes las, habe ich gedacht: Das kann doch nicht sein. Die werden doch nicht endlich die landesrechtlichen Anpassungen vornehmen, die wir schon beantragt haben, weil es hier ebenfalls Handlungsbedarf gibt. Sie wissen ganz genau, dass in diesem Bereich für den öffentlichen Dienst noch eine ganze Reihe Regelungen fehlen. In der letzten Legislaturperiode – da waren Sie noch nicht dabei – hieß es im Ausschuss: Die Bundesebene soll erst einmal ihren Job machen, dann reden wir darüber. Die Bundesebene hat ihren Job gemacht, und ich erwarte, dass auch wir hier im

Landtag über die landesrechtlichen Regelungen sprechen.

Über den Gesetzentwurf zum Namensrecht werden wir im Ausschuss noch intensiver diskutieren müssen. Ich belasse es jetzt dabei. Auch wir kündigen einen Antrag an. Wir ersparen Ihnen die Debatte zum Thema „Standesamt“ ganz sicher nicht, weil ich weiß, dass wir auf der richtigen Seite stehen. Ich vermittele Ihnen den Kontakt zu mindestens 20 Organisationen, die Ihnen sagen werden, dass Ihr Weg der falsche ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 c auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 15/3621) – Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich darf Herrn Staatsminister Schneider darum bitten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Siegfried Schneider** (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen umfasst eine Vielzahl bildungspolitischer Themen, die zum Teil auch aufgrund von Beschlüssen des Bayerischen Landtages notwendig geworden sind. Ich möchte in aller Kürze die Schwerpunktthemen vorstellen. – Der erste Bereich des Gesetzentwurfes ist, dass wir in das Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen geschlechtsneutrale Bezeichnungen bzw. Paarbezeichnungen durchgehend eingeführt haben. Grundlage hierfür war ein Beschluss des Bayerischen Landtages vom 6. Mai 2003. Dieser Beschluss wurde, soweit ich mich erinnere, damals im Bildungsausschuss einstimmig gefasst.

Der zweite Bereich ist die Streichung der beweglichen Ferientage. Auch hierzu gibt es einen Beschluss des Bildungsausschusses vom 20. Januar 2005, wonach die beiden beweglichen Ferientage wieder abgeschafft werden, weil die Praxis gezeigt hat, dass letztendlich bei der Betreuung der Kinder, auch beim Schülertransport und bei den Planungen für die Familien große Schwierigkeiten aufgetreten sind. Wir haben im Gesetzentwurf aber auch die besondere Situation der beruflichen Schulen berücksichtigt: In Zeiten der praktischen Ausbildung bleibt die Möglichkeit für die Berufsschulen erhalten, bis zu zwei Tage von der Ferienordnung abzuweichen.

Drittens. Es gibt eine gesetzliche Anordnung zur sofortigen Vollziehbarkeit von schulischen Ordnungsmaß-

nahmen. Wenn nach geltendem Recht eine Ordnungsmaßnahme verhängt worden ist, gab es auch in schwerwiegenden Fällen eine aufschiebende Wirkung, auch in Situationen, in denen Schüler Gewalt gegen Mitschüler angewandt oder auch Gewalt gegen Lehrer angedroht haben. In wenigen, aber doch einigen Fällen war kein ordnungsgemäßer Unterricht mehr möglich. Dann musste diese Ordnungsmaßnahme ohne weitere Begründung ausgesetzt werden. Mit der vorgeschlagenen Lösung, die aus meiner Sicht rechtlich gut vertretbar ist, bleibt dennoch ein effektiver Rechtsschutz sowohl im einstweiligen Rechtsschutzverfahren als auch im Hauptsacheverfahren erhalten.

Viertens. Wir schaffen im Gesetz die Voraussetzungen für die Einrichtung von Kooperationsklassen.

Fünftens. Schauspielschulen und bestimmten anderen beruflichen anderen Schulen soll die Möglichkeit gegeben werden, vom Regelschuljahr abzuweichen.

Ich bitte, den Gesetzentwurf zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse weiterzuleiten.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Ich darf Ihnen, Frau Kollegin Pranghofer, das Wort erteilen und daran erinnern: Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion, wie immer. Bitte, Frau Kollegin.

**Karin Pranghofer (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Minister hat die einzelnen Punkte des Gesetzentwurfes hier vorgestellt. Es geht um eine Reihe von bildungspolitischen Fragen und Problemen, die im Gesetz neu geregelt werden sollen. Ich will hier nur noch auf wenige Punkte eingehen: Zum einen begrüßen wir natürlich, dass es zur neuen sprachlichen Regelung im Gesetz kommt und dass eine Überarbeitung erfolgt ist. Jetzt wird geschlechtsneutral formuliert bzw. dort, wo das nicht möglich ist, werden der männliche und der weibliche Begriff im Gesetz verwendet. Das ist unkritisch.

Unkritisch ist auch die Ferientagsregelung. Das wurde auch im Ausschuss einvernehmlich beschlossen; wir haben dem Vorschlag zugestimmt.

Die Aufforderung im Gesetz, Ordnungsmaßnahmen rascher durchzusetzen, sehen wir sehr kritisch; diesen Punkt werden wir ablehnen. Da haben wir große Bedenken, denn wir sagen: Die Schule ist kein rechtsfreier Raum. Ich teile ausdrücklich die Meinung der Landeselternvereinigung der Gymnasien. Auch wir sind der Meinung, dass dieser Wegfall zu einer massiven Verkürzung des effektiven Rechtsschutzes führt. Der Status eines Verwaltungsaktes wird verändert. Gerade dieses Widerspruchsverfahren ist natürlich ein Verwaltungsakt. Wenn wir auf die aufschiebende Wirkung, die jetzt per Gesetz weggelassen werden soll, verzichten, bedeutet das, dass hier möglicherweise auch grundgesetzliche Tatbestände zu berücksichtigen sind, denen man hier einfach nicht gerecht wird. Ich bitte vor allem auch darum, hier nicht so zu tun, als müsste man hier der Praxis in der Schule folgen. Man kann sich hier nicht darauf zurückziehen,

dass an der Schule keine juristischen Personen handeln. Zudem hat die Schule die Möglichkeit, die Ministerien zu befragen. Diese harten und scharfen Maßnahmen, ein Rauswurf oder eine Entlassung aus der Schule, müssen auch in einem geregelten Verfahren vollzogen werden. Eine Änderung kann nicht unter Hinweis auf praktische Bedürfnisse der Schulverwaltung erfolgen.

Ich darf noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, den der Minister in seinem Beitrag gar nicht genannt hat: Es soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass Kommunen Schulen in der Rechtsform von gemeinsamen Kommunalunternehmen errichten und betreiben. Das soll schulrechtlich im vorliegenden Gesetzentwurf klargestellt werden. Auch hier erwarten wir von der weiteren Beratung eine konzeptionelle Vorstellung, wie das in der praktischen Umsetzung aussehen soll, zumal der Städtetag in seinem Konsultationsverfahren ausdrücklich gerügt hat, dass das Konsultationsverfahren viel zu kurz gewesen sei. Insofern hat der Städtetag zu dieser Frage sicherlich nicht qualifiziert Stellung nehmen können. Das werden wir aber im Ausschuss noch diskutieren, wenn wir dieses Gesetz beraten.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Als Nächster hat Herr Kollege Eisenreich das Wort.

**Georg Eisenreich (CSU):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden den Gesetzentwurf im Ausschuss ausführlich beraten; daher jetzt nur eine kurze Stellungnahme. Auch wir begrüßen, dass der Beschluss des Landtags zur geschlechtsneutralen Formulierung von personenbezogenen Begriffen umgesetzt wird. Auch die Abschaffung der beweglichen Ferientage begrüßen wir. Dies entspricht schließlich einem Wunsch der Eltern. – Vieles ist also unproblematisch.

Ich möchte nur kurz zur Durchsetzbarkeit schulischer Ordnungsmaßnahmen Stellung nehmen. Frau Kollegin, Sie unterliegen hier einem Irrtum: Wenn Rechtsbehelfe keine aufschiebende Wirkung mehr haben – in einer ganzen Reihe von Fällen ist geregelt, dass Rechtsbehelfe keine aufschiebende Wirkung haben –, hat das nicht zur Folge, dass dann ein rechtsfreier Raum entsteht; denn im anschließenden Widerspruchsverfahren kann die Rechtslage geprüft werden. Sollte es anschließend zu einem Anfechtungsverfahren kommen, wird alles voll umfänglich geprüft. Es geht lediglich um die Durchsetzbarkeit bei Erlass des Bescheides. Das hat aber mit der rechtlichen Würdigung im nachfolgenden Rechtsverfahren nichts zu tun.

Das ist schlicht und einfach ein Irrtum. Dies ist keine Einschränkung des effektiven Rechtsschutzes. Einen rechtsfreien Raum gibt es in diesem Land sowieso nicht. All diese Fragen können wir im Ausschuss eingehend klären.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Als Nächste hat Frau Kollegin Tolle das Wort.

**Simone Tolle** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will nicht lange reden. Ich möchte aber den Landtag und die Staatsregierung als frauenpolitische Sprecherin meiner Fraktion

(Zurufe von der CSU: Oho! Oho!)

beglückwünschen, dass nun auch offiziell Schülerinnen an den Schulen angekommen sind.

Wir stimmen der Regelung zu den beweglichen Ferientagen zu, obwohl ich es sehr bedauere, dass es nicht geklappt hat, den Schulen dieses Stückchen Freiheit zuzugestehen. Es ist aber durch Petitionen, die wir im Ausschuss beraten haben, zutage getreten, dass die Eltern, vor allem die allein erziehenden Mütter, an den beweglichen Ferientagen keine Betreuung für ihre Kinder finden konnten. Ich denke, das sollte ein weiterer Anlass sein, um Müttern, Vätern und Eltern mehr Betreuung zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Waschler, in zwei Punkten habe ich Beratungsbedarf. Zum einen geht es um Artikel 43, in dem die Aufsicht vom Schulamt an die Regierung übergeht. Die Begründung hierzu ist mir schleierhaft. Ich freue mich darauf, was wir dazu im Ausschuss hören werden.

Zum anderen besteht bei uns wie bei der SPD Beratungsbedarf hinsichtlich des Artikels 86 Absatz 10, wonach die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Ordnungsmaßnahmen entfällt. Das Beispiel mit gewaltbereiten Schülerinnen und Schülern, Herr Minister Schneider, ist eines, das ein Extrem setzt. Es gibt aber auch noch andere, kleinere Vergehen, wie ich sagen möchte. Ich bin mir sicher, auch hier im Raum sitzen viele, die schon einmal einen Verweis bekommen haben. Herr Kollege Waschler hat natürlich noch nie einen Verweis bekommen, ich im Übrigen auch nie. Die aufschiebende Wirkung, Herr Kollege Eisenreich, bezieht sich aber auf alle Ordnungsmaßnahmen. Sie haben schon Recht, Widerspruch und Anfechtung – oder wie immer das auch heißt, ich bin keine Juristin – werden natürlich weitergeführt werden. Sie höhlen dieses Recht aber eigentlich aus, indem Sie den Sofortvollzug durchführen. Es hat aber niemand etwas davon, wenn man es im Nachhinein wieder rückgängig macht.

Ich denke, gerade an den Schulen sollte man den Schülerinnen und Schülern zeigen, dass es Demokratie gibt, dass man miteinander auskommen kann – Gewaltfälle nehme ich jetzt einmal aus. Es sollte den Schülerinnen und Schülern gezeigt werden, dass Lehrer und Schülerinnen und Schüler zusammenarbeiten und es keinen Diktator gibt, der bestimmt. Das gibt es im Schulleben nämlich leider auch, Herr Kollege Eisenreich. Davor werden unsere Kinder dann nicht mehr geschützt sein. Anstatt mit der Brechstange auf das Verhalten der Schülerinnen und Schüler zu antworten, sollten wir uns um pädagogische Antworten bemühen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine letzte Anmerkung: Die Erweiterung der Definition „öffentliche Schulen“ ist nur Kosmetik. Das wirkliche Problem packen Sie nicht an. Das wirkliche Problem heißt: Kommunale Schulen bekommen weniger Zuschüsse als private Schulen. Dieses Problem haben Sie nicht gelöst, und Sie werden es auch nicht lösen wollen. Die Verstaatlichung kommunaler Schulen – ich sage das hier, damit es wieder einmal alle gehört haben –, so haben Sie vor dem Ausschuss betont, könne frühestens in der übernächsten Legislaturperiode angegangen werden.

Zu erwähnen ist noch, dass das Konsultationsverfahren für die Kommunen und für die kommunalen Spitzenverbände zu knapp gewesen ist. Das Schreiben hat sie teilweise später als Mitte Mai erreicht, doch bis zum 30. Mai musste geantwortet werden. Ich meine, künftig sollte man sich einen besseren Stil angewöhnen. Über alles Weitere sprechen wir am Donnerstag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Keine Widerrede. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden**

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 10, 12 und 14. Das sind die Dringlichkeitsanträge zur Feinstaubbelastung auf den Drucksachen 15/3076, 15/3081 und 15/3085. Diese Anträge sollen auf Wunsch aller Fraktionen gesondert beraten werden.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion lasse ich vorweg über die Listennummer 18 abstimmen: Dringlichkeitsantrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Rainer Volkmann, Adelheid Rupp u. a. u. Frakt. (SPD), Berufsfachschule für Musik in Altötting (Drs. 15/3065), Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/3486). Sowohl der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als auch der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlagen jeweils eine Neufassung des Dringlichkeitsantrages vor. Ich lasse jetzt, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, über die Fassung des Haushaltsausschusses abstimmen. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 15/3486. Wer der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgesehene Neufassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung einiger Abgeordneter der GRÜNEN – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wenn ich die Hand hebe, dann bedeutet das, die ganze Fraktion stimmt zu.)

- Herr Dr. Dürr, Sie sind nicht die ganze Fraktion.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich bin die Fraktion!)

- Sehen Sie, das ist der Nachteil der Doppelspitze, weil Sie sich nicht einigen können, wer die Fraktion ist. - Jetzt sind die anderen auch aufgewacht, jetzt ist es einstimmig. Die GRÜNEN enthalten sich also einstimmig. Der Antrag ist damit angenommen.

Wir kommen jetzt zum Rest der Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste (siehe Anlage).

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung bei den GRÜNEN. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 bis 8 gemeinsam auf:

**Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Leitlinien der zukünftigen bayerischen Verkehrspolitik (Drs. 15/2545)**

**Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tempolimit (Drs. 15/2551)**

**Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tempolimit innerorts (Drs. 15/2553)**

**Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einführung eines Grenzwertes für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen (Drs. 15/2566)**

**Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ökologische Folgen des Luftverkehrs verringern (Drs. 15/2567)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und weise darauf hin, dass jede Fraktion 30 Minuten Redezeit hat. Zuerst hat sich Herr Kollege Dr. Magerl zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute mit einem Antragsbündel von fünf Anträgen zum Thema Verkehr zu tun. Diese Anträge sind Bestandteil eines größeren Antragsbündels, welches gemeinsam im federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr behandelt wurde. Rund 40 % dieser Anträge wurden einstimmig angenommen. Leider wurden aber zentrale Teile unserer Initiative von der CSU, und zum erheblichen Teil leider auch von der SPD, abgelehnt. Vielleicht gibt es hier und heute

aber noch etwas Bewegung, vielleicht gelingt es mir, noch den einen oder die andere zu überzeugen.

Schauen wir doch einmal auf die Rahmenbedingungen, die wir im Moment beim Verkehr haben. Wir haben zum einen den Ölpreis, der sich auf einem Rekordniveau befindet und bei dem weitere Steigerungen durch die erhöhte Nachfrage und durch Spekulationen zu erwarten sind. Die Prognose der Analysten geht so weit, dass ein Fass mehr als 100 Dollar kostet.

Wir haben nach wie vor Umweltbelastungen aus dem Straßen- und aus dem Luftverkehr, die viel zu hoch sind. Die Ozonprognose des heutigen Tages liegt bei knapp unter 180 µg/m<sup>3</sup> und damit im Bereich des Warnwertes. Dieser Wert wird in den nächsten Tagen eher ansteigen als zurückgehen.

Wir haben zwar hier im Hause hinlänglich über die Feinstaubproblematik debattiert, werden aber das Thema in der nächsten Plenarsitzung bedauerlicherweise noch einmal zu diskutieren haben. Nach wie vor ungelöst ist die Klimaproblematik. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Straßenverkehrs hat sich seit 1960, also in 45 Jahren, mehr als verfünffacht. Gleichzeitig ist der Anteil des Verkehrssektors an den klimarelevanten CO<sub>2</sub>-Emissionen in den letzten Jahren auf über ein Fünftel der Gesamtemissionen angestiegen. Es ist zwar gelungen, durch technische Maßnahmen eine Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes pro gefahrenen Kilometer zu erzielen, aber durch die gestiegene Fahrleistung ist der Effekt wieder aufgehoben bzw. ins Gegenteil verkehrt worden.

Ungelöst ist auch das Problem des Straßenverkehrslärms und des Lärms von Flugzeugen. Nach wie vor ungelöst ist das Problem der Inanspruchnahme von Grund und Boden durch Verkehrsflächen. Hier gibt es weitere Steigerungen. Wenn es auch nur zu einer annähernden Umsetzung der Planungen auf allen Ebenen von den Gemeindestraßen bis zu den Bundesautobahnen kommt, dann wird der Flächenverbrauch weiter ansteigen. Enorme Probleme haben wir auch nach wie vor bei der Verkehrssicherheit. Wesentliches Thema in der Diskussion ist das außer- und innerörtliche Tempolimit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss sich nur die Werte ansehen: In Bezug auf die Zahl der verunglückten Kinder unter 15 Jahren wurden im Jahr 2000 in Deutschland mit 530 Todesopfern pro 100 000 Einwohner in dieser Altersklasse die meisten Opfer im Vergleich aller EU-Staaten registriert. Überdurchschnittlich gefährdet sind auch junge Pkw-Fahrer und Zweiradfahrer. Das heißt, wir sind in Deutschland bei den jungen Leuten und den Kindern nach wie vor auf dem letzten Platz innerhalb der EU. Dies ist eine Schande. Ich meine auch, dass dies damit zusammenhängt, dass wir viel zu hohe Geschwindigkeiten sowohl außerorts als auch innerorts auf unseren Straßen erlauben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Rahmenbedingungen möchte ich abschließend darauf hinweisen, dass wir nach wie vor eine falsche

Raumordnungspolitik, eine falsche Verkehrswegeplanung und zu viele Subventionen, die die vorhandenen Fehlentwicklungen beim Verkehr verstärken, haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, dass wir eine Neuorientierung auf dem Sektor Verkehr nach wie vor nötig haben. Die ökologisch-soziale Steuerreform – es waren gerade die GRÜNEN, die diese mit Unterstützung der SPD vorgebracht haben – hat bereits beim Pkw-Verkehr eine Wende eingeleitet. Die Fahrleistung der Pkws ist in Deutschland von 534,4 Milliarden Kilometern pro Jahr in 1999 auf 509,3 Milliarden Kilometer pro Jahr in 2000 gesunken. Entsprechend ist auch der Treibstoffverbrauch zurückgegangen.

Sie von der CSU haben letzstens bei einer Diskussion zu dem Thema erklärt, das stimme alles nicht. Herr Dr. Wiesheu hat vollmundig aus dem hohlen Bauch heraus angekündigt, er werde uns ein Gutachten zeigen, das das alles widerlegt. Bis heute hat er das Gutachten nicht vorgelegt. Meine Zahlen – ich kann das klar belegen – entstammen dem Werk „Verkehr in Zahlen“, welches vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erstellt wird. Ich habe keinen Grund, an diesen Zahlen zu zweifeln.

Das heißt, es ist der amtierenden Bundesregierung – ich gehe davon aus, dass sie noch einige Jahre weiter im Amt sein wird, auch wenn Sie anderes behaupten – gelungen, eine Verkehrswende einzuleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gehe auch davon aus, dass es uns bei der Lkw-Maut – diese funktioniert mittlerweile hervorragend – gelingen wird, die erhoffte Verlagerung von der Straße auf die Schiene zu erreichen.

Damit man sieht, wo Sie bei diesem Thema stehen, will ich aus dem Gesamtverkehrsplan Bayern 2002 zitieren, in dem Sie sich klar gegen eine gerechte Bemautung des Lkw-Verkehrs wenden. Hier heißt es: „Sie“ – die Staatsregierung – „hält aber die von der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung vorgeschlagene Gebührenhöhe von 25 Pfennigen – gleich 12,8 Cent – und erst recht den von der Bundesregierung genannten Betrag von durchschnittlich 15 Cent je Fahrzeugkilometer für zu hoch.“ – Das ist also das, was Sie wollen. Sie wollen sowohl im Güterverkehr als auch im Pkw-Verkehr eine möglichst billige Lösung, die weder die tatsächlichen Kosten, was die Abnutzung der Straßen anbelangt, noch die externen Kosten, was die Umweltbelastung anbelangt, trägt. Das ist das, was Ihre Verkehrspolitik ausmacht.

Unser erster Antrag betreffend die Leitlinien der zukünftigen bayerischen Verkehrspolitik möchte hier eine Wende einleiten. Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns bewusst an dem Text des Gesamtverkehrsplans 1994 orientiert. Das, was wir fordern, war schon einmal die Position der Bayerischen Staatsregierung. Wer von 1994 unter Gustl Lang bis 2002 unter Otto Wiesheu in die umweltpolitische Steinzeit zurückgefallen ist, ist diese

Bayerische Staatsregierung. Damals waren Sie umweltpolitisch weiter, als Sie es heute sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

– Es ist eben so, dass die Staatsregierung sich damals ein bisschen was getraut hat und sich heute überhaupt nichts mehr traut. Insofern muss ich klar und deutlich sagen: Herr Dr. Wiesheu ist auf diesem Sektor eine glatte Fehlbesetzung. Anders kann man es nicht sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehen Sie sich einmal im Vergleich zu den konkreten Formulierungen aus dem Jahr 1994 den Text auf Seite 41 des Gesamtverkehrsplans Bayern 2002 betreffend Ziele und Maßnahmen an: „Die Bayerische Staatsregierung bemüht sich vor allem um die Sicherstellung eines ausreichenden und modernen Straßennetzes.“ – Sie hat sich stets bemüht: In ein Zeugnis dürfte man nicht schreiben, was hier als völlig vage politische Zielsetzung der CSU und der Staatsregierung festgehalten wird. Wie gesagt, die Formulierung, die Sie früher gehabt haben, war weit besser. Erstes Ziel war die Vermeidung von unnötigem Verkehr. Zweites Ziel war die Verlagerung von stärker umweltbelastenden auf weniger umweltbelastende Verkehrsmittel, und drittes Ziel war die ressourcenschonende, umweltfreundliche Gestaltung des Verkehrs und der Verkehrsmittel und die bestmögliche Vernetzung aller Verkehrssysteme. Das waren klare Formulierungen, das war eine klare Zielvorgabe.

1994 haben Sie im Gesamtverkehrswegeplan auch aufgeführt, was Sie heute kaum noch hören wollen, nämlich flankierende Maßnahmen der Raumordnungs- und Siedlungspolitik sowie folgenden wesentlichen Satz: „Die Lenkung der Verkehrsnachfrage über den Preis muss verbessert und das Angebot des öffentlichen Verkehrs weiter verstärkt werden.“ – Die Lenkung über den Preis muss verbessert werden! Im Prinzip haben Sie damals eine ökologisch-soziale Steuerreform in Ihr Gesamtverkehrskonzept aufgenommen. Davon wollen Sie 2002 allerdings nichts mehr wissen.

Sollten Sie darauf spekulieren, die Wahl im Herbst zu gewinnen – ich glaube nicht, dass Sie gewinnen –, sollten Sie schon im Wahlkampf sagen, wie Sie es im Fall einer Regierungsübernahme mit der Ökosteuer halten wollen. Wollen Sie die Ökosteuer zulasten der Rentenversicherung abschaffen, oder wollen Sie die von uns eingeleitete Reform beibehalten? Dazu müssen Sie etwas sagen. Hierzu hätte ich heute im Bayerischen Landtag gern Ihre Position gehört, damit wir wissen, woran wir sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einer der wesentlichen Punkte ist für uns die Verkehrsvermeidung. Das ist ein Thema, bei dem sich bei Ihnen nahezu überhaupt nichts tut. Uns geht es insbesondere um die Verkehrsvermeidung über eine optimale Raumordnung und Landesplanung, die Verkehr überhaupt nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Raumordnung und Landesplanung, bei der funktional zusammengehörende

Bereiche wie Wohnen und Arbeiten, Wohnen und Versorgung sowie Wohnen und Erholung wieder näher zusammenkommen und nicht wie in der Vergangenheit immer weiter auseinanderdriften. Dazu gehört zweifelsohne auch die Frage nach den Subventionen, die in diesem Bereich gewährt werden.

Auch hierzu sollten Sie hier und heute klar Position beziehen. Sie sollten zur Pendlerpauschale und zur Eigenheimpauschale Position beziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt ein ganz neues Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltschutz bei der Bundesregierung. Es ist erst vor wenigen Tagen herausgekommen und umfasst über 600 Seiten. Es gibt dazu eine Kurzfassung, ein Eckpunktepapier, und ich kann nur allen empfehlen, sich dieses beim Bundesumweltministerium aus dem Internet herunterzuladen. Dort steht zum Thema Pendlerpauschale und Eigenheimzulage klar und deutlich:

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen erachtet Pendlerpauschalen und Eigenheimförderung auch wegen ihrer verkehrserzeugenden Wirkung als dringend revisionsbedürftig. Die Pendlerpauschale sollte schrittweise in eine entfernungsunabhängige Pauschale umgewandelt werden. Die Eigenheimförderung sollte gestrichen werden.

Das ist der Tenor des Sachverständigengutachtens. Nachdem einige von Ihnen, meine Damen und Herren in der Union, den Mund zum Pfeifen schon gespitzt haben, sollten Sie hier und heute zu diesen Themen klar Stellung beziehen. Wie halten Sie es mit der Verkehrsvermeidung, und wie halten Sie es mit schädlichen Subventionen auf diesem Gebiet?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen Antrag gestellt, der darauf abzielt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Fahrzeugflotte deutlich weiter nach unten gesenkt wird. CO<sub>2</sub> ist ein klimawirksames Spurengas. Es ist das schädlichste Spurengas auf diesem Sektor, welches wir in größten Mengen ausstoßen. Weltweit stoßen wir 22 Milliarden Tonnen aus. Der Straßenverkehr ist bei uns einer der wesentlichsten Verursacher des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Ein Viertel oder ein Fünftel kommt etwa aus dem Verkehr. Wir wollen mit unserem Antrag den CO<sub>2</sub>-Grenzwert auf 120 Gramm pro Kilometer festsetzen. Damit Sie sich es vorstellen können: Das entspricht bei einem Benzinmotor etwa einem Kraftstoffverbrauch von fünf Litern auf 100 Kilometer. Das ist noch nicht einmal das ehrgeizigste Ziel. Der Sachverständigenrat fordert sogar 100 Gramm auf 100 Kilometer. Momentan liegen wir bei 170 Gramm. Die Industrie wird – das zeigen alle Veröffentlichungen – den mit ihrer Selbstverpflichtung festgelegten Wert von 140 Gramm leider Gottes verfehlen.

Der Sachverständigenrat fordert aus Gründen des Klimaschutzes dringend zu handeln. Es besteht Handlungsbedarf. Die Technik lässt eine Absenkung zu, und kombiniert

mit einem Tempolimit auf Landstraßen und Autobahnen sowie innerorts könnten wir den Treibstoffverbrauch deutlich senken und unsere Klimaschutzziele auch in nächster Zukunft erreichen. Der Antrag auf einen Grenzwert für CO<sub>2</sub> ist aus unserer Sicht außerordentlich wichtig und außerordentlich zielführend, um die Klimaveränderungen eindämmen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Tempolimit möchte ich noch eines sagen. Wir sind eines der ganz wenigen Länder weltweit, in dem in nennenswertem Umfang Straßenverkehr abgewickelt wird, in dem es aber auf Autobahnen kein Tempolimit gibt. Unser Vorschlag eines Tempolimits von 120 Kilometern ist ohnehin ein Kompromiss.

(Klaus Dieter Breitschwert (CSU): Waren Sie schon einmal in China?)

– Ich war noch nicht in China. Ich habe gesagt, wir sind eines der wenigen Länder, aber ich habe nicht gesagt, dass es kein Land gibt, das kein Tempolimit hat. Herr Kollege Breitschwert, wenn Sie hier auf China verweisen, schauen Sie sich bitte auch einmal die Grenzwerte an, die China für den Treibstoffverbrauch festgelegt hat. Damit hätten die Hersteller der großen Limousinen in Deutschland enorme Probleme. China zeigt einen Weg, wie der Treibstoffverbrauch eingedämmt werden kann.

Durch Geschwindigkeitsbegrenzungen würden der Treibstoffverbrauch und der Schadstoffausstoß auf unseren Straßen sinken und würde die Sicherheit auf unseren Straßen zunehmen. Nicht ohne guten Grund habe ich eingangs den für uns Deutsche absolut schlechten Wert bei den Unfallzahlen von jungen Leuten genannt. Auch zum Thema Geschwindigkeitsbeschränkungen sagt das neueste Gutachten des Sachverständigenrates klar und eindeutig:

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Senkung von Umweltbelastungen sollte die bisher unverbindliche Richtgeschwindigkeit von 130 km/h auf Bundesautobahnen in ein verbindliches Tempolimit umgewandelt und mittelfristig eine weitere Absenkung auf 120 km/h angestrebt werden. Im innerörtlichen Bereich sollte mit Ausnahme von Durchgangsstraßen ein Tempolimit von 30 km/h eingeführt werden. Zur besseren Durchsetzung der bestehenden bzw. neu einzuführenden Geschwindigkeitsbeschränkungen sind eine maßvolle Ausweitung der Kontrollintensität und eine schärfere Sanktionierung auch in Form temporärer Fahrverbote anzustreben.

So spricht der Sachverständigenrat. Das ist keine alte Kamelle, wie Sie es im Ausschuss darzustellen versucht haben. Das neueste Gutachten kann man nur unterstreichen. Man kann nur unterschreiben, was in diesem Gutachten steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich als Letztes auf den Antrag zum Thema Luftverkehr eingehen. Mit unserem fünften Antrag mit dem Titel „Ökologische Folgen des Luftverkehrs verringern“ fordern wir zum einen die Feststellung, dass der Luftverkehr national wie international eine immer stärker zunehmende Belastung unserer Umwelt und wegen der gewaltigen Menge an Schadstoffen auch eine große Gefahr für das Weltklima darstellt. Wir versuchen hier klarzustellen, dass das internationale Luftverkehrsabkommen, insbesondere das Chicagoer Abkommen, mit dem die weitgehende Abgabefreiheit geregelt wird, ungeeignet ist, die Probleme zu lösen. Das Abkommen stammt vom Herbst 1944, also aus einer Zeit, als man den Luftverkehr als eine neue Technologie, die sich noch in den Anfangsstadien befand, durch Subventionen fördern wollte.

Wir kennen es auch aus anderen Bereichen: Subventionen, die einmal eingeführt wurden, sind fast nicht mehr abzuschaffen. Wir müssen aber immer wieder anmahnen, diese Subventionen abzuschaffen, und eines Tages wird es so kommen. Deshalb fordern wir in unserem Antrag eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, die Steuerbefreiung für Kerosin im Luftverkehr aufzuheben. Meines Erachtens ist diese Maßnahme sehr sinnvoll. Ich muss eines sagen: Herr Kollege Beyer, Frau Kollegin Kronawitter, im Ausschuss haben Sie dagegen geredet, speziell Frau Kollegin Kronawitter. Sie haben argumentiert, Sie stimmten deshalb nicht zu, weil wir auf internationaler Ebene noch nie so nah an einer Kerosinbesteuerung waren wie am Tag dieser Ausschusssitzung.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist schon lang wieder vorbei! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Haben Sie mit Trittin gesprochen?)

Das mag an dem Tag der Ausschusssitzung vielleicht noch richtig gewesen sein. Ich möchte hier nicht hämisch sein. Ich bedauere es aber zutiefst, dass die Kerosinbesteuerung auf der EU-Ebene erst einmal wieder auf die lange Bank geschoben worden ist. Ich bitte deshalb die SPD, sich vor diesem Hintergrund schon noch einmal zu überlegen, ob sie dieser wesentlichen Forderung vielleicht doch zustimmen sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren fordern wir, dass die Staatsregierung dafür Sorge tragen soll, dass kein weiterer Ausbau der Flughafeninfrastruktur in Bayern mit öffentlichen Mitteln stattfindet. Wir denken hier nicht nur an die seltsame Förderung von Kleinflughäfen, zum Beispiel in Hof oder an die in Aussicht gestellte bzw. in Überlegung befindliche Förderung des Regionalflughafens Memmingerberg.

(Widerspruch des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (CSU))

– Die Planung für das Projekt Memmingerberg ist genauso unsinnig wie die Planung in Hof oder wie vorher die Planung für Lagerlechfeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir denken aber auch an immer wieder von unterschiedlichsten Seiten vorgebrachte Forderungen nach einer dritten Startbahn im Erdinger Moos. Der Flughafen München ist ein Musterbeispiel dafür, wie versteckt eine solche Infrastruktur mit öffentlichen Mitteln subventioniert wird. Weit über 2 Milliarden Euro an Verlusten für die öffentliche Hand stecken in einem nicht verzinsten Gesellschaftendarlehen. Für Kerosin bei Langstreckenflügen wird ein Zuschuss gewährt. Mit alledem wird diese Infrastruktur gefördert. Alles das wollen wir für die Zukunft nicht mehr.

Als Drittes und Letztes fordern wir in dem Antrag, dass die Start- und Landegebühren sich zukünftig an ökologischen Kriterien wie Schadstoffausstoß und Lärm zu orientieren haben.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch schon der Fall!)

– Nicht in jedem Punkt, Herr Kollege. Wir müssen zu einer noch wesentlich stärkeren Spreizung kommen. Die Forderungen sind noch längst nicht so erfüllt, wie es eigentlich sein müsste. Sie sind auch noch längst nicht an jedem unserer Flughäfen realisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, insgesamt meine ich, dass wir mit diesen fünf Anträgen in der Verkehrspolitik ein deutliches Stück nach vorne kommen könnten. Ich bitte Sie deshalb, diesen fünf Anträgen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Richter das Wort.

**Roland Richter (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Dr. Magerl, zunächst möchte ich ein paar Punkte richtig stellen:

Erstens. Die Kritik an Herrn Staatsminister Dr. Wiesheu kann ich natürlich so nicht stehen lassen. Wenn der Minister so schlecht wäre, wie Sie das dargestellt haben, wundert es mich, dass er zu den entsprechenden Konferenzen als Berater eingeladen wird. Ich glaube, unser Staatsminister Dr. Wiesheu ist auf Landesebene einer der besten Minister, die wir in Deutschland überhaupt haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mindestens in Bayern!)

Zweitens. Sie haben den Gesamtverkehrswegeplan und die Differenzen zwischen den Jahren 1994 und 2002 angesprochen. Ich halte es für sinnvoll, Pläne fortzuentwickeln und den Gegebenheiten anzupassen. Wenn die GRÜNEN glauben, wir sollten auf dem Stand von 1994 stehen bleiben, ist das ihre Entscheidung. Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben sich jedoch dafür entschieden, den Gegebenheiten Rechnung zu tragen und sich den globalen Märkten zu öffnen.

Drittens. In der Mehrzahl Ihrer Beschlüsse heißt es immer wieder, die Staatsregierung solle eine Bundesratsinitiative einleiten. Soweit mir bekannt ist, haben wir in Berlin immer noch eine rot-grüne Koalition. Deshalb wäre es sinnvoller, die Kollegen Ihrer Fraktion in Berlin darauf zu drängen, etwas zu tun.

Ich möchte jetzt zu den einzelnen Punkten kommen, die Sie angesprochen haben. Sie haben gesagt, die Staatsregierung sollte sich bei allen verkehrspolitischen Fragen von den Zielen leiten lassen, unnötigen Verkehr zu vermeiden, Verkehr zu verlagern etc. Sie wissen selbst, dass dies mit finanziellen Mitteln verbunden ist. Ich möchte Ihnen dazu einige Zahlen zur Situation des Bundes nennen. Im Finanzplan des Bundes werden die Investitionen in die Schiene sukzessive abgesenkt. Im Jahr 2007 werden dafür noch 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Im Jahre 2008 werden es nur noch 2,3 Milliarden Euro sein. Für mich stellt sich hier die Frage nach Ihrem Ansatzpunkt.

Für die Fernstraßen stehen im Jahr 2006 nur noch 4,19 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Bundesregierung sagt selbst, dass zu diesen 4,19 Milliarden Euro 5,6 Milliarden Euro zusätzlich benötigt würden, um die Fernstraßen einigermaßen zu erhalten. Hier sollten Sie in Berlin noch einmal nachfragen.

Zu Ihrem Forderungskatalog bezüglich des Gesamtkonzepts der zukünftigen bayerischen Verkehrspolitik kann ich nur sagen, dass die Bayerische Staatsregierung bereits auf dem besten Wege dazu ist. Die Staatsregierung hat im Mai 2002 einen Gesamtverkehrsplan verabschiedet. Die meisten Punkte, die Sie heute fordern, sind in diesem Verkehrsplan enthalten. Wir sind auf dem richtigen Weg zu einer Verkehrsvermeidung und zu mehr Verkehrssicherheit. Vor kurzem kam eine Veröffentlichung der Versicherungen heraus, aus der hervorgeht, dass die Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2004 gegenüber dem Jahr 2003 um 12 % zurückgegangen ist. Wir werden diesen richtigen Weg, den wir mit dem Plan für das Jahr 2002 eingeschlagen haben, weiterverfolgen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag zu diesem Punkt ab.

Ihr nächster Antrag betrifft Geschwindigkeitsbeschränkungen. Sie fordern eine Höchstgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometern. Sie wissen doch, dass selbst Österreich eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern auf den Autobahnen hat. Dort wird überlegt, eine Höchstgeschwindigkeit von 160 Stundenkilometern zuzulassen. Die entsprechenden Verkehrsuntersuchungen zeigen, dass dies möglich wäre. Dies gilt analog natürlich auch für außerörtliche Straßen.

Zur generellen Forderung nach Tempo 30 innerhalb der Ortschaften muss ich klipp und klar sagen: Wir haben heute mit der Höchstgeschwindigkeit von Tempo 50 eine bewährte Regelung. Ausnahmen können geschaffen werden. Teilweise wurden diese Ausnahmen soweit vorangetrieben, dass ganze Stadtteile mit Tempo 30 belegt werden können. Ich glaube nicht, dass es heute sinnvoll wäre, diese Regelung komplett umzukehren. Damit würde ein unnötiger Verwaltungsaufwand entstehen, mit dem das Gleiche erreicht würde, was wir bereits haben. Ich

halte es für sinnvoll, die jetzige bewährte Regelung beizubehalten.

Zu dem Thema CO<sub>2</sub> wird mein Kollege Breitschwert noch einige Worte sagen. Ich möchte noch etwas zu den ökologischen Folgen des Luftverkehrs sagen. Sie haben die Steuerbefreiung für Kerosin beim Luftverkehr genannt und wollen keinen weiteren Ausbau der Flughafeninfrastruktur. Außerdem wollen Sie die Start- und Landegebühren an ökologischen Kriterien ausrichten. Dazu kann ich sagen: Bayern unterstützt den Vorschlag der Kerosinbesteuerung, aber nicht im nationalen Alleingang. Das können wir nur auf europäischer oder globaler Ebene erreichen. Was eine nationale Besteuerung bedeuten würde, sehen wir an der Ökosteuer. Ich komme aus einem Grenz-Landkreis. Ich weiß, was es bedeutet, wenn viele Kollegen des Kreistags – auch die Kollegen der Grünen-Fraktion – nach Österreich zum Tanken fahren, weil es dort billiger ist. Deswegen sage ich klipp und klar Ja zur Kerosinbesteuerung, aber global und nicht als Einzelvorschlag.

Auch bei der Flughafen-Infrastruktur muss ich Ihnen knallhart widersprechen: Die Luftfahrt ist für mich nur ein Teil der Infrastruktur. Die anderen Teile sind die Bahn, die Straßen und der Schiffsverkehr. Nur bei einem Zusammenwirken dieser Bereiche ist der Wirtschaftsstandort Deutschland in der globalen Welt überlebensfähig. Sie haben vorhin Herrn Kollegen Pschierer bezüglich des Regionalflughafens Memmingerberg angesprochen. Meines Erachtens sind Regionalflughäfen notwendig. Fünf Kilometer von meinem Heimatort entfernt befindet sich ein Regionalflughafen. Dieser Flughafen ist für unsere Wirtschaft und den Fremdenverkehr überlebenswichtig. Die Zuwachsraten dieses Flughafens belegen dies.

Sehen Sie sich einmal die Flughäfen an. Der Franz-Josef-Strauß-Flughafen in München ist zu einer Drehscheibe Europas geworden und ist nach Frankfurt der zweite Flughafen mit der Tendenz, Frankfurt sogar noch zu überholen. Das sind zukunftsweisende Entscheidungen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden dürfen. Diese Entscheidungen müssen ausgeweitet und forciert werden.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich noch zu den Start- und Landegebühren: Die Start- und Landegebühren werden heute schon teilweise nach ökologischen Kriterien erhoben. Allerdings handelt es sich hier um privatrechtliche Einnahmen, die den Staat nichts angehen. Diese Gebühren sollen weiterhin privatrechtlich bleiben.

Aus den genannten Gründen lehnen wir die vier Anträge, zu denen ich soeben etwas gesagt habe, ab. Herr Kollege Breitschwert wird auf den fünften Antrag eingehen. Wir halten diese Anträge nicht für zielführend.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Beyer das Wort.

**Dr. Thomas Beyer (SPD):** Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Ich danke Herrn Kollegen Dr.

Magerl dafür, dass er uns die Chance eröffnet, heute über dieses Thema zu sprechen. Wir haben damit die Möglichkeit, grundsätzlich über Fragen der Mobilität zu reden. Herr Kollege Dr. Magerl, ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie es heute bei fünf Anträgen belassen haben. Am 7. April haben Sie im Ausschuss 24 Anträge – einen verkehrspolitischen Bauchladen – eingebracht. Herr Kollege Bocklet hat damals nach dem Staatsanwalt gerufen, weil er der Auffassung war, dies sei eine Körperverletzung.

Spaß beiseite. Ich denke, dass es sich lohnt, über dieses Thema im Plenum zu sprechen. In diesen Tagen eignet sich dieses Thema auch sehr gut dafür, über die Unterschiede zwischen den Fraktionen in diesem Hohen Hause zu sprechen. Der Politikansatz der Sozialdemokratie bei diesem Thema ist klar: Wir sind für eine Verkehrspolitik, die nachhaltig Mobilität schafft und erhält.

Ich bitte Sie, dabei das Wort „nachhaltig“ im eigentlichen Sinne zu verwenden. Verwenden Sie es bitte nicht im Sinne der Vulgärökonomien, nämlich als „nachhaltiges Wachstum“, sondern in dem Sinne, in dem wir beide, Kollege Magerl, dieses Wort verwenden, nämlich im Sinne von sustainable, also aushaltbar. Der Mensch und die Umwelt müssen den Verkehr schließlich und endlich noch aushalten können.

Wir beachten andererseits auch ideologiefrei Bedürfnisse nach Mobilität. Ich halte nichts von Vorstellungen, objektiv gegebene Wirtschaftsströme und Verkehrsbedürfnisse ließen sich durch weniger Straßen, durch weniger Verkehrsinfrastruktur zurückentwickeln. Solche Vorstellungen sind bestenfalls romantisch – in Wirklichkeit sind sie unrealistisch; sie sind gesellschaftsfeindlich, und sie sind wirtschaftsfeindlich. Wir, die Sozialdemokraten, erkennen an, dass es in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts eine nachhaltige Mobilität nicht gegen die Menschen geben kann.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich bin überzeugt: Nicht Bevormundung und Verbot, sondern aktive politische Gestaltung wird die weiter zunehmenden Verkehre lenken. Ich glaube, wir alle müssen davon ausgehen, Kollege Magerl, auch wenn momentan, in der Momentaufnahme die Zahlen vielleicht einen anderen Eindruck vermitteln, dass die Verkehre weiter zunehmen werden. Davon bin ich überzeugt. Wir müssen sie lenken. Dies können wir nur durch eine aktive gestaltende Politik. Nur so können wir die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt erträglich halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich zu den Anträgen im Einzelnen komme, lassen Sie uns kurz gemeinsam über einige Punkte nachdenken. Lassen Sie uns reden über ein Grundrecht auf Mobilität und darüber, welcher Handlungsauftrag sich damit für den Staat verbindet. Lassen Sie uns über das auch von der Bundesregierung völlig zu Recht verfolgte Leitbild einer integrierten Verkehrspolitik reden. Bisher habe ich in der Diskussion viel über Verkehrspolitik und Verkehrsbedürfnisse gehört, ich habe aber keinen wirklich systematischen Ansatz gehört, diese Politik zu gestalten. Vor allem sollten wir im

Bayerischen Landtag auch darüber reden, was Mobilität in Bayern bedeutet, wie wir sie in der Zukunft gestalten können.

Meine Kolleginnen und Kollegen, Mobilität wird in der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nicht nur als eine Art Grundrecht empfunden, sondern es ist für viele von uns – seien wir ehrlich –, für viele Bürgerinnen und Bürger zu einer täglichen Notwendigkeit, ja zu einem Zwang geworden, mobil zu sein. Wenn dies so ist, müssen alle staatlichen Ebenen, müssen Bund, Länder und Kommunen ein Mindestmaß an Mobilität auch für diejenigen sicherstellen, die eben nicht auf ein Auto zurückgreifen können oder – das sage ich auch ganz bewusst – nicht auf ein Auto zurückgreifen wollen. Diese Aufgabe ist in Bayern, insbesondere im ländlichen Raum, mit den Rezepten der Vergangenheit dauerhaft nicht zu lösen. In besonderem Maße brauchen wir Kreativität bei der Umsetzung von neuen, alternativen Konzepten.

Ich habe von der Verpflichtung gesprochen, Mobilität zu gewährleisten. Sie trifft sich aber mit einer anderen Verpflichtung des Staates, nämlich mit der Verpflichtung, eine intakte Umwelt sicherzustellen, die gesundheitliche Unversehrtheit der Bevölkerung zu gewährleisten und ein lebenswertes Wohnumfeld möglich zu machen. Ich nenne die Themen Feinstaub, CO<sub>2</sub> und Lärm. Kollege Magerl, Sie haben das sehr schön angesprochen, ich muss das nicht wiederholen.

Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen – auch das gehört zu diesem Nachdenken über den staatlichen Auftrag – sind für uns eine klassische Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Sie sind nicht nach rein betriebswirtschaftlichen Rentabilitäts Gesichtspunkten zu bewerten; diese dürfen nicht der Maßstab ihrer Umsetzung sein.

Schließlich muss aber auch klar sein, dass volkswirtschaftlich eine echte Anlastung von Kosten bei den Verkehrsträgern erfolgen muss. Deshalb sind wir, meine Damen und Herren, bei der Maut – auch wenn wir dann noch weiter differenzieren, erst recht nach Schadstoffemissionen und Ähnlichem – grundsätzlich auf einem richtigen Wege. Ich glaube, nach dem Drama der Einführung ist dies mittlerweile auch in Deutschland und darüber hinaus Konsens.

Ich habe davon gesprochen, dass wir uns in der Verkehrspolitik einem klaren Leitbild verpflichtet fühlen: der integrierten Verkehrspolitik. Integrierte Verkehrspolitik bedeutet: Wir setzen darauf, die Stärken der einzelnen Verkehrsträger zu optimieren und die Schwächen zu minimieren; denn mehr Verkehr bei weniger Umweltschädigung lässt sich weder durch ideologische Beschränkungsdiskussionen noch durch Ausbauorgien erreichen. Das lässt sich nur durch eine optimale Verzahnung der Leistungsfähigkeit und der Charakteristika der einzelnen Verkehrsträger erreichen sowie dadurch, die noch bestehenden Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern zu optimieren.

Das gilt zunächst für den Personenverkehr. Oftmals sind es doch die scheinbar nebensächlichen Fragen, die die potenziellen Nutzer davon abhalten, in den Zug zu steigen,

den öffentlichen Nahverkehr zu benutzen: Wie sicher ist mein Rad am Bahnhof? Finde ich dieses Mal einen Parkplatz oder ist der Park-and-ride-Platz entgegen seinem Namen wieder überfüllt? Das sind doch die praktischen Fragen, die die Menschen dazu bringen, nicht auf den ÖPNV umzusteigen.

Die Schnittstellenproblematik zeigt sich auch im Güterverkehr. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung, zum Beispiel um die weitere Verbesserung bei den Güterverkehrszentren. Ich nenne als Beispiel die Verlagerung des Güterverkehrszentrums in Nürnberg hinaus aus der Innenstadt hinein in den Hafen. Dies wird jetzt mit den Mitteln des Zwei-Milliarden-Zusatzprogramms möglich, das Kollege Rotter neulich hier so geschmäht hat. Ich glaube, seither keine diesbezügliche Kritik von der CSU mehr gehört zu haben. Was passiert in Nürnberg? – Wir schaffen dort das, was wir sonst nur im Modell schaffen. Wir schaffen ein trimodales Umschlagzentrum zwischen Schiene, Straße und Wasser. Meine Damen und Herren, dies wird genutzt werden. Auch der in diesem Hause immer wieder diskutierte Rhein-Main-Donau-Kanal erfährt dadurch sogar eine Aufwertung.

Wir begrüßen auch die Bemühungen der Bundesregierung um die Reaktivierung und um die Neuerrichtung von Gleisanschlüssen, die der Bahn auch nach ihrem Kahl-schlagsprogramm Mora C im Güterverkehr ihre typischen Güter, die so genannten bahnaffinen Güter, direkt ab Werk und direkt zum Kunden, wieder erschließen soll.

Meine Damen und Herren, der Bund hat mit dem Gleisanschlussprogramm gehandelt. Das Problem ist jetzt: Wann wird endlich die bayerische Verkehrspolitik aktiv? Im Interesse unseres Landes wäre das dringend erforderlich. Solange wir aber auch warten: Fehlanzeige! Sie haben es noch nicht einmal fertig gebracht, dem Ausschuss einen Bericht über Ihre diesbezügliche Politik zu erstatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich wende mich jetzt direkt an Sie und auch an jene, die regional davon betroffen sind. Ihre CSU-Staatsregierung versagt auch beim Thema Güterverkehr auf der Schiene und beim Thema Güterverkehr auf der Schiene in der Fläche total. Sie versagt in einem Ausmaß, das dramatisch und langsam abenteuerlich ist. Ich frage Sie: Was ist mit den Strecken Amberg – Schnaittenbach und Landsberg – Schongau? Durch Ihre Tatenlosigkeit lassen Sie ganze Industriezweige – Kaolinindustrie, Glasindustrie, Papierindustrie –, und Landstriche vor die Hunde gehen. Wer hat denn die Strecke Amberg – Schnaittenbach öffentlich zum Thema gemacht? Wer? – Das waren wir! Die bayerischen Sozis müssen sich darum kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerischen Sozis haben die Beteiligten erstmals an einen Tisch gebracht. Monate später hatte Herr Spitzner eingeladen. – Schön, ich weiß ja, dass man unsere Pressemitteilungen im Hause Wiesheu und im Hause Beckstein sehr genau liest. Es ist schön, dass auch einmal danach gehandelt wird. Es waren aber die bayerischen Sozis, die das Geeiere von DB-Netz gegenüber den eigenen Gesellschaften – ob sie jetzt Cargo, Stinnes oder

Railion heißen; man weiß ja gar nicht mehr, was jeden Tag en vogue ist – öffentlich gemacht haben. Der verkehrspolitische Sprecher der bayerischen Sozis rennt den Bahnverantwortlichen hinsichtlich dieses Themas die Tür ein. Ehrlich gesagt: Von Ihnen und Ihrer Regierung habe ich hinter dieser Tür noch niemanden getroffen – und das angesichts eines Themas, das Tausende von Arbeitsplätzen betrifft, das die Oberpfalz betrifft. Das scheint hier niemanden zu interessieren.

Meine Kolleginnen und Kollegen, integrierte Verkehrspolitik heißt auch, dass wir klare Prioritäten setzen. Ich habe gerade mit Herrn Ach gesprochen. Zuallererst muss gerade bei knappen Mitteln darauf geachtet werden, dass man weiß, was das Wichtigste ist: nämlich die Infrastruktur zu erhalten. Dann kommen Lückenschlüsse und Engpassbeseitigungen. Wir haben allen Grund, später miteinander darüber zu reden. Es geht auch um den Aufbau Ost und die EU-Osterweiterung. Kommen Sie mir jetzt bloß nicht wieder damit, dass Sie auf unsere Regierung verweisen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das Desaster mit der A 6 im Bundesverkehrswegeplan 1992 ist eine verkehrspolitische Bankrotterklärung erster Güte.

(Beifall bei der SPD)

Denjenigen unter Ihnen – für manche hat die Politik offensichtlich erst 1998 begonnen –, die nicht wissen, wer 1992 die Regierung gestellt hat, sage ich: Das waren Kohl und Waigel. Nach meinen Kenntnissen war ein Oberpfälzer, nämlich Kollege Jobst, Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Schauen Sie einmal, was im Bundesverkehrswegeplan 1992 aus der Anbindung des Ostens geworden ist.

Das, meine Damen und Herren, ist Versagen bei der Verkehrspolitik. Da müssen wir nicht über Petitesse reden. Das ist Versagen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Mitteln. In den Zeiten, als die Kohl-Regierung dort war, wo Sie unsere Regierung hinreden wollen – warten wir ab, ob das so kommt –, also im Jahr 1998, dem Jahr, als Kohl und Waigel abgetreten sind, lagen die Haushaltsmittel für Verkehrsinvestitionen weit unter 10 Milliarden Euro und weit entfernt von dem, was Sie jetzt als den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören.

Wir brauchen die Anbindung der großen Zentren. Das ist auch aus Sicht der bayerischen Industrie richtig. Sie kennen die Probleme und die Interessen des Chemiedreiecks. Die Bundesregierung bemüht sich um die Anbindung des Hinterlandes der Seehäfen wie keine andere Bundesregierung zuvor. Das ist auch ein Thema für die Wirtschaft in Bayern. Wenn wir das abgearbeitet haben – erst dann –, müssen wir in der Tat den Neubau überlegen. Wenn wir neu bauen, brauchen wir einen klaren Maßstab. Wir müssen die vorhandenen Netze leistungsfähiger machen, und wir müssen sie umweltverträglich bauen. Daraus erklärt sich das große Engagement der Bundesregierung bei den Ortsumfahrungen. Dort wurde

mit dem Zwei-Milliarden-Euro-Programm sehr viel auf den Weg gebracht.

Nun zur nachhaltigen Mobilität und was sie für den Freistaat Bayern bedeutet. – Das ist unser Handlungsauftrag. Kollege Dr. Magerl, manchmal sollte man – eine gegenseitige Anregung – weniger theoretisch als vielmehr praktisch reden; denn dazu brauchen die Herren, die rechts von uns sitzen, Nachhilfe.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Götz (CSU))

– Frau Götz, Sie nicht. Das weiß ich.

Für Bayern bedeutet das, dass wir einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr brauchen, der eine echte Alternative zum Individualverkehr ist. Das bedeutet den Ausbau der S-Bahn in München. Zum Glück wird mittlerweile auch daran gegangen, für die S-Bahn in Nürnberg ein drittes und viertes Gleis zu bauen. Dank des Zwei-Milliarden-Euro-Programms sind wir auf dem richtigen Weg. Wir haben uns ausdrücklich beide darum bemüht. Ich spreche Ihnen das nicht ab. Sie sprechen es uns Sozis ab. Aber das Ergebnis stimmt. Unsere Regierung hat das auf den Weg gebracht.

Wir müssen im Flächenland Bayern aber auch den ÖPNV in der Fläche sicherstellen. Wir brauchen einen leistungsfähigen Schienenpersonennahverkehr. Dazu brauchen wir den Bayerntakt. Deshalb gefallen mir die Gerüchte, die um die Regentalbahn entstanden sind, die nicht wir erzeugt haben – falls das jetzt kommt –, sondern die an uns herangetragen wurden, gar nicht. Ich bin sehr glücklich, dass sich bei mir nach meiner Mündlichen Anfrage die Anrufe überschlagen haben, an dem Gerücht sei nichts dran. Ich hätte es als fatales Zeichen empfunden, wenn man kaum nach dem Übergang auf Arriva eine andere Politik fährt.

Zum Schienengüterverkehr habe ich bereits etwas gesagt. Ich bitte die Staatsregierung noch einmal, dieses Thema endlich ernst zu nehmen. Wir müssen für die Massengüter in Bayern eine Schienenanbindung sicherstellen. Ich weiß, dass die DB Netz AG eigene Vorstellungen hat. Aber, Herr Minister, Sie haben es doch im Kreuz und haben das heute dargelegt, dass Sie das Nötige an der richtigen Stelle sagen werden. Nicht nur ich kann mit Herrn Josel und mit Herrn von Waldenfels sprechen, sondern doch sicher auch Herr Spitzner.

Für den Schienenfernverkehr wollen wir leistungsfähige, schnelle Verbindungen – nicht als Selbstzweck, Herr Magerl –, sondern um Kurzstreckenflüge entbehrlich zu machen. Ich glaube, hier kommen wir durchaus zusammen.

Wegen des Individualverkehrs müssen wir, Herr Staatssekretär, das jahrhundertalte Staatsstraßennetz in einen sinnvollen Zustand bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die Anregungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs – ORH – ernst nehmen. Ich gebe zu, es war etwas frech, von 10 000 Schlaglöchern zu sprechen. Aber eine Regierung, die von der Bundesregierung in Berlin ständig fordert, mehr Geld locker zu machen, sollte sich nicht mit eigenen Finanznöten herausreden, da schon der ORH sagt, was die Staatsregierung mache, sei eine teure Variante, weil sie die Straßen und Brücken verkommen lasse.

(Manfred Ach (CSU): Ich kann bestätigen, dass wir dafür etwas im Haushalt haben!)

– Ich habe es gesehen. Ich habe mich gefreut. Ich glaube nicht, dass das über den Haushaltsausschuss hinaus in der CSU angekommen ist, Herr Ach. Dass Sie das heute betonen, ist gut.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert nach wie vor die Erstellung des Radverkehrswegeplans, was bisher verweigert wird. Wegen der EU-Osterweiterung sollte die Staatsregierung nicht nur nach Berlin zeigen; denn dort sind die Dinge mittlerweile auf dem Weg. Auch Staatsstraßen führen Richtung Thüringen, Sachsen und in Richtung Böhmen. Hier sollte sich die Bayerische Staatsregierung an der eigenen Nase fassen.

Ich glaube, es war nötig, ein paar Dinge zu sagen, die Bayern betreffen, weil wir uns ansonsten in einer etwas abgehobenen Diskussion verloren hätten.

Interessant ist, dass eine Reihe von Anträgen, die Kollege Dr. Magerl vorgestellt hat, auf Bundsratsinitiativen abzielen. Das hat uns sehr überrascht, weil wir bisher davon ausgegangen waren, dass auch die Bundestagsfraktion der GRÜNEN kraftvoll eigene Dinge auf dem Weg bringen kann und darüber hinaus Kollege Trittin nicht als Leisetreter auffällt. Wir haben verstanden, dass Sie offensichtlich die Schwarzen zu Hilfe gegen die Roten wollen. Bei vernünftigen Dingen marschieren Rot-Grün aber stets zusammen. Nur muss nicht alles zwingend vernünftig sein, was von den GRÜNEN kommt.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

– Immer öfter zwar wieder, aber nicht immer.

Ich komme zu Ihrem ersten Antrag. Vieles davon haben Sie in meiner Rede wieder-gefunden. Ich habe versucht, die Anträge in ein stringentes Korsett einzubinden. Ich werde, Frau Gote, nicht über Ihre Hof-Phobie reden – kein Wort dazu. Wir haben bereits im Ausschuss gesagt, der Antrag beinhalte zwar viele schöne Grundsätze, aber nur – wie Sie in der Begründung schreiben – Allgemeinplätze. Was Sie zusammengeschrieben haben, ist zwar richtig, das muss man aber nicht zu einem Antrag im Parlament erheben. Weil die Aussagen richtig sind, haben wir zugestimmt. Wir werden das auch heute tun.

Nicht zugestimmt haben wir dem Antrag zum Tempolimit. Bemerkenswert war, dass gegenüber den wortgleichen Anträgen aus der vorletzten Runde 20 km/h draufgeschlagen wurden. Das wiederum – das haben wir verifi-

ziert – hängt mit der neuen Lust an der Mobilität zusammen, die Kollege Trittin erkannt hat. Jetzt sind es 120 km/h. Zur innerörtlichen Beschränkung soll das jetzige Regelverhältnis von 50 km/h zu 30 km/h umgedreht werden. Nicht ausnahmslos 30 km/h werden gefordert, sondern Sie sagen, in begründeten Einzelfällen können es auch 50 km/h sein. Kollege Richter hat dazu das Nötige gesagt. Die Umdrehung von Regel und Ausnahme überzeugt uns nicht. Sie erzeugt nur Bürokratie und Kosten für Schilder. Was soll der Aufwand, wenn man wahrscheinlich zum gleichen Ergebnis kommt wie jetzt?

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Tempolimit auf der Autobahn ist ein Thema, über das wir ernsthaft miteinander reden. Sie haben mich auf Ihrer Seite, wenn Sie auf die Gefährlichkeit des Straßenverkehrs verweisen. Wir meinen aber, dass diese Anträge ungenügend sind. Die Erfahrungen in den Ländern, die die Geschwindigkeit auf ihren Autobahnen homogenisiert haben, zeigen das Gleiche wie die Sachverständigen sagen, nämlich man solle nicht auf eine bestimmte Geschwindigkeit fixiert sein, sondern überlegen, wo der Tempobereich liegt, etwa 130/140 km/h oder 160 km/h. Zumindest sollte es ein Bereich sein, den man durchhalten kann. Deshalb haben wir diese Anträge abgelehnt. Wir meinen, dass Sie bei einem richtigen Ansatz zu kurz springen. Für uns gibt es keinen Grund mitzuspringen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Wenn die SPD noch springen kann!)

– Wir können und dürfen springen.

(Schriftführerin Maria Scharfenberg (GRÜNE): Bloß wie weit!)

– Wir, liebe Kollegin – Ich weiß nicht, ob es gestattet ist, dass Sie als Schriftführerin zwischenrufen. Ich antworte aber gern. Wir springen immer in die richtige Richtung, und wir springen immer, so weit wir können. Das ist der Sinn eines Weitsprungs. Alles andere wäre Schwebelaken oder Ähnliches, wo es auf die Schönheit ankommt. Wir wollen Ergebnisse der Politik und nicht in Schönheit sterben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihr übertretet immer!)

– Jetzt kommt Herr Dürr, und ich begrüße Sie.

Zur Einführung eines Grenzwertes für CO<sub>2</sub>: Der Antrag eignet sich am besten von allen, um die Unterschiede hier im Hohen Haus aufzuzeigen.

Da gibt es zwei Positionen. Es gibt die Position der CSU, die sagt: Laissez faire. Macht, was Ihr wollt, die Industrie macht es schon. Das werden wir wahrscheinlich gleich hören.

Und dann gibt es die Position der GRÜNEN, die von vornherein eine Neigung zum Verbot oder Gebot haben. Wir gehen auch da den Weg der Vernunft. Wir setzen auf die Vernunft der Marktteilnehmer und der Nutzer. Wir geben

Ihnen eine Chance, und wenn das nicht fruchtet, handeln wir. Wir sind auch nicht wundergläubig, was die Selbstverpflichtung angeht. So etwas ist immer schnell unterschrieben, wenn man hofft, sich nicht daran halten zu müssen. Deshalb ist es richtig, nachdem sich jetzt herausgestellt hat, dass es nicht der wirksame Weg ist, zu Maßnahmen seitens des Gesetzgebers zu kommen, und deshalb haben wir diesem Antrag selbstverständlich zugestimmt, weil er ja begründet ist.

Zu den ökologischen Folgen des Luftverkehrs habe ich folgende Bemerkungen: Erstens. Ja, sie müssen verringert werden; Kollege Magerl hat Recht. Zweitens. Das Thema Kerosin-Besteuerung stand schon in der gemeinsamen Koalitionsvereinbarung. Da müssen Sie uns also nicht katholisch machen, auch wenn das bei mir als Protestanten sowieso schwierig wäre. Aber ich dachte, dass sich die Bundesregierung darin einig ist, dass wir keine Alleingänge machen können. Und zur Bundesregierung gehört auch wieder Minister Trittin. Korrigieren Sie mich bitte, wenn ich da irre.

Richtig ist, dass wir bei der Beratung im April mehr auf diese von Bundeskanzler Schröder angestoßene Initiative einer einheitlichen Besteuerung zugunsten der Entwicklungsländer gesetzt haben; denn das ist ein sinnvoller Ansatz. Dass das möglicherweise europaweit, wie so vieles in diesen Tagen, nicht den gewünschten Widerhall hat, muss ich konzedieren. Im Übrigen enthält der Antrag verschiedene Punkte, die ihn für uns nicht zustimmungsfähig machen. So fordern Sie beispielsweise im zweiten Spiegelstrich, dass kein weiterer Ausbau der Flughafeninfrastruktur in Bayern mit öffentlichen Mitteln stattfinden soll. Bei aller Liebe und leidenschaftlichen Diskussion um die Regionalflughäfen, die wir sicherlich auch in Zukunft noch führen werden: In einem Land wie Bayern zu sagen, es solle kein Cent öffentlicher Mittel mehr in den Ausbau eines Flughafens, also auch Münchens oder Nürnbergs, gesteckt werden – Ausbau heißt für mich nicht nur neue Landebahnen oder Ähnliches, sondern schlichtweg Verbesserungen, die dem Nutzer zugute kommen – kann es nicht sein. Das meinen Sie sicherlich auch nicht so. Ich weiß es, aber Sie haben es nun einmal so in den Antrag geschrieben, und wir als Gesetzgeber können so etwas leider nicht beschließen, da die Folgen auf der Hand lägen. Wir könnten dann keine Rolltreppe am Flughafen mehr austauschen oder Ähnliches, und das kann es nicht sein.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, haben eben auf die öffentliche Eigentümerschaft verwiesen; bleiben Sie also bitte eine halbe Stunde konsequent.

Die Start- und Landegebühen kann man sicherlich noch mehr an ökologischen Kriterien orientieren und sollte es auch. Das ist richtig. Bisher haben wir allein das Kriterium Lärm nicht ausreichend berücksichtigt, das gestehe ich zu. Aber es bleibt dabei, Sie haben die verschiedensten Gesichtspunkte in einem einzigen Antrag verbunden, die es uns schwer machen, dem Ganzen zuzustimmen. Es ist sicherlich auch schon in den Ausschussberatungen deutlich geworden, dass wir uns nicht der Zielsetzung verwei-

gern und dass wir nicht blind sind für die ökologischen Folgen des Flugverkehrs, aber auch hier bin ich der Meinung: Wir werden ihn nicht wieder abschaffen können. Ich will das nicht. Ich weiß auch nicht, ob Sie das wünschen könnten; denn Kuba wäre sonst nicht zu erreichen. Auch hier müssen wir also aufpassen, was wir beschließen. Wegen des Punktes über die Infrastruktur konnten wir dem Antrag weder im Ausschuss noch können wir ihm heute zustimmen.

Jetzt höre ich auf, weil Kollege Wörner müde wird, und das ist immer schade, denn dann ist er nicht mehr dabei, und weil der Kollege Breitschwert noch redet.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Wie schon angekündigt: Herr Kollege Breitschwert.

**Klaus Dieter Breitschwert (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Ausführungen von Herrn Dr. Beyer möchte ich eingangs sagen: Ich höre zwar die Worte, allein in weiten Teilen fehlt mir der Glaube.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das als Vorwegbemerkung zu dem, was Sie, Herr Kollege Dr. Beyer, gesagt haben. Es gibt in diesem Land nämlich gar nicht wenige Projekte, seien es Bundesstraßen oder Bundesautobahnen, die von Rot-Grün massiv behindert, wenn nicht sogar blockiert wurden.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Es war interessant, das Programm der Bundesregierung mitzuverfolgen, und ich frage mich, weshalb morgen der Bundeskanzler in Berlin die Vertrauensfrage stellen wird und voraussichtlich auch verlieren wird, sodass wir am 18. September Neuwahlen haben werden. Das nur als kurze Vorbemerkung zu dem, was Sie hier im Hohen Haus in einer breiten Palette zum Thema Verkehrspolitik vorgestellt haben.

Meine Aufgabe ist es nun, in Nachfolge des Kollegen Richter das Thema CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen, das im Ausschuss von dem Kollegen Dr. Magerl und seinen grünen Kollegen thematisiert wurde, kurz zu erläutern. Ich werde es in der gebotenen Kürze tun. Umweltschutz – das ist mit diesem Antrag gemeint –, geht uns letzten Endes alle an. Jeder Einzelne – das ist mein Ansatz – kann seinen Beitrag dazu leisten. Er muss es nur wollen. Wir dürfen nicht nur darüber reden.

Auch beim Thema des so genannten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sind die Menschen dazu aufgerufen mitzuwirken; sie können es auch selbst steuern; das kann ich als jemand beurteilen, der mit dem Kraftfahrzeug zu tun hat. Das geschieht auch in vielfältiger Weise. Das will ich der Redlichkeit halber hinzufügen.

Ich erinnere nur an die vielen Verschärfungsregelungen beispielsweise bei den Heizungen oder auch beim Indivi-

dualverkehr und die damit verbundene Möglichkeit, Kraftstoff zu sparen. Das ist dann auch das Thema.

Eine spritsparende Fahrweise verringert den klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 15 % und schont natürlich bei diesen Höchstpreisen, die uns Rot-Grün aus Berlin aufgedrückt haben, den Geldbeutel der Kraftfahrer.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Welches Auto hätten Sie denn gerne?)

Intelligent und auch mit Weitsicht fahren ist deswegen auch das Thema, wenn wir über spritsparendes Fahren reden.

Intelligente Verkehrsleitsysteme – Sie haben es angesprochen, Herr Dr. Beyer – sind übrigens auch ein Weg, den Verkehrsfluss spritsparend zu lenken. Deutschlandweit könnten solche Einsparungen hochgerechnet bis zu 10 Milliarden Liter ausmachen, habe ich mir sagen lassen. Ein spritsparendes Fahrverhalten verringert auch den Ausstoß an klimaschädlichem Kohlendioxid, das zu rund einem Fünftel vom Straßenverkehr herrührt.

In Deutschland würde ein konsequent umweltfreundlicher Fahrstil aller Verkehrsteilnehmer bis zum Jahre 2010 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um rund 6 Millionen Tonnen mindern. Wir sehen hier ein ungeheures Potenzial zur Einsparung, das wir den Menschen vermitteln müssen – das kann auch Ihre Aufgabe sein –, ohne dass wir gleich die gesetzgeberische Keule schwingen, wie Sie das immer beabsichtigen.

Das Interesse am Spritsparen ist im Übrigen groß und zeigt die Bereitschaft der Menschen mitzuwirken. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass der in Deutschland unnötig hohe Benzinpreis zu dieser Bereitschaft zusätzlich beiträgt. Ein Vergleich mit unseren Nachbarländern – das wurde vorhin auch schon angesprochen – zeigt, wie teuer Sprit in Deutschland mittlerweile ist. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Zeiten, als es in Italien deutlich teurer war. Heute ist Deutschland Spitzenreiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Maßnahme allein kann nicht den erwünschten Effekt erzielen. Das zeigt sich übrigens auch bei anderen Maßnahmen; denn weder rein technische noch rein verkehrseinschränkende Maßnahmen sind alleine erfolgreich und zielführend. Vielmehr müssen verschiedene Strategien miteinander gekoppelt werden, um die Zielmarke einer umweltgerechten Mobilität zu erreichen.

Technische Verbesserungen – auch das sollte noch einmal erwähnt werden –, angefangen von neuen Antriebsarten über Innovationen wie dem Sechs-Gang-Automatik-Getriebe bis hin zu schwefelarmen und schwefelfreien Kraftfahrzeugen, zeigen einen positiven Ansatz. Daneben haben wir gesetzliche Vorgaben als Steuerungsinstrumente, die unverzichtbar sind. Übrigens ist es gut und sinnvoll, die Kraftfahrzeugsteuer als im Umweltsinne lenkend einzusetzen. Wir sind alle aufgefordert, dies im Rahmen unserer Möglichkeiten anzustreben.

Dennoch ist der hier diskutierte Antrag nicht erforderlich und kann in der Praxis auch nicht umgesetzt werden. Das wissen wir. Denn Übergangsfristen sind naturgemäß unumgänglich, wollen wir doch die Automobilindustrie und die Automobilwirtschaft mit ihrer riesigen Anzahl von Beschäftigten nicht aus dem Blick verlieren. Wir sprechen immer von der Beschäftigungspolitik; für uns haben Arbeitsplätze den größten Vorrang, denn dies ist und bleibt ein wichtiger Wirtschaftszweig in Bayern und in Deutschland insgesamt.

Auch wenn wir den Antrag mit Übergangsfristen ausstatten würden, wäre er aus meiner Sicht absolut überflüssig, weil es bereits eine freiwillige Selbstverpflichtung der Automobilindustrie gibt.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE) und Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Darüber hinaus sieht die EU-Kommission eine Regelung vor, die dem heutigen Antrag eindeutig entspricht, Herr Kollege Dr. Magerl. Da hinterfrage ich dann auch den Sinn dieses Antrages. Außer zusätzliche bürokratische Hemmnisse zu errichten, also eine weitere Umwelt- und sonstige Bürokratie, die wir abbauen möchten, entdecke ich nichts.

Im Übrigen wird bis zum Jahre 2008 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Pkw-Neuwagenflotten seitens der Automobilhersteller auf 140 Gramm pro Kilometer gesenkt, und die EU-Kommission gibt bis zum Jahre 2012 einen Grenzwert von 120 vor.

Wie sieht der Alltag nun im Kraftfahrzeuggewerbe aus? – Ich weiß, wovon ich rede. Das Drei-Liter-Auto, das es heute schon auf dem Markt gibt, wird praktisch im täglichen Verkauf nicht an die Kunden gebracht. Das muss hier einmal festgestellt werden. Der Käuferwunsch hält sich in absolut geringen Grenzen, und es gibt nur wenige Hersteller, die überlegen, diese Art von Fahrzeugen weiter anzubieten, und selbst diejenigen, die sich besonders umweltfreundlich geben, haben keine vergleichbaren Fahrzeuge.

Wir von der Union – das ist unsere Politik – werden unsere Bürger selbstverständlich nicht bevormunden und Ihnen nicht vorschreiben, welche Fahrzeuge sie zu kaufen haben. Wir lehnen dirigistische Maßnahmen – und dieser Antrag ist dirigistisch, liebe Kolleginnen und Kollegen – naturgemäß ab.

Daher lehnen wir es ab, bestimmte Zulassungsquoten im Modellmix der Hersteller vorzuschreiben. Auch das möchten Sie einführen. Sollen wir dem Kunden in einer ohnehin schon kritischen Lage noch vorschreiben, welches Auto er kaufen soll? Das kann nicht unser Kriterium sein. Wir lehnen dirigistische Eingriffe ab.

Das gilt zum Beispiel auch für das Vorschreiben des Verkaufspreises. Das geht gar nicht, das wissen Sie genau. Das regelt der Markt. Verbrauchsintensivere Pkw würden im Rahmen einer Mischkalkulation nur noch weiter verteuert und verbrauchsgünstige Kleinwagen würden künstlich verbilligt. Das würde zu Wettbewerbsverzerrungen auf

dem Markt führen. Dies würde insbesondere zulasten der deutschen Hersteller gehen. Für uns aber sind, wie gesagt, die Automobilindustrie und die Automobilwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. Die beantragten Eingriffe sind auch nicht erforderlich. Wir sind bereits jetzt auf dem richtigen Weg. Die Selbstverpflichtung bis zum Jahre 2008, die ich vorhin angesprochen habe, und auch die in Aussicht genommene EU-Verordnung zeigen, dass eine deutsche Planübererfüllung, wie Sie sie zum wiederholten Male wollen, auch in diesem Bereich nicht erforderlich ist. Der Antrag ist ebenso überflüssig wie ein Kropf. Er bringt einen wichtigen Bereich unserer Wirtschaft unnötig unter Druck. Deswegen schlage ich vor, Ihren diesbezüglichen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Als Nächster hat Herr Staatssekretär Schmid das Wort.

**Staatssekretär Georg Schmid** (Innenministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge der GRÜNEN bringen uns keinen Schritt voran, sondern sie bringen uns zehn Schritte zurück. Das ist ungefähr so, wie wenn man in einen großen Tunnel hineingeht, an dessen Ende man kein Licht sieht, sondern gegen eine Betonwand läuft. Das, was wir heute vom Kollegen Magerl gehört haben, war grüne Ideologie vom Feinsten, gegen jeden Verkehr, wo auch immer er stattfindet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Ich glaube, Sie sind sogar gegen den Fahrradverkehr, wenn er nicht auf einem Feldweg, sondern auf einer geschotterten Straße stattfindet.

Das war heute wieder eine Verteufelung jeglichen Verkehrs auf der Straße. So machen Sie unser Land auch wirtschaftlich weiterhin kaputt. So kann man natürlich auch Ideologie machen.

(Beifall bei der CSU)

Die Straße ist der Verkehrsträger Nummer eins, und sie wird es auch in Zukunft bleiben. Wer sich den Prognosen und der Realität nicht verschließt, weiß, dass wir bis zum Jahre 2015 – das sagen alle Fachleute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa – im Güterverkehr ein Plus von über 60 % und im Personenverkehr ein Plus von 20 % bekommen werden. Die Menschen brauchen mehr Flexibilität. Sie müssen unterwegs sein. Die Waren müssen just in time geliefert werden. Unsere wirtschaftliche Entwicklung deutet klar darauf hin. Sie aber sagen: Das alles brauchen wir nicht, da machen wir ein paar Tempolimits oder sperren am besten alle Straßen! – Damit lösen wir die Probleme unseres Landes nicht. Damit machen Sie unser Land auch wirtschaftlich kaputt, Herr Kollege Magerl.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Sie machen pure Polemik und setzen sich nicht mit dem Anliegen auseinander!)

Dann beklagen Sie hier, dass der Spritpreis so hoch ist. Sie waren es doch, die gesagt haben, dass Sie erst zufrieden sein werden, wenn der Spritpreis 5 Mark beträgt. Dorthin kommen wir bald, wenn ihr so weitermacht. Das dürft ihr aber nicht beklagen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Und dann noch die Zahl der Verkehrstoten als Argument benutzen! Das ist doch das Absolute! Dazu kann ich nur Folgendes feststellen: Wir haben ein Konzept „Verkehrssicherheit Bayern 2006“ erarbeitet und sind gemeinsam dabei, die Zahl der Verkehrstoten zu reduzieren, weil jeder Tote, jeder Verletzte einer zu viel ist.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Paulig?

**Staatssekretär Georg Schmid** (Innenministerium): Ja.

**Ruth Paulig** (GRÜNE): Das ist nett, Herr Staatssekretär. Damit kommen Sie wieder ein bisschen von der Polemik auf den Boden der Tatsachen.

(Widerspruch bei der CSU)

Müssen Sie denn nicht zugestehen, dass wir angesichts der steigenden Ölpreise schon längst damit rechnen mussten, dass die Kosten für die Wirtschaft, die eben mit diesem Rohstoff verschwenderisch umgeht, enorm steigen werden und dass die in der Wirtschaft Vorteile haben – und dazu gehört die Automobilindustrie –, die auf den sparsamen Umgang, auf Spritsparen, auf emissionsarme Fahrzeuge setzen?

(Staatssekretär Georg Schmid: Frage! – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): „Stimmen Sie mir zu?“ hat sie gesagt!)

Das wäre doch die wirtschaftliche Zukunft.

**Staatssekretär Georg Schmid** (Innenministerium): Also, die wirtschaftliche Zukunft sieht aus Ihrer Sicht so aus: Sie haben die Ökosteuer erfunden, zahlen damit die Rente und beklagen sich dann darüber, dass der Benzinpreis so hoch ist! Das versteht doch kein Mensch mehr, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf noch einmal auf das Thema der Verkehrstoten zurückkommen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Nachrechnen!)

Im vergangenen Jahr wurde die Zahl der Verkehrstoten um 14 % gesenkt. Das erfordert viel Kraft, viel Mühe, viel Arbeit unserer Polizei und unserer Sicherheitskräfte. In den ersten Monaten dieses Jahres wurde eine Reduktion um 8 % erreicht. Das ist ein mühsames Geschäft. Aber dieses Thema heranzuziehen, um sozusagen Ihrer Ideologie gerecht zu werden, halte ich für unmöglich.

Otto Wiesheu könnte sich heute auch selber verteidigen. Er ist anwesend. Aber, Kollege Magerl, so wie Sie das machen, geht es nicht. Eines kann ich Ihnen sagen: Der Stolpe und der Trittin haben im Schatten von Otto Wiesheu locker Platz. In dieser Frage brauchen Sie sich nichts vorzumachen und den Otto Wiesheu zu attackieren. Das ist sehr plump. Daran sieht man, wie dünn Ihre Argumente letztlich sind.

Wir werden zunehmenden Verkehr haben, und wir müssen darauf reagieren.

Herr Kollege Dr. Beyer, ich darf Ihnen Folgendes sagen: Zunächst haben Sie das mit der Maut versemelt, indem Sie nicht in der Lage waren, das Konzept zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU – Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer hat denn das Konzept gemacht?)

– Entschuldigung, die Verträge haben Sie doch abgeschlossen!

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer hat das entwickelt?)

Dann war das Ergebnis fertig, und dann fließt dieses Geld, das den Speditionen abgenommen wird, nicht in den Straßenverkehr, sondern dann legen Sie ein bisschen drauf, und das bisschen, das Sie draufgeben, nehmen Sie unten aus den normalen Haushaltsmitteln heraus,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sodass der Gaul nicht nur auf den alten Füßen läuft, sondern auch noch härter wird. Schauen Sie sich einmal die Prognosen für 2006, 2007 und 2008 an. Ich kann Ihnen sagen, dass das nicht mehr wird, sondern weniger. Das ist keine ehrliche Politik.

Wer uns dann wegen der Staatsstraßen attackiert, dem sage ich: Natürlich bräuchten wir mehr Geld für die Staatsstraßen. Dabei muss ich auch abwägen, wie viel ich mir zusätzlich leisten kann. Wir haben im Haushalt 2005/2006 zweimal diese 30 Millionen Euro zusätzlich eingestellt. Natürlich würde ich lieber noch viel mehr drauflegen, vor allem wenn ich das sehe, was die Kollegen von der SPD und die Kollegen von den GRÜNEN, die so gegen den Straßenverkehr sind, immer wieder als Anliegen an mich herantragen. Das ist doch eine Doppelzüngigkeit, wenn Sie sagen: Wir brauchen mehr Geld, aber nur bei der Staatsstraße bei mir in der Nähe, ansonsten sind wir generell gegen Straßen! – Das ist keine ehrliche und keine saubere Politik.

Übrigens, weil Sie die A 6 angesprochen haben: Wir haben angeregt, das auslaufende Konzept „Verkehrsprojekte deutsche Einheit“ fortzusetzen mit einem Programm „Verkehrsprojekte deutsche Einheit“.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer soll das machen?)

Ein solches Programm hätten wir gebraucht; denn aufgrund der EU-Osterweiterung haben wir völlig neue Verkehre in Deutschland und in Bayern, nicht mehr nur Nord – Süd, sondern auch Ost – West. Da hätte ich schon erwartet, dass Herr Minister Stolpe – Ihr Minister! – gesagt hätte: Das ist ein wichtiges Konzept, das wäre eine gute Vorstellung, wir geben dafür extra Geld, um diese neue Herausforderung anzunehmen. – Aber was ist passiert? – In einem lapidaren, zehn Zeilen langen Schreiben hat Minister Stolpe mitgeteilt, dass das nicht erforderlich sei. Deswegen würde ich mich da an Ihrer Stelle nicht so weit hinaushängen.

Zu den Tempolimits: Wir haben diese Frage im Jahre 2000 in Deutschland noch einmal diskutiert. Wir haben diskutiert, welches Verhältnis von Regel und Ausnahme wir haben wollen. Zuständig für diese Verordnungen sind Kollege Stolpe und Kollege Trittin. Die haben das festgelegt, und jetzt wundere ich mich, dass völlig entgegengesetzte Anträge gestellt werden. Da weiß der eine nicht, was der andere will. Andere Bundesländer diskutieren dieses Thema momentan gar nicht. Das scheint eine Frage zu sein, bei der die Diskussion auf Bundesebene an den GRÜNEN in Bayern völlig vorbei gelaufen ist. Die haben gar nicht gemerkt, worum es geht.

Deswegen sage ich: Diese Anträge sollen nur dazu dienen, das Thema Straßenverkehr und generell das Thema Verkehr aus rein ideologischer Sicht zu betrachten und zu beleuchten. Dabei geht es nicht um eine sachliche Auseinandersetzung. Deswegen bitte ich sehr herzlich darum, diese Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Staatsminister Wiesheu.

**Staatsminister Dr. Otto Wiesheu** (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte nur auf ein paar Bemerkungen des Kollegen Beyer eingehen. Ich war etwas erstaunt, dass Sie dem Land Versagen im Güterverkehr auf der Schiene vorwerfen

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Weil Sie das Thema nicht behandeln!)

– jetzt passen Sie auf –, weil dafür die Zuständigkeit ausschließlich beim Bund liegt. Es ist leider so geregelt, dass das ausschließlich beim Bund liegt. Was soll ich denn machen? Uns obliegt die Bestellung im Personennahverkehr, mehr nicht. Die Zuständigkeit bei Rot-Grün hat sich für den Güterverkehr auf der Schiene negativ ausgewirkt; denn das Programm „Mora“, das die Bahn seit vier, fünf oder sechs Jahren betreibt, ist von Ihnen nicht gebremst worden. Danach sollten 360 oder 370 Verladestellen in Bayern aufgelöst werden. Es ist uns gelungen, mehr als

ein Drittel wieder herauszunehmen, und zwar durch mühsame Arbeit, indem wir dafür gesorgt haben, dass sich Verloader aus der Umgebung zusammenschließen und dafür sorgen, dass die Verladestellen entsprechend ausgelastet werden. Das war der Beitrag, der von uns geleistet worden ist in Kooperation mit Kammern und anderen Organisationen und der Wirtschaft vor Ort.

Ich habe nie feststellen können, dass sich von Rot-Grün jemand dafür interessiert hätte. Wir mussten auf den Bund einwirken, und der Bund, Herr Beyer, hat es abgelehnt, hier tätig zu werden. Der Bund hat immer gesagt, wir sind zwar zu 100 % Eigentümer, aber das ist eine Aktiengesellschaft, und da reden wir nichts drein. Das ist ja lustig. Der Bund hat aber vom Grundgesetz her die Kompetenz und die Aufgabe, die Schiene beim Güterverkehr entsprechend zu betreuen, und hat die Verantwortung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Um die bayerische Industrie zu betreuen!)

– Nein, nein. Was wir gemacht haben, wäre die Aufgabe des Bundes gewesen, nämlich dafür zu sorgen, dass ein dichtes Netz von Verladestellen erhalten bleibt, dass der Schienen-Güterverkehr ausgebaut wird, dass er intensiviert wird und dass die Logistik auf der Schiene entsprechend vorankommt. Genauso wenig haben wir gemerkt von einer Unterstützung durch den Bund, wenn es um die Transporte über den Brenner auf der Schiene geht, genauso wenig beim Thema München – Lindau, an dem wir arbeiten, wo die Frage der Elektrifizierung nicht nur nicht unterstützt worden ist. Genauso erleben wir es beim Chemiedreieck, wo ich vor langer Zeit schon den Vorschlag gemacht habe, dass wir uns um die Elektrifizierung der Schienenstrecke kümmern, damit die Strecke insgesamt für den Schienengüterverkehr besser geeignet ist. Sie bedarf der Elektrifizierung; denn die Dieselloks sind bei dem relativ steilen Gelände aus dem Chemiedreieck heraus nur begrenzt einsetzbar. Auch da erfahren wir vom Bund, von Rot-Grün, keine Unterstützung. Deswegen ist das, was Sie hier aufführen, vielleicht für eine SPD-Versammlung geeignet, aber im Landtag sollten Sie die Dinge so nicht erzählen.

Also hier so unverfroren an den rechtlichen und faktischen Gegebenheiten vorbeizuarargumentieren oder, um es genauer zu sagen, die Dinge auf den Kopf zu stellen und völlig unwahre Dinge zu behaupten, das ist des Guten zuviel.

(Beifall bei der CSU)

Ich bestätige, dass wir bei der S-Bahn München eine gute Kooperation gehabt haben und bei der S-Bahn Nürnberg lange hinbohren mussten, bis endlich die Zusage gekommen ist, dass man das Teilstück Nürnberg – Fürth nun ausbauen wird. Wir haben den Vertrag voriges Jahr im Februar bereits unterschrieben. Dann sind von Ihnen die großen Sprüche gemacht worden, dass Ende des Jahres alles laufen soll.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie ist gekommen. Das wollten Sie doch von mir hören!)

Zwei Jahre wurden Sprüche gemacht. Jetzt kann man sagen, endlich, Gott sei Dank. Es hat sehr lange gedauert. Das sollten Sie dazusagen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Jetzt ist sie da, Herr Wiesheu!)

Ansonsten reden Sie beim Güterverkehr bitte nicht so an der Sache vorbei.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Als Nächster hat sich Kollege Dr. Magerl zu Wort gemeldet.

(Thomas Kreuzer (CSU): Noch einmal?)

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch acht Minuten von meiner Redezeit. Ich möchte schon etwas auf die Vorredner eingehen. Ich muss sagen, ich bin enttäuscht, Herr Kollege Richter, Herr Kollege Breitschwert, dass Sie mit relativ vielen Allgemeinplätzen gegen diese Anträge geredet haben. Auf ganz wesentliche Herausforderungen der Verkehrspolitik, die ich hier klar genannt habe, wie Sie weiter verfahren wollen mit dem Bereich Ökosteuer, mit der Förderung, der Zersiedlung, durch Entfernungspauschale und Eigenheimzulage, sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Darüber sind Sie völlig hinweggegangen.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Herr Staatssekretär, wenn Sie sagen, ich hätte die hohen Benzinpreise angeprangert: Ich habe festgestellt, dass wir beim Erdölpreis auf einem Rekordniveau sind,

(Staatssekretär Georg Schmid: Mit der Steuer auch!)

auf dem wir noch nie waren, und dass wir allein aufgrund dessen Handlungsbedarf haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die jetzigen Preissteigerungen haben nichts mehr zu tun mit der Thematik Ökosteuer oder Ähnlichem, sondern gehen zurück auf die Entwicklung in den letzten Jahren von 10 Dollar auf 60 Dollar pro Fass.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Das ist die Entwicklung. Darauf müssen wir reagieren. Wenn Sie die Aussagen der einschlägigen Fachleute anschauen, und zwar nicht Umweltsachverständiger, sondern Wirtschafts- und Energiesachverständiger, werden Sie merken: In diesen Kreisen wird sehr ernsthaft über ein Tempolimit und spritsparende Maßnahmen diskutiert, um den Druck aus dem Markt zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen Beispiele zu Genüge nennen.

(Zuruf von der CSU)

Überall wird das mittlerweile diskutiert, weil letztendlich allein durch Spekulation und durch zu hohen Verbrauch der Preis nach oben gegangen ist. Man muss klar und deutlich sagen, das ist richtig, was die Kollegin Paulig in der Zwischenfrage zum Ausdruck gebracht hat: Der Energiepreis hat für viele Jahre keine Rolle gespielt, und jetzt sitzen die Leute vor dem Dilemma, dass sie sich nicht umorientiert und nicht rechtzeitig Energiesparmaßnahmen eingeleitet haben. Wir wollen mit dem Antrag betreffend die Obergrenze des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, dass wir hin zur Entwicklung von spritsparenden Fahrzeugen weitermachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht so, wie Sie, Herr Staatssekretär Schmid, fälschlicherweise behauptet haben, dass wir gegen Autofahrer und andere Verkehrsteilnehmer polemisieren. Wenn Sie den Grundsatzantrag genau angeschaut hätten, hätten Sie festgestellt, auch Sie, Herr Kollege Kreuzer, da steht ganz klar drin: Verkehrsvermeidung.

(Thomas Kreuzer (CSU): Amokfahrer seid ihr!)

– Das weise ich ganz entschieden zurück. Da gibt es andere, die für Amokfahrten zuständig sind. Die sitzen nicht in unserer Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht darum, Verkehr zu vermeiden, wo es sinnvoll ist. Es geht darum, Verkehr zu verlagern und den restlichen Verkehr auf der Straße so umweltverträglich wie möglich abzuwickeln und zu vernetzen. Das ist die Zielsetzung unseres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat nichts damit zu tun, dass wir das Autofahren verbieten wollten, sondern wir wollen eine vernünftige, in die Zukunft gerichtete Verkehrspolitik. Sie sollten sich dem anschließen und unseren Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Es hat sich weiter zu Wort gemeldet Herr Kollege Beyer.

**Dr. Thomas Beyer (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen es natürlich außerordentlich zu schätzen, dass beide betroffene Ministerien sich angesprochen gefühlt haben. Aber die Äußerungen bedürfen der Richtigstellung.

Herr Staatssekretär Schmid, Sie fragen, wer die Maut versammelt habe. Sie fragen das, weil wir im Vorwahlkampf stehen, mit einer entsprechenden Phonstärke. Wer hat die Maut versammelt? Versammelt hat es die deutsche

Industrie, die ein angebotenes System nicht erzeugen konnte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Staatssekretär Georg Schmid: Ganz miese Verträge! Ohne Vertragsstrafe, ohne alles!)

– Herr Staatssekretär Schmid, sonst ist Ihre Regierung eher bemüht, das Ansehen der deutschen Industrie zu stärken. Wenn Sie es hören wollen, dann sagen wir es: Dass wir jetzt letzten Endes ein System haben, das offensichtlich Weltstandard ist, wird die CSU bald für sich in Anspruch zu nehmen wissen. Wir werden an den heutigen Tag zurückdenken, wo Sie wissen wollten, wer es versemelt hat. Die Industrie hat es versemelt.

Was die Vereinbarung über die Mittelverwendung aus der Maut angeht: Ich habe immer gehört aus dem Munde der beiden Minister, das sei zwischen Bund und Ländern vereinbart. Ich verstehe darum nicht so ganz, warum Sie das heute kritisieren. Was die mittelfristige Finanzplanung angeht: Ich weiß gar nicht, wie oft wir das hier noch durchexerzieren müssen. Selbst mit dem worst case im Jahr 2008 lägen wir deutlich über den berühmten 10 Milliarden – Kohl/Waigel 1998 –, die ich Ihnen heute auch wieder zitiere. Nehmen Sie das einfach mal zur Kenntnis. Nehmen Sie weiter zur Kenntnis, dass bereits in der mittelfristigen Finanzplanung eine weitere Milliarde für 2008 zugesagt war. Sie haben gesagt, die komme nie, so wie Herr Wiesheu zu mir gesagt hat: Schaut, dass das Geld kommt. Ich nehme Sie beim Wort für Nürnberg – Fürth. Was ist passiert? – Bereits heute haben wir zwei zusätzliche Milliarden. Sie haben nicht einmal an die eine zusätzliche Milliarde geglaubt. Bei den Staatsstraßen haben Sie zwar versucht zu kontern, aber es war natürlich matt.

Wenn ich das Land voranbringen will, predigen Sie, brauche ich Infrastruktur. Export und Import ist gleich Transport, heißt es im Hause Wiesheu in jeder Rede. Auch innerhalb Bayerns müssen wir transportieren, und auch da würde ich nicht alles dem Bund anlasten, sondern würde mich um die eigenen Straßen kümmern. Und noch einmal: Der Bayerische Oberste Rechnungshof wird Gründe für seine Feststellung haben. Kollege Ach hat vorhin – das konnten Sie nicht hören – extra Wert darauf gelegt, dass der Haushaltsausschuss Entsprechendes beschlossen hat.

Zu den Projekten europäische Einheit: Sie wissen genau, dass wir als Landtagsfraktion dem sehr positiv gegenüberstehen. Wir sind aber auch nicht für alles verantwortlich, was in Berlin passiert. Noch einmal: Meines Wissens ist der Eiserne Vorhang 1989 gefallen. 1992 gab es den ersten Bundesverkehrswegeplan nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Damals waren Sie dran, Ihr CSU-Kollege Jobst war Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Was ist dabei herausgekommen? – Dieses Desaster ist dabei herausgekommen. Deuten Sie jetzt nicht mit dem Finger auf uns, wo wir fast vor der Lösung stehen, auch bei der A 6. Das sind wirklich alte Kriegsschauplätze.

Herr Kollege Wiesheu, noch zwei Worte zu Ihnen. Natürlich liegt die Zuständigkeit für den Schienengüterverkehr gesetzgeberisch beim Bund. Über die Gesetzgebungszu-

ständigkeiten streite ich mich mit dieser Bank immer sehr gerne, aber es hat mir noch keiner vorhalten können, dass ich es falsch gesagt hätte.

Zwei Anmerkungen, Herr Wiesheu: Erstens. Wer sich in seinem Briefkopf auch Minister für Infrastruktur in Bayern nennt, sollte sich nicht hierher stellen und sagen: Für Schienengüterverkehr bin ich nicht zuständig, das ist Herr Stolpe. Das würde ich nicht tun.

(Joachim Herrmann (CSU): Aber es ist halt so!)

Sie haben gesagt, Sie können nichts tun.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Er hat gesagt: Es ist so!)

– Moment, bitte abstimmen. Ihre Bank sagt, Sie können nichts tun. Da müssen Sie synchronisieren.

Zweitens. Wer Regionalisierungsmittel als eigene ausgibt, wer das so schön tut, wie wir es hier machen, der muss auch Manns genug sein, mit der Verhandlungsmacht, die er gegenüber dem DB-Konzern hat, auch beim Schienengüterverkehr etwas herauszuholen. Auch das habe ich dem Kollegen schon gesagt.

Schließlich zum Chemiedreieck: Alle, die was von Verkehr verstehen, sagen, auch in Gegenwart von Herrn Wellner usw.: Der Minister will immer die Elektrifizierung. Die Elektrifizierung ist der dritte Schritt, das sagen die Bahner. Ich könnte Ihnen sagen, welcher Ihrer Ex-Ministerkollegen bei dem Gespräch dabei war. Wir brauchen die Durchlässigkeit der Strecke, und wir brauchen die Begegnungsabschnitte, dann brauchen wir die Zweigleisigkeit und dann erst die Elektrifizierung. Das sagt die Bahn. Wenn sie Ihnen etwas anderes sagt, dann spricht sie mit gespaltener Zunge.

Wir beginnen, wie Sie wissen, noch in diesem Jahr zwischen Mühldorf und Ampfing mit dem Begegnungsabschnitt. Wir halten das Versprechen auch hier, so wie wir es bei Nürnberg – Fürth gehalten haben. Ich denke, wir sollten dazu zurückkehren, im Interesse Bayerns zu sagen: Das ist gut so, das ist richtig so. Und noch einmal: Die Elektrifizierung beim Chemiedreieck ist nach Aussagen der Fachleute der letzte Schritt, nicht der erste. Aber Sie wissen es besser. Dann können wir noch oft darüber streiten. Vielleicht reden Sie einmal mit Herrn Josel und Herrn von Waldenfels darüber.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Jetzt hat sich noch einmal Herr Staatsminister Wiesheu zu Wort gemeldet.

**Staatsminister Dr. Otto Wiesheu** (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will noch zwei Anmerkungen machen: Erstens. Die Zuständigkeit beim Schienengüterverkehr liegt beim Bund. Zweitens. Das hat uns noch nicht gestört beim Thema „Mora“,

bei der geplanten Herauslösung einer Menge von Verladestellen aus dem Stilllegungsprogramm, wo Rot-Grün keinen Finger krumm gemacht hat, um das zu bremsen, um mehr als ein Drittel dieser Verladestationen zu erhalten auf unsere Initiative, weil wir die Wirtschaft zusammengeholt haben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist ja gut!)

Das sollten Sie sich anhören! Wenn wir bei Rot-Grün in Berlin vorsprechen, rührt sich gar nichts. Die kümmern sich nicht. Die blocken ab und sagen: Das ist uns Wurst, das interessiert die nicht. Wir sind auch das einzige Land, das das Thema Güterverkehr im Rahmenvertrag mit der DB AG verankert hat, weil wir eine stärkere Verflechtung und Vernetzung des Güterverkehrs auf Straße, Schiene und Wasserstraße haben wollen.

Wir sind auch diejenigen, die in Nürnberg veranlasst haben, dass das Güterverkehrszentrum der Bahn aus dem Zentrum heraus

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das wollten alle Beteiligten!)

auf den Hafen kommt. Wir haben der Bahn den Zeitplan vorgegeben,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der Bund gibt das Geld, und so passt's!)

den sie auch einhalten muss. Das hat sie unterschrieben. Deswegen können Sie nicht sagen: Da würde ich mich anders darum kümmern. Nennen Sie mir den Kollegen, der sich um den Schienengüterverkehr auf Landesebene mehr kümmert. Das sollten Sie einmal sehen. Das ist das Erste.

Das Zweite: Schienengüterverkehr auf der Strecke zum Chemiedreieck. Fahren Sie einmal hin.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich war schon oft da, wahrscheinlich öfter als Sie in letzter Zeit!)

Schauen Sie sich an, wenn Güterzüge, Ganzzüge im Chemiedreieck zusammengehängt werden, dann brauchen Sie zwei oder drei Diesellokomotiven, um sie herauszubringen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist doch richtig!)

Wenn Sie es mit einer machen und dann durchgängig abtransportieren wollen, dann brauchen Sie die Elektrifizierung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wir machen erst die Trasse!)

Herr Kollege man braucht die Elektrifizierung auch, wenn man die Walpertskirchener Spange bauen und in den

Flughafen einfahren will, weil man sonst nicht hineinkommt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist jetzt aber nicht das Chemiedreieck!)

Drittens brauchen wir sie natürlich auch für die Fortsetzung der S-Bahn-Linie von Erding in den Flughafen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Natürlich!)

Also brauchen wir die Elektrifizierung so und so für drei Zwecke.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und jetzt geht's anders los, und das leugnen Sie!)

Jetzt geht's anders los, mit dem Doppelspurabschnitt. Aber da waren zwei geplant. Einer allein hilft nicht viel.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der zweite wird jetzt geplant, weil das Geld fließt!)

– Entschuldigung. Einer kommt, zwei waren geplant, weil nach Aussagen der Bahn die Kapazitätserweiterung, die wir dort brauchen, nur mit zweien gleichzeitig läuft. Unabhängig davon muss man die Elektrifizierung haben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie sind nicht auf dem neuesten Stand, tut mir Leid!)

– Mein Gott, tut mir Leid. Haben Sie die Verhandlungen zum Bundesverkehrswegeplan geführt, oder habe ich die geführt? Da war das die Aussage des Bundes und auch der Bahn, dass man die beiden Doppelspurabschnitte braucht, wenn das Ganze zur Kapazitätserweiterung beitragen soll. Einer alleine hilft uns nicht allzu viel weiter. Aber bei Ihnen ist nichts zu retten. Da sind Sie dogmatisch festgelegt.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Über die Anträge, die vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zur Ablehnung empfohlen werden, soll einzeln abgestimmt werden.

Ich lasse zunächst über den Antrag auf der Drucksache 15/2545 abstimmen, Tagesordnungspunkt 4. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Die SPD muss sich noch entscheiden. Noch mal: Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Aha, jetzt also beide Fraktionen, SPD und GRÜNE. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf der Drucksache 15/2551, Tagesordnungspunkt 5. – Das ist der Antrag mit dem Tempolimit.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt mit den Stimmen der beiden größeren Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Immer gegen die Kleinen!)

– Es ging doch um das Tempolimit, Herr Kollege.

Ich lasse über den Antrag auf Drucksache 15/2553 abstimmen, Tagesordnungspunkt 6. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die beiden anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 15/2566, Tagesordnungspunkt 7. Wer ent-

gegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag mit den Stimmen der CSU-Fraktion abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Antrag auf der Drucksache 15/2567 abstimmen, Tagesordnungspunkt 8. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – SPD-Fraktion und CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag mit den Stimmen der beiden größeren Fraktionen abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 8 sind damit erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Blick auf die Uhr, ein Blick durch die Fenster, der Gedanke, dass wir morgen Nacht um zwei Uhr, hoffentlich in dieser Besetzung, noch alle zusammensitzen werden, lässt mich vorschlagen, dass wir jetzt die Sitzung beenden. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch nicht bei den GRÜNEN. Dann ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 19.19 Uhr)



## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt werden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

### Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Renate Dodell, Dr. Thomas Zimmermann u.a. CSU  
 Ausbildungsvergütung in der Altenpflegehilfe  
 Drs. 15/2447, 15/3478 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	A	A

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
 Erhöhung der Verkehrssicherheit  
 Drs. 15/2550, 15/3618 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Beyer, Dr. Hildegard Kronawitter, Willi Leichtle u.a. SPD  
 Zukunft des Luftverkehrs in Bayern  
 Drs. 15/2654, 15/3476 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU  
 Lockerung der Pflicht zur jährlichen Kontrolle von Fertigpackungen  
 Drs. 15/2657, 15/3617 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	ENTH	A

5. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Christa Naaß, Stefan Schuster u.a. SPD  
 Überleitungstarifvertrag für die Bayerische Landes-hafenverwaltung  
 Drs. 15/2999, 15/3483 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters SPD  
 Landwirtschaftliche Kompetenzzentren im schulischen Bereich  
 Drs. 15/3006, 15/3613 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Monica Lochner-Fischer u.a. SPD  
 Fristgerechte Vorlage des Gleichstellungsberichtes zum Bayerischen Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern (BayGIG)  
 Drs. 15/3012, 15/3484 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Heidi Lück u.a. SPD  
 Task-force für „schwierige“ Förderfälle  
 Drs. 15/3021, 15/3611 (A)

- |  |            |            |            |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|--|------------|------------|------------|------------|--|---|---|------|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>ENTH</td> </tr> </table> |            | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | A | Z | ENTH | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | A          | Z          | ENTH       |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Altenpflegeausbildung in der Krise? – Bericht zur Situation in Bayern  
Drs. 15/3066, 15/3481 (E)
- |  |            |            |            |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|--|------------|------------|------------|------------|--|---|---|---|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |            | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> <p><b>Hierzu findet auf Antrag der CSU-Fraktion eine Einzelberatung statt</b></p> |  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Feinstaub wirksam bekämpfen!  
Drs. 15/3076, 15/3593 (A)
- |  |            |            |            |            |  |   |      |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|--|------------|------------|------------|------------|--|---|------|---|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>ENTH</td> <td>Z</td> </tr> </table> <p><b>Hierzu findet auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN eine Einzel-beratung statt.</b></p> |            | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | A | ENTH | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |      |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | A          | ENTH       | Z          |            |  |   |      |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |      |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | Z          | Z          | Z          |            |  |   |      |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Helmut Brunner u.a. und Fraktion CSU  
Sicherung der Ausgleichszulage für Landwirte in benachteiligten Gebieten  
Drs. 15/3080, 15/3606 (E)
- |   |            |            |            |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|---|------------|------------|------------|------------|--|---|---|---|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |            | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europa-angelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z |
|   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|   | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|   | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Ludwig Wörner, Herbert Müller u.a. und Fraktion SPD  
Gesundheit schützen – Fahrverbote vermeiden  
Landesmittel im Kampf gegen Feinstaubbelastung bereitstellen  
Drs. 15/3081, 15/3594 (A)
- |  |            |            |            |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |   |
|--|------------|------------|------------|------------|--|---|---|---|--|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>A</td> </tr> </table> <p><b>Hierzu findet auf Antrag der SPD-Fraktion eine Einzelberatung statt.</b></p> |            | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | A | Z | A | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | A          | Z          | A          |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |   |
13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Dr. Otmar Bernhard u.a. und Fraktion CSU  
Verbesserung der EU-Chemikalien-Verordnung (REACH)  
Drs. 15/3083, 15/3595 (E)
- |  |            |            |            |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|--|------------|------------|------------|------------|--|---|---|------|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>A</td> <td>ENTH</td> </tr> </table> <p><b>Hierzu findet auf Antrag der SPD-Fraktion eine Einzelabstimmung statt.</b></p> |            | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | A | ENTH | <p>14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Henning Kaul u.a. und Fraktion CSU<br/>Feinstaubreduzierung<br/>Drs. 15/3085, 15/3596 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> <p><b>Hierzu findet auf Antrag der CSU-Fraktion eine Einzelberatung statt</b></p> |  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | Z          | A          | ENTH       |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|  | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |      |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Umsetzung des AGTierKBG  
Drs. 15/3170, 15/3608 (E)
- |   |            |            |            |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|---|------------|------------|------------|------------|--|---|---|---|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |            | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z | <p>16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Renate Dodell, Dr. Otmar Bernhard u.a. und Fraktion CSU<br/>EU-Förderung im Rahmen des Europäischen Technologieinstituts (EIT)<br/>Drs. 15/3213, 15/3472 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europa-angelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z |
|   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|   | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
|   | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |   |   |  |            |            |            |  |   |   |   |
17. Antrag der Abgeordneten Siegfried Schneider u.a. CSU  
Verstärkter Abbau von Hemmnissen bei der Beschäftigung nebenberuflicher/nebenamtlicher Lehrkräfte  
Drs. 15/2899, 15/3482 (E) [X]
- |   |            |            |            |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |      |
|---|------------|------------|------------|------------|--|---|---|---|--|--|------------|------------|------------|--|---|---|------|
| <p><b>Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</b></p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> |            | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | Z | Z | <p>Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Rainer Volkmann, Adelheid Rupp u.a. und Fraktion SPD<br/>Berufsfachschule für Musik in Altötting<br/>Drs. 15/3065, 15/3486 (E) [X]</p> <p><b>Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</b></p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>CSU</b></td> <td><b>SPD</b></td> <td><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>A</td> <td>ENTH</td> </tr> </table> <p><b>Hierzu findet auf Antrag der SPD-Fraktion eine Einzelabstimmung statt.</b></p> |  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |  | Z | A | ENTH |
|   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |      |
|   | Z          | Z          | Z          |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |      |
|   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |      |
|   | Z          | A          | ENTH       |            |  |   |   |   |  |  |            |            |            |  |   |   |      |





## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**Drs. 15/3620**

**zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Z u s t i m m u n g

Berichterstatter: **Dr. Bernd Weiß**  
Mitberichterstatterin: **Adelheid Rupp**

### **II. Bericht:**

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen federführend zugewiesen.  
Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf federführend beraten und endberaten.  
Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Gesetzentwurf nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 35. Sitzung am 14. Juli 2005 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Z u s t i m m u n g empfohlen.
3. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 40. Sitzung am 24. November 2005 endberaten mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Z u s t i m m u n g empfohlen mit der Maßgabe, dass § 2 Abs. 1 folgende Fassung erhält:  
„(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.“

**Franz Schindler**  
Vorsitzender

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

### Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/3620, 15/4303

### Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes

#### § 1

Das Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (AGLPartG) vom 26. Oktober 2001 (GVBl S. 677, BayRS 404-3-J) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 werden vor den Worten „des Lebenspartnerschaftsgesetzes“ die Worte „und Abs. 5, § 9 Abs. 5“ und nach dem Klammerzusatz „(BGBl I S. 266)“ die Worte „sowie nach Art. 17b Abs. 2 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche“ eingefügt.
2. Art. 3 wird wie folgt geändert:
  - a) Es wird folgender neuer Abs. 4 eingefügt:

„(4) Der Notar teilt die Erteilung des Lebenspartnerschaftsnamens an ein Kind (§ 9 Abs. 5 des Lebenspartnerschaftsgesetzes) mit

    1. falls die Geburt des Kindes im Inland beurkundet ist, dem Standesbeamten, der das Geburtenbuch führt, in dem die Geburt beurkundet ist,

2. falls die Geburt des Kindes im Inland nicht beurkundet ist, aber ein Familienbuch für die Ehe der Eltern angelegt wurde, dem Standesbeamten, der dieses Familienbuch führt,
3. falls weder die Geburt des Kindes im Inland beurkundet ist noch ein Familienbuch für die Ehe der Eltern angelegt wurde, der für das Kind zuständigen Meldebehörde.“

b) Die bisherigen Abs. 4 und 5 werden Abs. 5 und 6.

c) In Abs. 5 (neu) werden nach dem Wort „Lebenspartner“ die Worte „sowie die Mitteilungen nach Abs. 4 Nrn. 1 und 2“ eingefügt.

#### § 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 12. Februar 2006 tritt die durch § 1 Nr. 1 bewirkte Änderung des Art. 1 Abs. 1 Satz 1 AGLPartG außer Kraft, soweit vor den Worten „des Lebenspartnerschaftsgesetzes“ die Worte „und Abs. 5“ eingefügt worden sind.

Der Präsident

I.V.

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**

II. Vizepräsident

## 54. Sitzung

am Dienstag, dem 29. November 2005, 15.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches .....	4093	<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Kirchensteuergesetzes</b> (Drs. 15/3311) – Zweite Lesung –	
<b>Zustimmung</b> zur Berufung von Mitgliedern der Staatsregierung – Artikel 45 der Bayerischen Ver- fassung		Beschlussempfehlung des Verfassungsausschus- ses (Drs. 15/4307)	
und		hierzu:	
<b>Bestätigung</b> der vom Ministerpräsidenten geänder- ten Abgrenzung der Geschäftsbereiche – Artikel 49 der Bayerischen Verfassung		<b>Änderungsantrag</b> der Abg. Peter Weinhofer, Dr. Ingrid Fickler, Petra Guttenberger u. a. (CSU) (Drs. 15/4057)	
Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber .....	4093	Ernst Weidenbusch (CSU) .....	4107
Franz Maget (SPD) .....	4094	Dr. Heinz Kaiser (SPD) .....	4108, 4110
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) .....	4096	Christine Stahl (GRÜNE) .....	4109
Ulrike Gote (GRÜNE) .....	4100		
Joachim Herrmann (CSU) .....	4102		
Beschluss zur Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche .....	4105	Beschluss zum Regierungsentwurf 15/3311 in Zweiter Lesung .....	4111
Beschluss zur Berufung von Mitgliedern der Staatsregierung .....	4105	Schlussabstimmung .....	4111
<b>Vereidigung</b> der Staatsministerin und des Staats- sekretärs		Erledigung des Änderungsantrags 15/4057 .....	4111
Präsident Alois Glück .....	4105	<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Gesetzes zur Ausführung des</b> <b>Lebenspartnerschaftsgesetzes</b> (Drs. 15/3620) – Zweite Lesung –	
Staatsministerin Emilia Müller .....	4105	Beschlussempfehlung des Verfassungsaus- schusses (Drs. 15/4303)	
Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard .....	4105	Dr. Bernd Weiß (CSU) .....	4111
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Gesetzes über das bevölke- rungsbezogene Krebsregister Bayern und des</b> <b>Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzge- setzes</b> (Drs. 15/4288) – Erste Lesung –		Adelheid Rupp (SPD) .....	4112
Dr. Thomas Zimmermann (CSU) .....	4106	Christine Stahl (GRÜNE) .....	4113
Kathrin Sonnenholzner (SPD) .....	4106	Staatsministerin Dr. Beate Merk .....	4115
Renate Ackermann (GRÜNE) .....	4107	Beschluss in Zweiter Lesung .....	4115
Verweisung in den Sozialausschuss .....	4107	Schlussabstimmung .....	4116

**Antrag** der Staatsregierung  
**Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages  
über die Bereitstellung von Mitteln aus den  
Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke  
im Zusammenhang mit der Veranstaltung der  
FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland  
2006** (Drs. 15/4080)  
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 15/4304)

Beschluss . . . . . 4116

**Abstimmung über Anträge**, die gemäß § 59 Abs. 7  
GeschO **nicht einzeln beraten** werden  
(s. a. Anlage)

Beschluss . . . . . 4116

**Neubestellung** eines Mitglieds für den Parlama-  
ntarischen Beirat der Bayerischen Landeszentrale für  
politische Bildungsarbeit

Beschluss . . . . . 4116

**Wahl** der bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden  
für den Gefängnisbeirat bei der Justizvollzugsan-  
stalt Amberg

Ergebnis . . . . . 4116

Schluss der Sitzung . . . . . 4116

(Beginn: 15.06 Uhr)

**Präsident Alois Glück:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 54. Vollsitzung des Bayerischen Landtages. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist wie immer erteilt.

(Allgemeine Unruhe)

Ist es möglich, dass wir uns auf eine Tagesordnung einigen?

(Margarete Bause (GRÜNE): Auf welche?)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

### **Zustimmung zur Berufung von Mitgliedern der Staatsregierung nach Art. 45 der Bayerischen Verfassung**

Ergänzend hierzu soll auf Wunsch der Staatsregierung außerdem beraten werden:

### **Bestätigung der vom Ministerpräsidenten geänderten Abgrenzung der Geschäftsbereiche nach Art. 49 der Bayerischen Verfassung**

Die Fraktionen haben dem zugestimmt. Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 1. Hierzu erteile ich dem Ministerpräsidenten das Wort.

Ich bitte, insbesondere im Eingangsbereich die Gespräche einzustellen und sich auf die Plenarsitzung zu konzentrieren. Im Übrigen bitte ich die Kameraleute, dezent im Hintergrund zu bleiben, auch wenn es eine öffentliche Veranstaltung ist. Die Brennweiten machen sowieso alles möglich.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber:** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Ich glaube, wir alle stehen heute unter dem Eindruck der Meldungen aus dem Irak, die besagen, dass eine Archäologin aus Bayern und ihr Fahrer offensichtlich entführt worden sind. Wir alle sind entsetzt angesichts dieser schrecklichen Tat. In dieser Stunde sind unsere Gedanken auch bei den Angehörigen und Freunden der Entführten. Ich bin dankbar, dass die Bundesregierung unverzüglich einen Krisenstab eingerichtet hat und natürlich auch mit dem bayerischen Innenministerium in Verbindung steht.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nach 15 Jahren im Kabinett scheidet Staatsminister Dr. Otto Wiesheu auf seinen Wunsch aus dem Regierungsamt. Damit geht eine Ära zu Ende. Das ist ein Verlust für die Staatsregierung, das ist aber auch ein Verlust für die Wirtschaft, für den Mittelstand, für das Handwerk, für die Wirtschaftsverbände und auch für die Gewerkschaften. Dr. Otto Wiesheu wurde 1974 erstmals in dieses Hohe Haus gewählt. Er gehört ihm seit 31 Jahren an. 1990 wurde er Staatssekretär im Kultusministerium und 1993 Wirtschafts- und Verkehrsminister.

Ich kann hier nur einige Facetten seiner Tätigkeit gerade auch als Wirtschaftsminister hervorheben und würdigen und ich möchte das in der gebotenen Kürze tun.

Erstens. Die Offensiven „Zukunft Bayern I und II“ sowie die Hightech-Offensive tragen seine Handschrift. Mit dem Clusteransatz zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft hat Otto Wiesheu die Tür zur Zukunft geöffnet.

Zweitens. Sehr am Herzen lag Otto Wiesheu auch das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu erreichen. Wichtige Schlüssel hierzu waren das 12-Punkte-Programm für Nürnberg, die Oberfranken-Initiative und das Ertüchtigungsprogramm Ostbayern.

Drittens. Für die Menschen von ganz existenzieller Bedeutung waren die Erfolge des Wirtschaftsministers als Krisenmanager. Immer wenn ein bayerischer Betrieb Not litt und Arbeitsplätze gefährdet waren, war Otto Wiesheu sofort zur Stelle. Niemand hat gezählt, wie viele Betriebe und Arbeitsplätze Otto Wiesheu in den zwölf Jahren seiner Amtszeit gerettet hat.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Bei Grundig!)

Ich bin sicher, viele Menschen, viele Familien werden seinen Einsatz nicht vergessen.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Besondere Bedeutung hatten für Otto Wiesheu Mittelstand und Handwerk als Fundament unserer Wirtschaft. Deshalb hat sich Otto Wiesheu als Anwalt des Mittelstandes und auch als Ordnungspolitiker profiliert. Von ihm stammt das Grundsatzpapier „Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“.

Fünftens. In der Außenwirtschaftspolitik hat Otto Wiesheu ein weltweites Netz von Repräsentanzen etabliert. Gerade für den Mittelstand war der Wirtschaftsminister auf vielen Reisen der Türöffner in schwierigen Märkten. In China und Russland ist er ein bekannter, hoch angesehener Botschafter Bayerns.

Standortmarketing und Werbung um Investoren für Bayern waren für ihn Herzensangelegenheiten. Ansiedlungserfolge für neue Arbeitsplätze gab es in großer Zahl, etwa die Errichtung des Europäischen Forschungszentrums von General Electric in Garching.

Sechstens. Für die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft ist eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung seit jeher eine Kardinalfrage. Wir haben dank Otto Wiesheu ein energiepolitisches Grundkonzept; er hat mit seinem unermüdlichen Einsatz für Unternehmen und Arbeitsplätze breite Anerkennung erfahren. Viele Unternehmer halten ihn für den besten Wirtschaftsminister Deutschlands.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Sein Verhältnis zu den Gewerkschaften – insbesondere auch zum DGB – war gut. Der DGB bezeichnete ihn einmal als „Lichtgestalt“ und verlieh dem Wirtschaftsminister die Hans-Böckler-Medaille. Diese für einen konser-

vativen Politiker ungewöhnliche Ehrung zeigt seine Verdienste um den sozialen Frieden und ein gutes gesellschaftliches Klima.

Persönlich und namens der Staatsregierung spreche ich Herrn Kollegen Dr. Otto Wiesheu Dank und Anerkennung für 15 Jahre Dienst an Bayern, 15 Jahre Dienst für sozialen Wohlstand und für ein menschliches Gesicht in unserer Heimat sowie für 15 Jahre Dienst für die Menschen und ihre Familien aus.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Otto Wiesheu übergibt ein wohlbestelltes Haus und ein reiches politisches Erbe. Er hat sich höchste Verdienste um Bayern erworben. Dafür gebührt ihm der Dank auch des Hohen Hauses. Und, lieber Otto, ich sage auch ganz persönlich herzlichen Dank für diese 15 Jahre, vor allen Dingen für diese zwölftehalbe Jahre als Wirtschaftsminister in meinen Kabinetten. Herzlichen Dank für deine Loyalität und für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich wünsche dir für deine neue Aufgabe im Vorstand der Bahn AG von Herzen Glück und viel Erfolg.

Ich habe heute im Kabinett gesagt, ich gehe davon aus, dass du die Wünsche, die du als Wirtschafts- und Verkehrsminister immer an die Bahn AG gerichtet hast, jetzt von der anderen Seite her entsprechend erfüllen kannst. Ich wünsche dir alles Gute.

(Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU – Franz Maget (SPD): Freuen die sich so, dass er nun weggeht?)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund des Ausscheidens von Dr. Otto Wiesheu schlage ich dem Landtag folgende personelle Veränderungen in der Staatsregierung vor: die Berufung von Erwin Huber, Mitglied des Hohen Hauses, bisher Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform zum Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie;

die Berufung von Eberhard Sinner, Mitglied des Hohen Hauses, bisher Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen in der Staatskanzlei zum Leiter der Staatskanzlei;

die Berufung von Frau Emilia Müller, bisher Staatssekretärin im Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei;

die Berufung von Dr. Otmar Bernhard, Mitglied des Hohen Hauses, zum Staatssekretär im Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Des Weiteren bitte ich den Landtag um Zustimmung zu Veränderungen im Geschäftsbereich der Staatsregierung. In Abweichung von der gegenwärtigen Abgrenzung der Geschäftsbereiche werden die Angelegenheiten der Ansiedlungspolitik und des Standortmarketings für die Medienwirtschaft von der Staatskanzlei auf das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie verlagert. Diese Umressortierung zwischen den

Geschäftsbereichen begründe ich wie folgt: Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie unter der Leitung von Staatsminister Dr. Otto Wiesheu hat durch ein innovatives Standortmarketing und eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik wesentlich dazu beigetragen, dass die bayerische Wirtschaft im Vergleich zu allen anderen Ländern die höchsten Wachstums- und Beschäftigungsraten in Deutschland zu verzeichnen hat. Für die Medienwirtschaft hat diese Aufgabe mit gleich großem Erfolg die Staatskanzlei unter der Leitung des Staatsministers Erwin Huber übernommen.

Mit dem Wechsel in der Leitung beider Ämter bietet es sich an, dass das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auch mit den Aufgaben der Medienwirtschaft betraut wird. Die kulturellen Belange des Films und der Printmedien einschließlich der entsprechenden Förderungen verbleiben im Geschäftsbereich der Staatskanzlei.

Herr Präsident, ich habe Ihnen die Veränderungen der Staatsregierung vorgetragen und bitte Sie, dazu die Entscheidung des Bayerischen Landtags herbeizuführen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne damit die Aussprache. Die Fraktionen haben hierzu im Ältestenrat eine Redezeit von 30 Minuten vereinbart. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Maget.

**Franz Maget (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst gratuliere ich – ich denke im Namen des ganzen Hauses – zu den Berufungen. Ich wünsche Frau Müller, Herrn Huber, Herrn Sinner und Herrn Dr. Bernhard viel Glück und gute Entscheidungen im Interesse unseres Landes. Natürlich richten wir auch Wünsche, Erwartungen und Forderungen an Sie, was die Politik der kommenden Monate betrifft. Aus unserer Sicht geht es nämlich nicht lediglich um das Austauschen oder Umsetzen einiger weniger Personen, sondern aus unserer Sicht ist in der bayerischen Landespolitik in zentralen Themen ein echter Kurswechsel notwendig. Dazu etwas später.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst aber meine ich, sind einige Anmerkungen zum Hintergrund der heutigen Kabinettsumbildung angebracht. Normalerweise sind Kabinettsumbildungen Ausdruck von Stärke und Handlungsfähigkeit des Regierungschefs. In diesem Fall ist es das pure Gegenteil. Die heutige Kabinettsumbildung ist einzig und allein Ergebnis der Schwäche und des dramatischen Machtverlustes des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Was uns Herr Dr. Stoiber eben vorgetragen hat, bestätigt dies eindrucksvoll. Herr Stoiber konnte weder den Zeitpunkt der Kabinettsumbildung selbst bestimmen – es sollte im Januar sein, dann hieß es: nein, lieber doch im Dezember, und dann doch jetzt – noch den Umfang der Kabinettsumbildung. Nicht einmal die Personen, die er

umsetzt oder neu beruft, kann er selbst bestimmen. All dies wird ihm von außen aufgedrängt. Der Bayerische Ministerpräsident agiert und regiert nicht, sondern laviert und reagiert.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die unmittelbare Folge seiner Flucht aus Berlin und seiner Angst davor, im Bundeskabinett Verantwortung für schwierige Aufgaben zu übernehmen. Spätestens dieser Schritt hat sein Ansehen und seine Reputation zerstört, und der letzte Platz im „Politbarometer“ ist dafür der sichtbare Ausdruck.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, wir sind politische Konkurrenten, und Sie werden deswegen meinen Rat nicht unbedingt benötigen.

(Unruhe bei der CSU)

Aber ich möchte Ihnen dennoch sagen: Seien Sie auf der Hut vor Ihren Freunden, die Sie jetzt wieder verteidigen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Schwäche nutzen jetzt einige besonders mutige Helden aus der CSU liebend gerne aus; das sind die, die schon länger eine offene Rechnung begleichen wollen, und das sind jene, die schon seit Monaten hinter vorgehaltener Hand heftige Kritik am Regierungsstil und an zentralen Entscheidungen der Regierungspolitik üben und sich das jetzt offen trauen. Das sind vor allem die Vielen, die noch vor wenigen Wochen auf Ihrem Schoß gesessen sind und jetzt so tun, als seien alle politischen Fehlentscheidungen der letzten Monate einzig und allein Ihre Fehlentscheidungen, und die vergessen machen wollen, dass es Fehlentscheidungen der gesamten CSU-Landtagsfraktion gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Diese Kabinettsumbildung ist nicht unter sachlichen und fachlichen Begründungen erfolgt, sondern war eine Notoperation, die die Krise der Staatsregierung nicht einmal im Ansatz löst, sondern lediglich notdürftig überdecken soll.

Die Wurzeln des Übels, nämlich die verfehlten landespolitischen Entscheidungen, wurden nicht beseitigt; es wurden lediglich Kompressen angelegt und Franzbranntwein auf den Dekubitus geträufelt.

Die Notoperation musste erfolgen, weil dem bayerischen Ministerpräsidenten wichtige Stützen seines Kabinetts abhanden kommen. Herr Wiesheu geht weg und verlässt das lecke Schiff zum richtigen Zeitpunkt. Sicher, Herr Wiesheu war seit einigen Jahren amts müde.

(Lachen bei der CSU)

Aber dieser Abgang hinterlässt doch, das kann man Ihnen nicht ersparen, einen äußerst unangenehmen Beigeschmack.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dass Herr Wiesheu bereits im September in engen Verbindungen mit der Deutschen Bahn steht und in seiner Tätigkeit als bayerischer Wirtschaftsminister und als Teilnehmer der Koalitionsverhandlungen in Berlin dennoch Belange der Bahn mitentscheidet, ist einfach nicht in Ordnung gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU-Bundestagsabgeordnete, Ihre Kollegin Renate Blank, die mit Herrn Wiesheu bei den Koalitionsverhandlungen auf CSU-Seite in der Arbeitsgruppe „Verkehr“ zahlreiche Vereinbarungen für die Bahn ausgehandelt hat, sagte dazu – ich zitiere Ihre Kollegin wörtlich: „Jetzt wird mir klar, warum sich Otto Wiesheu so auffällig für die Belange der Bahn eingesetzt hat.“

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat aber einen Geruch!)

Meine Damen und Herren, damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin sehr dafür, die Interessen der Bahn zu vertreten und die Bahn in unserem Land zu stärken.

(Zurufe von der CSU)

Und ich meine, dass das Herr Wiesheu in seiner neuen Aufgabe tun kann

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

und gerade auch für Bayern tun wird. Aber er hätte seine Gesprächspartner und Verhandlungspartner über diesen Sachverhalt niemals im Unklaren lassen und nicht sozusagen als U-Boot verhandeln dürfen. Das war nicht in Ordnung, und das war auch nicht gut.

(Beifall bei der SPD)

Sein Abschied – das will ich ganz offen sagen – verbindet sich auch für uns mit einer Reihe von Erfolgen, die Herr Dr. Wiesheu ohne Zweifel für sich und für seine Arbeit verbuchen kann, aber auch mit einer Reihe von Pleiten und Pannen, die man ebenfalls nicht verschweigen kann. Das sind die Pleiten bei der Maxhütte, bei Grundig, bei Fairchild Dornier bis hin zu Schneider Technology. Das sind Fehlentscheidungen, wie der Ausbau der Donau mit Staustufen, zumindest aus unserer Sicht; und das ist der Umstand, dass sich die regionalen Unterschiede in Bayern nicht, wie Sie gesagt haben, Herr Ministerpräsident, verkleinert, sondern in der Regierungszeit von Herrn Dr. Wiesheu sogar vergrößert haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Huber ergreift die erste Gelegenheit, um sich dem engen Zugriff von Herrn Stoiber zu entziehen.

(Lachen bei der CSU)

Ich hoffe, dass er die bayerische Wirtschaftspolitik nicht so anpackt, wie er die Milliardenkredite für Leo Kirch eingefädelt hat, zum Beispiel für die Formel-1-Geschäfte,

(Beifall bei der SPD)

unter der die Bayerische Landesbank bis zum heutigen Tag zu leiden hat. Wir erwarten eine Regional- und Strukturpolitik, die endlich in der Lage ist, die angesprochenen regionalen Unterschiede und Ungleichgewichte in Bayern zu beseitigen. Wir dürfen erhoffen und erwarten, dass Sie als neuer Wirtschaftsminister dazu bei nächster Gelegenheit Vorschläge präsentieren.

Damit bin ich bei den Erwartungen an die zukünftige Politik des Kabinetts und bei dem von mir angesprochenen Kurswechsel in der Landespolitik, den dieses Land braucht und den die Bürger erwarten. Die gegenwärtig schlechten Umfrageergebnisse für die CSU sind nicht nur auf die Fehler und den Ansehensverlust von Herrn Stoiber zurückzuführen. Sie liegen vielmehr an der Enttäuschung und Verärgerung von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern über schwerwiegende Fehlentscheidungen. Ich nenne einige: den Stellenabbau, die Leistungskürzungen und die schlechten Zukunftsperspektiven für Bayerns Polizistinnen und Polizisten, die Belastungen der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Bayern und eine Verwaltungsreform, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg par ordre du mufti durchgezogen wurde. Wer lässt sich schon gerne als Frosch bezeichnen, wenn er nur seinen guten Rat vor dem Hintergrund seiner großen eigenen Erfahrungen beisteuern möchte?

(Beifall bei der SPD)

Da ist der Abbau wichtiger sozialer Leistungen und Dienste, von der Familienberatung über die Schuldnerberatung bis hin zur Erwachsenenbildung. Noch mehr Frust hat die überstürzte Einführung des G 8 mit sich gebracht, die mittlerweile sogar von Ihnen selbst, die Sie es eingeführt haben, kritisiert wird. Mir geht es dabei weniger um die Kritik und die Belange des Bayerischen Philologenverbandes, sondern darum, dass die Politik auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Zu nennen sind der massive Lehrermangel in Bayern und der massive Unterrichtsausfall. Ich stelle mit Freude fest, dass Sie jetzt wenigstens so weit sind, den Unterrichtsausfall, den Sie früher geleugnet haben, messen zu lassen. Man muss schon damit zufrieden sein. Da sind die Einführung des Büchergeldes und die drohende Einführung der Studiengebühren zu nennen. Das sind falsche Signale und das sind die eigentlichen Ursachen dafür, dass in unserem Lande die Unzufriedenheit mit Ihrer Politik wächst.

Ich bin der Auffassung, dass das die Politikfelder sind, bei denen wir in Bayern eine dringende Kurskorrektur benö-

tigen und bei denen sich die Politik ändern muss. Ich bin auch der Auffassung, dass Sie dazu eine Chance haben und dass sie diese Chance ergreifen sollten. Ich glaube, dass wir zum ersten Mal in Bayern – das macht mich aus Sicht der Opposition zuversichtlich – eine Diskussion haben, dass auch in Bayern ein Regierungswechsel denkbar und möglich erscheint. Dies hat mit der Schwäche, die wir im Augenblick vorfinden, zu tun.

Ich komme deshalb am Ende zur Bewertung vom Beginn meiner Rede zurück: Diese Regierungsumbildung ist nicht der Ausdruck von Handlungsfähigkeit und von Stärke des Bayerischen Ministerpräsidenten. Sie ist das Gegenteil. Hätte er stark und frei entscheiden können, hätte er andere Entscheidungen getroffen. Dass er das nicht konnte, zeigt, in welcher bedrohlichen Lage er sich befindet. Er wird von Kolleginnen und Kollegen in diese Lage gebracht, die ihm einst und bis zum heutigen Tag zugejubelt haben, die eigentlich wissen müssten, dass er ihnen den Erfolg gebracht hat, die aber jetzt die Kritik, die vorher kleinlaut erfolgt ist, lautstark von sich geben. Das ist auch eine Charakterfrage.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde mir wünschen, dass wir künftig, wenn schwierige Entscheidungen für dieses Land zu treffen sind, nicht nur einen anderen Regierungsstil vonseiten des Ministerpräsidenten vorfinden sollten, sondern auch eine andere Diskussionskultur in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie heute an Fehlentscheidungen kritisieren, haben Sie alles selber so entschieden – selbstherrlich und mit wenig Bereitschaft, auch die Argumente anderer zu hören. Ich hoffe, dass sich zumindest das im Bayerischen Landtag ändern wird.

Ich wünsche noch einmal Ihnen, Herr Sinner, Ihnen, Herr Huber, Ihnen, Herr Dr. Bernhard und Ihnen, Frau Müller, alles Gute und gute Entscheidungen. Ich darf Ihnen sagen, dass wir Ihre Politik wie in der Vergangenheit natürlich kritisch – Sie loben sich ja selbst, wir haben da eine andere Aufgabe – begleiten, aber so begleiten, dass für unser Land das Beste dabei herauskommen möge.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Dürr.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bayern braucht einen Neuanfang, aber für einen Neuanfang, Herr Ministerpräsident, das zeigt Ihr künftiges Kabinett, fehlen Ihnen Konzepte und Köpfe. Ihnen selber aber fehlt die Kraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sagen inzwischen nicht nur wir von der Opposition, das sagen auch Ihre Parteifreunde und das kommt auch in der Diagnose der Presse zum Ausdruck. So hält Sie zum Beispiel die „Augsburger Allgemeine“ für zu schwach, um Zeichen für den Neuanfang in Bayern zu setzen. Die „Süd-

deutsche Zeitung“ fasst Ihr Dilemma so zusammen: Mehr noch als der durcheinander gewirbelte Zeitplan belegt die Entscheidung selber Stoibers rapiden Autoritätsverlust in den eigenen Reihen, denn weder vom Umfang noch von den ausgewählten Personen her konnte der CSU-Chef seine ursprünglichen Vorstellungen durchsetzen. Das zeige, so folgert die „Augsburger Allgemeine“, wie sehr sich CSU schon mit der Zeit nach Stoiber beschäftigt. Das ist der Mann, der vor kurzem noch Deutschland retten wollte und jetzt nicht mal eine ordentliche Kabinettsumbildung hinbekommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das neue Kabinett ist das alte Kabinett und das alte Kabinett war schon alt, als es noch neu war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damals schrieb der „Münchner Merkur“: „Ansturm auf das Austragshäusl. Das Durchschnittsalter bayerischer Würdenträger nähert sich dem Zenit eines kommunistischen Zentralkomitees.“ Leider, Herr Ministerpräsident, hat Ihr Kabinett unter Ihrer Führung in den letzten Jahren auch so agiert wie ein überaltertes Zentralkomitee.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ein Kabinett mit Verfallsdatum. Sie selber haben bereits eine weitere Kabinettsumbildung angekündigt. Die Frage ist nur, ob Sie diese Kabinettsumbildung noch selber machen werden. Wenn man Ihre Parteifreunde hört, sind Sie selbst ein Ministerpräsident, dessen Verfallsdatum abläuft. Herr Ministerpräsident, Sie stehen heute vor dem Scherbenhaufen, den Sie selber ange richtet haben. Ihr Renommee ist weg, weil Sie nicht nur sich selbst lächerlich gemacht haben, sondern Sie haben Bayern blamiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber sind die Menschen zu Recht verärgert. Sie haben die Nase von Ihrer Politik des ständigen Besserwissens, der ständigen Ankündigungen und der ewigen europa- weiten Einmaligkeit voll. Sie haben kein Vertrauen mehr in Sie, in Ihren unsozialen Sparkurs, in Ihre brachiale und überstürzte Reformitis und in Ihren undemokratischen Führungsstil. Sie haben den Rückhalt nicht nur in der CSU, sondern auch in der Bevölkerung verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind, sagt die „Augsburger Allgemeine Zeitung“, aus Berlin zurückgekehrt, als Figur, die man jenseits von Bayern nicht mehr ernst nimmt. Da fragen wir uns: Warum soll man Sie in Bayern noch ernst nehmen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen erkennen, dass Ihre Regierungspolitik nicht die Lösung, sondern Teil der Probleme in Bayern ist.

Anstatt unser Land bürgerfreundlicher und demokrati- scher zu machen, haben Sie mit Ihrem Dirigismus und

Zentralismus die Bürokratie üppiger wuchern lassen als anderswo. Anstatt den Staatshaushalt sozial und ökolo- gisch nachhaltig zu sanieren und an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten, haben Sie vieles, was den Men- schen das Leben leichter gemacht hätte, kaputtgespart. Anstatt für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, haben Sie durch Ihre Bildungs- und Haushaltspolitik die soziale Schieflage in Bayern verschärft. Das kritisieren die Men- schen, und sie kritisieren es zu Recht.

Wirklich deprimierend auf die Menschen wirkt aber das bayerische Bildungssystem. In Bayern wird nämlich nicht nur Reichtum und Armut vererbt, sondern auch die Bil- dungsarmut. Damit nehmen Sie nicht nur den Erwach- senen jede Chance, sich selbst zu helfen, sondern auch noch ihren Kindern. Wenn die CSU-Fraktion jetzt wieder behauptet, der bayerische Bildungsweg sei ein Erfolgs- modell für die Zukunft unserer Kinder, dann klingt das wie böser Hohn in den Ohren der Mehrheit der bayerischen Eltern;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn die Kinder der Mehrheit bekommen nicht die Chancen, die sie verdienen. Zu viele von diesen Kindern haben eben keine Zukunft. Warum? – Weil es in der vor- schulischen Bildung genauso an individueller Förderung und Chancengerechtigkeit mangelt wie in der schuli- schen. Überall fehlen Mittel; überall herrscht Mangelwirt- schaft: zu große Gruppen, zu große Klassen, zu viele Schüler ohne Schulabschluss, zu wenige Studierende. Die bayerische Bildungspolitik muss von Grund auf geän- dert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU))

– Kollege Eykmann, allmählich dämmert Ihnen das schon selbst. Die Ankündigung, dass es künftig zweierlei Gym- nasien geben wird, ein Gymnasium für die Kinder von Bildungsbürgern und ein neues für den Rest der Bayern, betrachten wir als vorsichtige Selbstkritik.

(Unruhe bei der CSU)

Damit geben Sie endlich zu, dass zu wenige Schüler eine Chance haben und Bayern zu wenige Abiturientinnen und Abiturienten hat. Das geben Sie damit zu. Auch den erbärmlichen Zustand, in den Sie, Kollege Waschler, zusammen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen der CSU die Hauptschulen versetzt haben, können Sie nicht länger ignorieren.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Dass Sie jetzt die Haupt- und Realschulen zusammen- legen wollen, ist uns nicht genug; denn dadurch gibt es noch lange keine Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da sind andere längst weiter. Selbst das Ifo-Institut hat erkannt, „dass eine frühe Selektion der Schüler in ver-

schiedene Schultypen nicht nur die Chancenungleichheit erhöht, sondern auch das gesamte Leistungsniveau sogar eher senkt als erhöht.“ Das bedeutet weniger Leistung. Das gegliederte Schulsystem ist nicht nur ungerecht, sondern auch höchst ineffizient.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Wir GRÜNE fordern ein Bildungssystem, in dem die Kinder im Mittelpunkt stehen, mit individueller Förderung und individuellen Lernzielen, einem Ausbau der vorschulischen Bildung, einer längeren gemeinsamen Schulzeit und einem gebührenfreien Erststudium. So verbessern wir die Chancen der Einzelnen, sichern die Lebensqualität, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und legen die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vor zwei Jahren bei der Bestellung Ihres Kabinetts erklärt

(Ulrike Gote (GRÜNE): Der hört nicht zu!)

– Das macht nichts –: Deutschland und der Freistaat Bayern stehen vor den größten Herausforderungen und Reformaufgaben seit ihrer Gründung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Heute stehen Sie tatsächlich vor einer Zäsur, die allerdings anders aussieht, als Sie sich das vorgestellt haben. Ab sofort müssen Sie Ihre Politik begründen. Sie können sie nicht mehr einfach nur mit dem Verweis auf Ihre bundespolitischen Ambitionen durchsetzen; denn es hat keinen Sinn mehr, in Bayern zeigen zu wollen, wie man es in Berlin hätte richtig machen sollen. Dem Rest der Bundesrepublik wird es künftig ziemlich Wurst sein, was in Bayern passiert. Künftig muss Ihre Politik allein durch das Wohlergehen der Menschen in Bayern begründet sein.

Wie aber definieren Sie Lebensqualität und Wohlergehen? Darauf haben Sie und Ihre Partei keine überzeugende Antwort. Sie haben bis heute nicht geklärt, wozu der Staat da ist, wozu ihn die Menschen brauchen und was seine Kernaufgaben sind. Welche Ziele aufgrund welcher Werte verfolgen Sie, und für wen machen Sie Politik? Wem dient Ihre Politik? Kolleginnen und Kollegen, Bayern braucht einen Neuanfang, eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet für mehr Lebensqualität, mehr soziale und ökologische Sicherheit und mit Chancen für alle, die in unserem Land leben.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Hohe Haus bei der Bestellung des Kabinetts vor zwei Jahren gebeten, die Arbeit der neuen Staatsregierung mit Ideen und Vorschlägen zum Wohle unseres Landes zu begleiten. Wir GRÜNE im Bayerischen Landtag haben es an Ideen und Vorschlägen zum Wohle unseres Landes wahrlich nicht fehlen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Denken Sie nur an unsere vielen Vorschläge zur Haushaltspolitik. Sie haben allen Grund, unsere Vorschläge zu übernehmen;

(Lachen bei der CSU – Zuruf von Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser)

denn wir haben in den letzten Jahren bewiesen – Herr Faltlhauser, auf Sie komme ich gleich noch zu sprechen, nur Geduld –, dass wir besser mit Geld umgehen können als Sie und die CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hätten Sie rechtzeitig auf uns gehört, so wäre Bayern manches Ihrer wirtschaftlichen Debakel erspart geblieben. Das aktuelle WM-Chaos ist nur ein weiterer Baustein in Ihren Serien von Pleiten, Pfusch und Pannen. Mit Ihrer großspurigen und dilettantischen Politik, Herr Ministerpräsident, haben Sie schon bei der LWS, dem Deutschen Orden und bei den Kirch-Krediten Millionen- und Milliarden Schäden angerichtet. Bayerns Landesbank wird ihre Formel-1-Anteile los – so hat der „Münchner Merkur“ letzte Woche fröhlich verkündet. Ich zitiere:

Fernsehsender, Flugzeuge, Formel 1 – die Bayern-LB mischt in Bereichen mit, die vom Geschäft einer Bank so weit entfernt sind wie Michael Schumacher vom Wirtschaftsnobelpreis. Das war Ausfluss falscher Ambitionen.

Das waren Ihre falschen Ambitionen, Herr Ministerpräsident, die zu Milliardenverlusten geführt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind es, Herr Ministerpräsident, der vom Wirtschaftsnobelpreis mindestens so weit entfernt ist wie der Steuerflüchtling im roten Auto.

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNE drängen seit Jahren auf wirkliche Sparsamkeit. Wir wollen nicht öffentliche Leistungen abbauen. Wir wollen keinen kranken Staat, sondern wir fordern, dass endlich Schluss ist mit dem Verschwenden von Steuergeldern für großspurige Offensiven und CSU-Amigos. Sie, Herr Ministerpräsident, und die CSU reden beständig von einem schuldenfreien Haushalt, aber Sie machen heuer um 8,2 % mehr Schulden. So schnell hat kein anderes Bundesland die Neuverschuldung hochgetrieben – außer Bremen. Sie machen jede Menge verdeckter Schulden und schieben Kosten ab, zum Beispiel auf Kommunen und Eltern beim G 8 und beim Büchergeld. Sie verschieben Kosten auf die Zukunft beim Gebäudeunterhalt, beim Hochwasserschutz und dadurch, dass Sie auf dringend notwendige Bildungsinvestitionen verzichten. Wechseln Sie endlich den Kurs, sonst müssen wir alle für diese Versäumnisse später teuer zahlen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat jüngst die von der neuen Bundesregierung geplanten Kürzungen beim öffentlichen Nahverkehr kritisiert. Ich zitiere:

Längst ist klar, dass der Klimawandel auch mit dem Schadstoffausstoß der Auspuffrohre der Autos zu tun hat. Länder wie Bayern, wo immer öfter Hochwasser in Keller und Wohnstuben schwappt, haben daher ein vitales Interesse an der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, das heißt auch am Ausbau des Nahverkehrs.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Lesen Sie den Kommentar im Wirtschaftsteil!)

Wir fordern Sie deswegen auf, sich gegen diese Kürzungen zur Wehr zu setzen. Wir fordern auch, dass Sie selbst endlich mehr für das Klima und für den Hochwasserschutz tun. Der erste Schritt wäre, endlich damit aufzuhören, Regionalisierungsmittel für andere Zwecke zu missbrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen der CSU, hören Sie endlich auf, den letzten Rest der freien Donau zerstören zu wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit helfen Sie mit, eine halbe Milliarde Euro zu sparen. Stoppen Sie den Transrapid! Damit ersparen Sie Bayern und dem Bund fast zwei Milliarden Euro an Ausgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stoppen Sie den Bau der dritten Startbahn am Münchner Flughafen in unbekannter Milliardenhöhe. Das sind Subventionen für den Flugverkehr, der einer der schlimmsten Klimakiller überhaupt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre eine Politik der ökologischen und fiskalischen Nachhaltigkeit, die Bayern dringend braucht; denn nachhaltig sparen heißt nicht kaputtsparen, sondern heute investieren, damit soziale und ökologische Kosten mittelfristig sinken. Nachhaltig sparen heißt, heute in Bildung, Kinderbetreuung und Ausbildung zu investieren, damit unsere Kinder und unsere Gesellschaft in Zukunft leistungsfähiger werden.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wie wenig Ahnung Sie von nachhaltiger Finanzpolitik haben, zeigt Ihr Einsatz für Studiengebühren. Sie begründen die Studiengebühren damit, dass die junge Generation nicht mit Schulden belastet werden dürfe. Gleichzeitig wollen Sie aber, dass sich die Studierenden – also die junge Generation – selbst mit Schulden belasten, um ihr Studium zu finanzieren. Wie passt das zusammen? – Sie reden von Nachhaltigkeit, wollen aber lediglich Schulden privatisieren. Das ist der Sinn Ihrer Studiengebühren. Damit rauben Sie aber nicht nur den jungen Menschen Chancen auf eine bessere Zukunft, sondern auch unserer Gesellschaft einen Großteil ihrer Vitalität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Herrmann, Sie haben vor zwei Jahren das neue Kabinett und die Politik der Staatsregierung mit einem einzigen Argument verteidigt, nämlich mit den aktuellen Meinungsumfragen. Lesen Sie das einmal nach. Wir GRÜNEN haben noch nie geglaubt, dass die Kraft der Argumente und die Qualität der Konzepte von Prozenten abhängen. Wir halten es lieber mit Erwin Huber, dem gelegentlich auch mal großen niederbayerischen Philosophen. Erwin Huber hat einmal gesagt – das war dann schon dieses „auch mal“ –, ich zitiere: „In der Politik kommt es nicht auf groß und klein an, sondern auf richtig und falsch.“

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Hat er das gesagt, weil er so klein ist?)

Herr Kollege Herrmann, nachdem sie bei Ihnen offenbar wirken, kann ich auf die Überzeugungskraft der Prozenze nicht verzichten. Ich erspare sie Ihnen nicht: Die Menschen in Bayern fordern, wie wir, einen Neuanfang. Zwei Drittel sind der Meinung, dass Edmund Stoiber demnächst abgelöst werden muss. Das können Sie den Umfragen entnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeiten von 50 plus sind für Sie vorbei. Sie liegen jetzt noch bei 45 %. Die CSU hat dramatisch an Zustimmung verloren. Kolleginnen und Kollegen der CSU, Ihre Politik zeigt Wirkung. Die Menschen haben verstanden, welche Politik Sie machen. Sie honorieren das, indem sie Sie nicht nur kritisieren, sondern Sie auch nicht mehr wählen. Uns scheint, nicht nur Bayern, auch die CSU braucht dringend einen Neuanfang.

Ich will nicht verhehlen, dass wir um das Wohl der CSU nicht so stark wie um das Wohl Bayerns besorgt sind. Wenn Sie unsere Vorschläge umsetzen, können Sie aber beiden nutzen. Sie haben schon damit angefangen. Der zurzeit Lernfähigste ist Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser. Er ist wirklich lernfähig. Bei ihm ist vermutlich der Druck am größten. Er ist bereits eifrig mit dem Umsetzen unserer Forderungen beschäftigt. So will er jetzt das Darlehen des Münchner Flughafens zurückhaben. Das ist ein alter Vorschlag von uns. Deshalb finden wir das sehr lobenswert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Ein guter Vorschlag!)

Herr Minister, weiter so. Der Flughafen Nürnberg hat ebenfalls ein Darlehen vom Freistaat erhalten, für das es weder Zins noch Tilgung gibt. Auch das wollen wir zurückhaben. Es gibt noch mehr zu tun: Streichen Sie die unsinnigen Subventionen für die Regionalflyghäfen, zum Beispiel für den Flughafen in Hof.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, lobenswert finden wir auch, dass Sie die Gewerbesteuer nun doch erhalten wollen. Weiter so. Greifen Sie nicht nur diese Forderung von uns auf, sondern auch unsere Vorschläge zur Revitalisierung der Gewerbesteuer. Herr Finanzminister, wir loben Sie, dass

Sie unseren alten Vorschlag übernehmen und künftig den Umsatzsteuerbetrug stärker bekämpfen wollen. Das ist gut so. Wir sagen schon lange, dass der Staat für mehr Einnahmen sorgen muss. Gehen Sie auch den nächsten Schritt mit uns und setzen Sie sich für ein sozial gerechtes Steuersystem ein, zum Beispiel für eine Erbschaftssteuer, die den Namen verdient.

Wenn Sie noch mehr Lob wollen, denken Sie an die Vorschläge, die wir zur Verwendung der Eon-Erlöse gemacht haben. Wenn Sie die Anteile verkauft haben, erwarten wir, dass die Hälfte dieser Mittel für Sanierungsmaßnahmen ausgegeben wird, die uns bereits heute, aber erst recht mittelfristig, sparen helfen, nämlich für ökologische Gebäudesanierungen und den Hochwasserschutz. Die übrigen Mittel sollten für die Schuldentilgung verwendet werden. Mit den eingesparten Zinsen ließe sich so manche Lehrstelle finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister, vor allem müssen Sie endlich Ihre Arbeit tun. Hören Sie mit Ihren Ausreden auf und legen Sie endlich einen ehrlichen Haushaltsentwurf vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen der CSU, falls Sie über unsere grundsätzlichen Änderungsvorschläge noch ein bisschen nachdenken müssen, was ich verstehen könnte, könnten Sie mit acht einfachen Maßnahmen sofort etwas für Bayern tun:

Erstens. Verschlanken Sie endlich den weiß-blauen Waskopf.

Zweitens. Reduzieren Sie die Zahl der Ministerien, ihren Zuschnitt und ihren Umfang.

Drittens. Stützen Sie die Staatskanzlei auf ein demokratieverträgliches Maß.

Viertens. Stoppen Sie die unsinnigen Behördenverlagerungen nach Hof und anderswo.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens. Streichen Sie das Büchergeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechstens. Stellen Sie mehr Lehrkräfte ein.

Siebtens. Statten Sie die Kindergärten so aus, dass sie tatsächlich Bildungseinrichtungen werden können.

Achtens. Zahlen Sie den Kommunen endlich die Kosten für die Mittagsbetreuung am G 8.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Sofortprogramm würden Sie den Menschen in Bayern wenigstens ein kleines Zeichen geben, dass Sie ihre Kritik verstanden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gote.

(Unruhe bei der CSU)

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Kolleginnen und Kollegen! Mir tut es auch Leid: Der Präsident gönnt Ihnen leider keine Pause. Herr Kollege Herrmann will unbedingt nach mir reden.

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich die Begründung für die geänderte Abgrenzung der Geschäftsbereiche las, musste ich lauthals lachen. Dort steht, dass dadurch das Ressortprinzip gestärkt und die Kompetenzen für die Angelegenheiten des Standortmarketings und der Ansiedlungspolitik in einer Hand gebündelt würden. In Wahrheit ist dies eine weitere Zerstückelung der Kulturförderung, mit der Sie 1998 mit einem Raubzug durch das Wissenschaftsministerium begonnen haben.

1998 wurde uns die Übertragung der Medienkompetenzen an die Staatskanzlei von Herrn Kollegen Prof. Dr. Stockinger wie folgt begründet: „Wir brauchen für den Wirtschaftsfaktor Nummer eins“, – damit meint er die Medienbranche – „der in Zukunft Hunderttausende von Arbeitsplätzen sichern und neue schaffen wird, eine zentrale und gebündelte Kompetenz der Staatsregierung, die in der Staatskanzlei angesiedelt ist.“ Wo sind sie diese Hunderttausende von Arbeitsplätzen? –

Kolleginnen und Kollegen, darauf folgten wohl eher Pleiten, Pech und Pannen im Medienbereich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind damals auf einen fahrenden Zug aufgesprungen, als dieser mit der Notbremsung begonnen hat. Ihre großen Hoffnungsträger sind am Ende als Amigopleiters geendet. Ich erinnere nur an die Kirch-Pleite. Sie haben damals dem Medienbereich und der Medienkultur in Bayern langfristig großen Schaden zugefügt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Politik wollen Sie fortsetzen. Sie wollen sie in Bayern und in Berlin fortsetzen. Mit Ihrem neuen Wirtschaftsminister in Berlin, Herrn Kollegen Glos, zieht neues Unheil für die Medienkultur auf. Heute ist in der Zeitung zu lesen: Glos gibt Springer-Verlag Rückendeckung für den Kauf von Pro Sieben und Sat 1. Wir sind sehr gespannt, ob diese Erlaubnis die erste Amtshandlung des Ministers Glos werden wird.

Dieses Konstrukt hat zwei Grundfehler: Sie verstehen nichts von Kulturpolitik und Sie meinen, Sie verstünden etwas von Wirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie begreifen die Medienpolitik und den Medienbereich nicht als Einheit. Insofern – das muss ich Ihnen zugehen – ist die jetzige Aufteilung wenigstens ehrlicher als die vorherige. Sie zeigt ein rein technologisch-wirtschaftliches Verständnis der Medienpolitik. Wir sind der Ansicht, dass die Angelegenheiten des Films und der Medienförderung sowie die Angelegenheiten der Telekommunikation sowie der Informations- und Kommunikationstechnologien im Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bestens aufgehoben wären.

Diese Geschäftsbereiche stehen nämlich nicht nur zueinander in einem engen sachlichen Zusammenhang, sondern auch in einem Zusammenhang mit vielen anderen Aufgaben, die in die Zuständigkeit dieses Fachministeriums fallen.

Die zentrale politische Aufgabe sehen wir darin, die Kommunikation der Menschen zu gestalten. Vor dem Hintergrund kommt der Kulturpolitik – ich sage hier bewusst, der Kulturpolitik – eine große Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft zu. Dabei geht es weniger um Übertragungstechniken, neue technische Lösungen und Anwendungsmöglichkeiten. Es geht vielmehr um die transportierten Inhalte.

(Unruhe)

**Präsident Alois Glück:** Darf ich einen Moment unterbrechen? Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Lärmpegel ist nicht akzeptabel.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Es geht vielmehr um die transportierten Inhalte. Es geht darum, was sich die Menschen mitzuteilen haben. Es geht um die Art und Weise der Kommunikation, um Themen, Wertungen und Werte, die Ihnen allen angeblich doch so wichtig sind, Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Es geht gerade um ethische und kulturelle Aspekte. Gerade diese dürfen nicht losgelöst von den wirtschaftlichen und technischen Aspekten diskutiert und entwickelt werden. Darum würde der gesamte Medienbereich vollständig ins Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gehören. Ein echtes Kulturministerium wäre das dann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kreativen sind der Kern der Kulturwirtschaft. Dieser Sektor muss gepflegt und wirtschaftlich gefördert werden. Auch das ist eine Aufgabe des Fachministeriums. Kunst-, Buch- und Musikmärkte sind über lange Zeit gewachsen. Sie sind stabil. Der Medienmarkt dagegen ist schnell angelockt, aber auch schnell wieder weg, weil er sehr mobil ist. Da empfiehlt es sich schon unter strukturpolitischen Gesichtspunkten, an die gewachsenen Märkte anzuknüpfen und diese zu fördern. Dies hat 1998 bereits mein Kollege Dr. Dürr gesagt. Er hat Recht gehabt.

(Unruhe)

**Präsident Alois Glück:** Meine Damen und Herren, es geht wirklich nicht, dass ständig so viele Gespräche nebenher geführt werden. Das ist nicht akzeptabel.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Lernen Sie eigentlich überhaupt nicht dazu in all den Jahren? Haben Sie aus den Pleiten, die Sie gerade auf diesem Politikfeld angerichtet haben, nichts gelernt? Sie wollen tatsächlich die Medienpolitik bei Huber belassen und sie mit ihm ins Wirtschaftsministerium auslagern.

(Zuruf von der CSU: Der kann das!)

Vielleicht ist es Ihr Problem, dass Sie dem momentanen Fachminister im Wissenschaftsministerium nichts zutrauen. Der darf noch nicht einmal bei der Wahl seines Amtschefs mitsprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt hören Sie, Herr Minister Huber, Ihre Worte von vor sieben Jahren:

Ist es sinnvoll, eine Zuständigkeit auf mehrere Ressorts zu verteilen oder ist es sinnvoller, die Zuständigkeiten zusammenzufassen?

Bisher war die Staatskanzlei im Wesentlichen für die Medienpolitik und für das Medienrecht, also für die Staatsverträge im Medienbereich zuständig. Das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst – jetzt heißt es Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – war im Wesentlichen zuständig für die Filmförderung. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie war für alle die Medienbereiche zuständig, die wirtschaftliche Aspekte hatten. Da nun aber die kulturellen, die wirtschaftlichen und die politischen Aspekte der Medien- und Filmförderung wie auch der Informations- und Kommunikationstechnologie nicht voneinander getrennt werden können, ist es sinnvoll, die Zuständigkeiten in einer Behörde zusammenzuführen. Diese Fachbereiche wachsen auch aufgrund der technologischen Entwicklung immer mehr zusammen. Die einzelnen Fachbereiche wie Medien-, Informations- und Kommunikationstechnologien werden vom Nutzer immer mehr als ein Medium gesehen. Deshalb ist es logisch, dass diese Bereiche zusammengeführt werden.

Schließlich stellt sich die Frage, wo diese Bereiche zusammengeführt werden sollen. Da hier sowohl kulturelle, wie auch wirtschaftliche und grundsätzliche Fragen tangiert sind, ist eine Zusammenführung in der Staatskanzlei logisch,

– so sagte Herr Huber –

und so wird es auch in anderen Ländern gemacht.

Die Zuständigkeit für die Aushandlung der Staatsverträge – zum Beispiel, was Rundfunkstaatsverträge betrifft –, ist in allen Ländern in der Staatskanzlei zusammengefasst. Deshalb halte ich

– also Sie, Herr Huber,

unter dem Gesichtspunkt der Schlagkraft, der Effizienz, der Wirksamkeit und damit auch von der Rationalität des Regierungshandelns her die Entscheidung des Ministerpräsidenten für richtig, die Zuständigkeiten im Bereich von Medienrecht und Medienförderung, von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Informations- und Kommunikationsförderung und damit auch von Standortförderung bei der Staatskanzlei zusammenzuführen.

Das war gar nicht so dumm, bis auf den kleinen Haken, dass wir meinten, die Aufgabe würde ins Wissenschaftsministerium gehören. Nach dieser Argumentation, Herr Minister Huber und Herr Ministerpräsident, ist die heute vorgelegte Lösung sinnlos. Sie ist unlogisch, sie ist nicht schlagkräftig, sie ist ineffizient, sie ist unwirksam und sie ist irrational. So Ihre Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die Chance vertan, den Fehler von vor sieben Jahren heute zu korrigieren. Minister Huber, vor sieben Jahren haben Sie ihre Rede zu diesem Thema mit dem Hinweis beendet, dass in Bayern der Chef selbst koche und dass er gut koche. Jetzt hat Ihnen Stoiber die Suppe gründlich versalzen. Auf einmal sind Sie der Koch. Ich frage mich aber, wer ist eigentlich der Chef.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Herrmann.

**Joachim Herrmann (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es lohnt sich nicht, auf alles einzugehen, was hier mehr oder minder geistreich vorgetragen worden ist. Ich möchte aber zunächst einmal im Namen der gesamten CSU-Landtagsfraktion dem scheidenden Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu für seine großartigen Leistungen und seine unermüdlichen Einsätze in den letzten zwölf Jahren ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weise die Kritik am Verhalten von Otto Wiesheu in den letzten Wochen nachdrücklich zurück. Ich will vor allen Dingen darauf hinweisen, dass die Deutsche Bahn nach wie vor ein Unternehmen ist, das zu 100 % im Eigentum des Bundes steht. Es ist nicht irgendein Privatunternehmen, sondern es ist das Unternehmen, das in Form einer Aktiengesellschaft zu 100 % die Bundesinteressen in der Bahnpolitik wahrnimmt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sind das auch bayerische Interessen? Sind das zu 100 % bayerische Interessen?)

So sind wir auch bisher mit der Deutschen Bahn umgegangen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Warum ist dann die Bahn privatisiert worden?)

Wenn man dafür kämpft, dass die Bahn Geld hat, um weitere Strecken in Bayern auszubauen und neu zu bauen, kämpft man nicht um irgendwelche Investitionen in der Privatwirtschaft, sondern es geht da um die Infrastruktur im Freistaat Bayern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber auf unsere Kosten!)

Deshalb ist jede Million und jede Milliarde, die dafür erkämpft wird, gut angelegt. Und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Thema verfehlt!)

Ich halte es schon für schäbig, am heutigen Tage vorzurechnen, dass es da auch Pleiten und Pannen gegeben hätte. Lesen Sie einmal nach, wie zutreffend der DGB-Vorsitzende Schösser seine Zusammenarbeit mit Otto Wiesheu charakterisiert. Heute ist es in der Tagespresse nachzulesen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Glauben Sie denn alles, was der sagt?)

Otto Wiesheu wird ausdrücklich von Fritz Schösser bestätigt. Sehr vieles sei still und hinter verschlossenen Türen geregelt worden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Halten Sie den sonst auch für so gut? – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Von vielen erfolgreichen Rettungsmaßnahmen für in Krisen geratene Unternehmen sei in der Öffentlichkeit überhaupt nie die Rede gewesen. Das hätte man bewusst im Interesse der Unternehmen und der Arbeitnehmer in den Unternehmen so geregelt, damit gar keiner erfahren hat, dass ein Unternehmen in einer Krise war. Still-schweigen habe man darüber bewahrt, und das sei im Interesse der Unternehmen gut gewesen. Fritz Schösser habe das an Otto Wiesheu geschätzt, dass er nicht immer anschließend gleich in die Öffentlichkeit gegangen sei und sich selbst auf die Schulter geklopft habe, sondern dass er damit zufrieden gewesen sei, dass er für die Menschen, für die Arbeitnehmer in den Betrieben etwas erreicht habe. So ist in der Tat gute Wirtschafts- und Standortpolitik in Bayern betrieben worden. Davon können sich manche andere Länder eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das waren noch Zeiten in Bayern!)

Es kommt nicht von ungefähr, dass Bayern in den letzten zwölf Jahren mit einem realen Wirtschaftswachstum von über 23 % insgesamt die Nummer eins unter den deutschen Ländern war und dass wir nach Baden-Württemberg seit Jahren die zweitniedrigste Arbeitslosenrate aller

Länder haben. Bayern ist Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz für die Menschen ersten Ranges – und übrigens, Frau Gote, auch für die Medien. München – Bayern insgesamt – ist ein Medienstandort von internationalem Rang, und dazu hat in der Tat die Bayerische Staatsregierung – übrigens seit dem damaligen Leiter der Staatskanzlei Edmund Stoiber in den Achtzigerjahren – entscheidend beigetragen. Wir sind stolz darauf, dass Tausende von Arbeitsplätzen in der Medienbranche hier im Großraum München in den letzten 20 Jahren entstanden sind.

(Beifall bei der CSU)

Für diesen Erfolg und viele andere steht Dr. Otto Wiesheu. Aber für diese Erfolge zeichnet natürlich auch die gesamte Bayerische Staatsregierung verantwortlich. Ich sage ganz deutlich im Hinblick auf manchen Seitenhieb von Herrn Kollegen Maget, wir wissen, dass für diese Erfolge ganz besonders unser Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber steht. Die Bürger in Bayern wissen Leistung und Erfolg unseres Ministerpräsidenten zu schätzen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, was die Kollegen von der Opposition hier an Phantasieerzählungen zur Kabinettsumbildung geboten haben, ist wirklich hanebüchen. Ich will noch einmal deutlich sagen, wenn Otto Wiesheu nicht aufgrund seiner Entscheidung, in den Vorstand der Bahn zu wechseln, das Kabinett verlassen würde, gäbe es nicht den geringsten Anlass, zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt über eine Kabinettsumbildung in Bayern nachzudenken. Die letzte Landtagswahl ist gerade zwei Jahre her. Mit Verlaub, es gibt in der bayerischen Bevölkerung nicht die geringste Stimmung in der Richtung, dass die Mitglieder dieser Staatsregierung schlecht arbeiten würden.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Deshalb war und ist das Thema dieser Kabinettsumbildung – –

(Anhaltende Unruhe)

– Können wir das einmal ein bisschen ruhiger gestalten? Ich habe vorhin auch versucht, Ihnen zuzuhören, auch wenn es mir manchmal schwer gefallen ist.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir hören zu, darum lachen wir doch!)

Es geht heute ausschließlich darum, die Nachfolge von Otto Wiesheu zu regeln. Ich will an dieser Stelle für die CSU-Fraktion sagen, Erwin Huber steht für eine hervorragende Kompetenz in der Wirtschaftspolitik. Er hat nicht zuletzt mit den Themen der „Offensive Zukunft Bayern“, der Hightech-Offensive, der Medienbranche und mit vielen anderen Themen in den letzten Jahren bewiesen, wie stark seine Kompetenz gerade in diesem Bereich ist.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und in Philosophie!)

Ich möchte Erwin Huber am heutigen Tag an dieser Stelle auch herzlich danken für das, was er als Leiter der Staats-

kanzlei in den letzten sieben Jahren an sehr guter Zusammenarbeit mit diesem Landesparlament bewerkstelligt hat. Vielen herzlichen Dank, Erwin Huber.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu dem, was Sie, Frau Kollegin Gote, zur Umressortierung gesagt haben. Ich weiß nicht, ob Sie das richtig wahrgenommen oder gelesen haben, was der Ministerpräsident gesagt hat. Es geht darum, dass einzig und allein die Ansiedlungspolitik und das Standortmarketing für die Medienwirtschaft bei den übrigen Fragen des Standortmarketings im Wirtschaftsministerium angesiedelt werden. Wie man aus dieser kleinen Veränderung ein solches Spektakel machen kann, wie Sie es gerade geboten haben, ist mir völlig schleierhaft.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir nehmen Herrn Huber ernst im Unterschied zu Ihnen!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, lassen Sie mich ein paar Sätze sagen zu dem, was Sie an allgemein politischen Darstellungen gebracht haben, die mit dem Thema relativ wenig zu tun haben. Ich habe in den letzten Tagen mit einer gewissen Belustigung zur Kenntnis genommen, wie sich Ihre Träume von einer Machtübernahme von Rot-Grün in künftigen Jahren entwickelt haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Besser als Ihre Albträume!)

– Herr Dr. Dürr, wissen Sie, was eine Fata Morgana ist? – Eine Fata Morgana ist eine Sinnestäuschung, die durch Luftspiegelung entsteht, und dazu braucht man viel heiße Luft über der Wüste. Ich habe das Gefühl, Ihnen fällt es nicht schwer, diese heiße Luft zu produzieren.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Und Sie produzieren die Wüsten!)

Anschließend wännen Sie sich in dieser Sinnestäuschung. Ich kann Ihnen prophezeien, je näher die Wahl 2008 rücken wird, umso weiter wird wie eine Fata Morgana für Sie das Thema der Machtübernahme für Rot-Grün in Bayern in die Ferne rücken. Das werden Sie erleben.

(Beifall bei der CSU)

Die politischen Realitäten in Deutschland sehen nun einmal anders aus. Die SPD hat in Bayern am 18. September mit 25,5 % das schlechteste Bundestagswahlergebnis seit 50 Jahren erzielt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und die CSU?)

Ich weiß nicht, wie man da Morgenluft schnuppern will. Nicht von ungefähr sind die GRÜNEN jetzt überall in Deutschland aus der Regierungsverantwortung abgewählt worden. Das war ein gutes Jahr – im Februar in Schleswig-Holstein, am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen und am 18. September im Bund: Rot-Grün ist abgewählt worden. Die GRÜNEN sind an keiner Regierung in

Deutschland mehr beteiligt, und das ist gut für Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Das hat gute Gründe. Die Menschen haben gespürt, sieben Jahre Rot-Grün haben ihnen mehr Arbeitslose beschert, haben mehr Menschen in Deutschland arm gemacht. Die Regierung Schröder/Fischer war am Ende ihres Lateins. Sie hat eine verheerende Schlussbilanz für Deutschland hinterlassen. Allein die Nettokreditaufnahmen des Bundes betragen in den letzten sieben Jahren zusammen zusätzliche 218 Milliarden Euro. Nur in den sieben Jahren rot-grüner Regierung sind 218 Milliarden Euro neue Schulden auf Bundesebene angehäuft worden. Das nenne ich in der Tat rücksichtslos gegenüber den nachfolgenden Generationen. Da ist nichts mit Nachhaltigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Der „Spiegel“ hat in der letzten Woche für mich ganz interessant über die Eindrücke des „SZ“-Reporters Schwennicke in Berlin berichtet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Reden wir jetzt über das Berliner Kabinett?)

– Herr Kollege Dr. Dürr, das hängt mit dem, was wir an neuer Politik für unser Land brauchen, schon zusammen.

Der „SZ“-Redakteur Schwennicke wird zitiert mit dem Satz, dass ihm am Ende von sieben Jahren Bundeskanzler Schröder der schöne Begriff „Sekundenpolitik“ einfiele. Schröder hat in den sieben Jahren seiner Kanzlerschaft die Politik des Augenblicks betrieben, als Sprint, nicht als Langstreckenlauf.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber er war länger in Berlin als Stoiber!)

Kaum hat er etwas begonnen, war es schon wieder zu Ende. Politik wurde auf den Moment reduziert. Sie hat flüchtige Wirklichkeiten hergestellt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Alois Glück:** Herr Kollege Dr. Dürr, Zwischenrufe sind gut, aber Dauerreden sind zu viel.

(Beifall bei der CSU)

**Joachim Herrmann (CSU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Ihr Medienkanzler ist gescheitert. Wir haben in Bayern in der Tat ein anderes Politikverständnis.

(Lachen und Zurufe bei der SPD und bei den GRÜNEN – Franz Maget (SPD): Der geht hier jetzt erst los!)

– Herr Kollege Maget, ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie ständig Ministerpräsident Stoiber mit Herrn Schröder vergleichen wollen. Wir jedenfalls haben keine

derartigen Absichten. Wir in Bayern, Herr Kollege Maget, haben ein anderes Politikverständnis.

(Unruhe bei den GRÜNEN und bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen nachhaltige Politik gestalten, die nicht nur dem Augenblick, sondern auch den nachfolgenden Generationen Rechnung trägt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Dann tut das doch endlich!)

Das gilt für die Umweltpolitik genauso wie für die Staatsfinanzen. Ich sage Ihnen deshalb ganz klar, Herr Kollege Maget: Diese CSU-Fraktion sieht nicht den geringsten Anlass für einen grundlegenden Kurswechsel, wie Sie ihn vorhin gefordert haben. Im Gegenteil. Unsere Politik mit dieser Staatsregierung und mit diesem Ministerpräsidenten ist erfolgreich.

(Unruhe bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Beifall hält sich in Grenzen!)

Wir halten daran fest, dass wir im Interesse nachfolgender Generationen keine Schulden mehr machen wollen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das machen Sie sehr erfolgreich!)

Die rot-grünen Konzepte sind gescheitert. Das spüren die Menschen in unserem Land.

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das gilt erst recht für die Bildungspolitik, die Sie angesprochen haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr als zum zweiten Mal das Pisa-Land Nummer 1 zu werden, kann ein Bundesland im Ranking nicht erreichen. Wir wollen in der Tat manches noch weiter für die Schülerinnen und Schüler in unserem Land verbessern. Wir wollen das aber mit Sicherheit nicht mit den Rezepten der vergangenen Jahre aus den rot-grün regierten Ländern, denn diese Länder liegen alle abgeschlagen auf den letzten Plätzen der Pisa-Studie.

(Beifall bei der CSU)

Pisa-Land Nummer 1 – und die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt: Das ist unsere Politik, um den Kindern in unserem Land gute Zukunftschancen zu bieten. Wir stellen uns jedem Vorschlag, es noch besser zu machen, aber nicht mit den völlig veralteten Rezepten oder mit den Rezepten, die anderswo gescheitert sind.

Meine Damen und Herren, die CSU-Fraktion freut sich auf die Zusammenarbeit mit der Staatsregierung in ihrer neuen Zusammensetzung. Wir werden teamorientiert mit dieser Staatsregierung weiter für eine gute Zukunft Bayerns arbeiten. Wir arbeiten mit Herz und Verstand, menschlich und modern, wirtschaftlich kompetent, christlich und sozial.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Wir stimmen der neuen Zusammensetzung und der Aufgabenverteilung der neuen Staatsregierung zu.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich lasse zunächst über die beantragte Änderung der Geschäftsbereiche abstimmen. Wer der vom Herrn Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit bestätigt der Landtag die vom Ministerpräsidenten geänderte Abgrenzung der Geschäftsbereiche.

Wir kommen nun zur Beschlussfassung zur Berufung von Mitgliedern der Staatsregierung. Zunächst darf ich persönlich, aber auch im Namen des ganzen Hauses, dem ausscheidenden Kollegen Dr. Otto Wiesheu herzlich danken für seine Leistungen für Bayern, für seine gute Zusammenarbeit mit dem Parlament.

(Zurufe von der SPD: Ach, ach!)

Er hat keine Partei – und keine Fraktionsgrenzen gekannt, wenn es um das Anliegen der Arbeitsplätze ging. Dafür herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Ich danke Herrn Staatsminister Huber für die Zusammenarbeit mit dem Parlament in seiner bisherigen Funktion als Leiter der Staatskanzlei. Insbesondere im Ältestenrat, aber auch bei anderen Gelegenheiten war es immer ein konstruktives Bemühen. Herzlichen Dank, Herr Staatsminister Huber.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat den bisherigen Staatsminister als Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform, Herrn Erwin Huber, zum neuen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, und den bisherigen Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, Herrn Eberhard Sinner, zum neuen Staatsminister als Leiter der Staatskanzlei berufen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was ist mit der Verwaltungsreform?)

Die Zuweisung eines neuen Geschäftsbereichs bedarf nicht der Zustimmung des Landtags. Ich wünsche Ihnen, Herr Staatsminister Huber, und Ihnen, Herr Staatsminister Sinner, in Ihren neuen Aufgaben alles Gute, weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem Hohen Haus und viel Erfolg für die Menschen in Bayern.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall bei der CSU)

Außerdem hat der Herr Ministerpräsident die bisherige Staatssekretärin im Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Frau Emilia Müller, zur neuen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, und Herrn Dr. Otmar Bernhard zum neuen Staatssekretär im Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz berufen.

Die Berufung zur Staatsministerin bzw. zum Staatssekretär bedarf gemäß Artikel 45 der Bayerischen Verfassung der Zustimmung des Landtags. Besteht damit Einverständnis, dass über beide Berufungen gemeinsam abgestimmt wird? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann lasse ich so abstimmen. Wer der Berufung von Frau Emilia Müller zur Staatsministerin und von Herrn Dr. Otmar Bernhard zum Staatssekretär zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. – Stimmenthaltungen? – Bei einer gewissen Zahl von Nichtbeteiligungen ist das damit so beschlossen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Damit hat der Landtag gemäß Artikel 45 der Verfassung seine Zustimmung zur Berufung der beiden Kabinettsmitglieder erteilt.

Die Bayerische Verfassung schreibt in Artikel 56 vor, dass sämtliche Mitglieder der Staatsregierung vor ihrem Amtsantritt vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung zu leisten haben. Staatsminister Huber und Staatsminister Sinner haben bereits zu Beginn der Wahlperiode als Minister den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid geleistet. Ich darf deshalb nun die neue Staatsministerin, Frau Emilia Müller, und den neuen Staatssekretär, Dr. Otmar Bernhard, zur Abnahme des Eides zu mir bitten.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich spreche den zu vereidigenden Kabinettsmitgliedern jetzt die Eidesformel vor. Ich bitte Sie, jeweils einzeln nachzusprechen: „Ich schwöre es“, und, soweit Sie wollen, den Zusatz „so wahr mir Gott helfe“.

Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Emilia Müller** (Europaangelegenheiten): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Alois Glück:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard** (Umweltministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Alois Glück:** Ich stelle fest, dass Frau Staatsministerin Müller und Herr Staatssekretär Dr. Bernhard den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid ordnungs-

gemäß geleistet haben. Frau Staatsministerin, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses. Ich wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen.

Herr Staatssekretär, alles Gute, auf weitere gute Zusammenarbeit, Gottes Segen.

**Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard** (Umweltministerium): Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

(Unterbrechung von 16.31 bis 16.42 Uhr)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Kolleginnen und Kollegen! Ich würde die Sitzung gerne wieder aufnehmen. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über das bevölkerungsbezogene Krebsregister Bayern und des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (Drs. 15/4288) – Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. – Bitte, Herr Kollege Dr. Zimmermann.

**Dr. Thomas Zimmermann** (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit der Änderung des Krebsregistergesetzes. Ich erinnere mich noch gut daran, dass es vor fünf Jahren aufgrund eines interfraktionellen Vorgehens zur Verabschiedung eines Krebsregistergesetzes gekommen ist, wobei sich, wie ich meine, nach fünf Jahren bestätigt hat, dass sich die damaligen Überlegungen und auch die finanziellen Mittel, die zur Einführung des Registers zusätzlich notwendig waren, um etwas Vernünftiges daraus zu machen, bewährt haben.

Warum müssen wir uns nach fünf Jahren wieder mit dieser Thematik auseinander setzen? Ganz einfach: Das damals verabschiedete Gesetz hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Das wurde ganz bewusst so festgelegt, weil man in diesen fünf Jahren gewisse Erfahrungswerte sammeln, diese überdenken und, wenn notwendig, in dieses neue Gesetz, das uns jetzt im Entwurf vorliegt, einbringen wollte.

Dieses Gesetz hat seine Bedeutung auch dadurch erlangt, Kolleginnen und Kollegen, dass es sehr rasch gelungen ist, die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberfranken, für die das Krebsregistergesetz nicht gültig war, mit aufzunehmen, sodass wir jetzt feststellen können, dass wir eine flächendeckende bevölkerungsbezogene Registrierung von Tumorerkrankungen haben werden.

Das scheint uns deswegen so wichtig, weil damit nicht nur Tumorzinzidenz und Tumormorbidität in der Bevölkerung in Bayern endlich objektiv dargestellt und im Ergebnis von Gesundheitsberichterstattungen die politischen Entscheidungen, die in den einzelnen Bereichen notwendig sind, getroffen werden können.

Der zweite Teil dieses Gesetzentwurfs betrifft das Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetz. Aufgrund von Erfordernissen des Datenschutzes sind gewisse Veränderungen der bisherigen Gesetzgebung notwendig, die sich auch in diesem Gesetzentwurf niederschlagen. Wir werden in den zuständigen Fachausschüssen dieses Thema noch einmal eingehend beraten und die eine oder andere Nuancierung und Präzisierung vornehmen. Ansonsten freue ich mich, dass sich dieses Gesetz in fünf Jahren so bewährt hat, dass wir nach der heutigen Ersten Lesung hier im Parlament bald zu einer endgültigen Beschlussfassung kommen werden.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Zimmermann. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sonnenholzner. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kathrin Sonnenholzner** (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Dr. Zimmermann hat schon gesagt, dass wir uns mit diesem Gesetz befassen, weil es befristet ist und weil wir jetzt ein unbefristetes Gesetz verabschieden wollen. Verschwiegen hat Kollege Dr. Zimmermann allerdings, dass dieses Gesetz, das mit großer Zustimmung verabschiedet worden ist, auf zahlreiche Initiativen der SPD-Fraktion zurückzuführen ist.

Diese neue Befassung ist ein guter Zeitpunkt, nicht nur die nötigen Anpassungen vorzunehmen, sondern sich auch zu überlegen, wie es mit der Evaluierung dessen aussieht, was in den letzten fünf Jahren passiert ist. Dazu haben wir von der Staatsregierung bisher leider nichts gehört. In diesem Zusammenhang gibt es natürlich eine ganze Menge Fragen.

Eine Frage ist, wie die Ergebnisse aussehen. Es reicht ja nicht, das Register einzurichten, sondern es muss zum Beispiel auch über die begleitende Forschung, über die Häufung von karzinogenen Erkrankungen in der Oberpfalz und in Oberfranken, über das, was dort inzwischen bekannt ist, und auch über die nötigen Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, berichtet werden.

Uns fehlen bislang auch valide Angaben über die erreichten Meldezahlen, also zur Effizienz dieses Gesetzes. Damit im Zusammenhang ergibt sich die Frage, ob das Melderecht, das dieses Gesetz vorsieht, genügt oder ob man nicht tatsächlich auch in Bayern so wie in anderen Bundesländern zu einer Meldepflicht kommen muss.

Bei einem großen Teil der Änderungen, die vorgenommen werden, handelt es sich um Anpassungen, die zum Beispiel durch Zuständigkeitsänderungen in den Ministerien, durch Umbenennungen von Fachausdrücken, zum Beispiel durch die Umbenennung des Leichenschauisches in Todesbescheinigung, bedingt sind. An dieser Stelle sei

auch der zarte Hinweis erlaubt, dass man auch in diesem Bereich eine Verwaltungsvereinfachung erreichen könnte, wenn man nicht unaufhörlich umressortieren oder solche Begrifflichkeiten ändern würde, die einen ganzen Rattenschwanz von Maßnahmen in der Gesetzgebung nach sich ziehen.

Andere Änderungen sind für uns a priori nicht nachvollziehbar oder unter Umständen sogar problematisch. Das Erste ist, dass noch im Jahr 2000 in der Begründung zu dem Gesetz explizit als positives Kriterium erwähnt wurde, dass es die Direktmeldung vom Arzt zur Vertrauensstelle gibt. Sie soll jetzt zugunsten der Meldung des Arztes an die Klinikregister abgeschafft werden. Wir brauchen Aufklärung, welche Überlegungen sich dahinter verbergen.

Auch die datenschutzrechtlichen Änderungen in Artikel 10 sind ohne nähere Befassung nicht so einfach zustimmungsfähig. Deswegen müssten wir im Ausschuss auch darüber reden. Bisher war festgelegt, dass nur die Vertrauensstellen die entsprechenden Computerprogramme oder die Chiffriercodes verwenden dürfen. Jetzt wird das sinnvollerweise auf die zentrale Stelle für das Mammografiescreening ausgedehnt. Die Frage ist allerdings, warum man diese Stelle im Gesetz nicht auflistet, statt einfach auch die Vertrauensstelle zu streichen und somit nicht mehr genau zu definieren, wer Zugriff haben darf.

Eine weitere Frage ist, welche Werbemaßnahmen – wie angekündigt – im Jahre 2000 ergriffen worden sind, nachdem dies ein freiwilliges Melderegister war, um die Akzeptanz und den Gebrauch zu steigern. Dies hätte ursprünglich vom Sozialministerium – jetzt Gesundheitsministerium – in Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung durchgeführt werden sollen.

Was wir mit Freude gesehen haben, ist, dass die 0,2 Millionen Euro im Nachtragshaushalt dafür vorgesehen sind. Wir sehen großzügig darüber hinweg, dass die Zusicherung der Staatsregierung eigentlich nicht genügt, weil das Parlament darüber abstimmen muss. Aber wenn es der Sache dient, freut es uns, dass das Geld dafür zur Verfügung gestellt wird. Wir kündigen aber bereits jetzt an, dass wir bei den Beratungen des Nachtragshaushalts auch noch andere finanzielle Forderungen für Dinge stellen werden, die wir ebenfalls für notwendig halten.

Die ausführliche Diskussion – auch das hat Herr Kollege Zimmermann gesagt – werden wir übermorgen im zuständigen Sozialausschuss führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir begrüßen es, dass dieses Gesetz jetzt unbefristet gelten soll, nachdem es vorher auf fünf Jahre befristet war. Darüber hinaus war es unzureichend, weil es nicht ganz Bayern abgedeckt hat. Es haben einige Bezirke gefehlt. Jetzt sind alle Bezirke aufgenommen. Wir erhoffen uns damit einen einigermaßen vollständigen

Überblick über ganz Bayern. Wenn die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass einige Bezirke nur ganz unvollständige Meldedaten gesammelt haben, kann das zum einen an der mangelnden Aufklärung und Werbung liegen, zum anderen aber auch daran, dass die Ärzte damit komplett überfordert waren und nicht die Zeit dafür hatten, diesen Verwaltungsaufwand, der dazu notwendig ist, zu leisten, weil ihnen nur ein begrenztes Zeitbudget zur Verfügung steht.

Wir sind gespannt darauf, welche Gebiete besonders hervorstechen werden, wenn das Krebsregister eines Tages vollständig vorliegt, und wir interessieren uns auch ganz besonders dafür, in welchen Gebieten Umweltgifte eine besondere Rolle spielen und welche Auswirkungen es im Umkreis von AKWs gibt. Das ist im Augenblick auch ziemlich schwierig zu erkennen, weil die Meldungen der Ärzte zum Teil noch unvollständig sind bzw. in eine falsche Richtung gelenkt werden. Wenn die Evaluation da sein wird, werden wir auf jeden Fall darauf pochen, deren Ergebnisse in gesundheitspolitische und umweltpolitische Entscheidungen umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Die Aussprache ist damit geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Kirchensteuergesetzes  
(Drs. 15/3311)  
– Zweite Lesung –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Abg. Peter Weinhofer u. a. CSU  
(Drs. 15/4057)**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Im Ältestenrat wurden zehn Minuten Redezeit pro Fraktion vereinbart. Ich erteile Herrn Kollegen Weidenbusch das Wort.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Folge des Untersuchungsausschusses „Deutscher Orden“ hat sich Handlungsbedarf im Hinblick auf die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Kirchen und religions- und weltanschauliche Gemeinschaften ergeben. Das Problem besteht im Wesentlichen darin, dass ein staatliches Eingreifen im Wege der Aufsicht aus verfassungsrechtlichen Gründen ausgeschlossen ist, sodass Handlungsmöglichkeiten des Staates ausschließlich im Entzug der Körperschaftsrechte bestehen.

Die Lösung, die der Gesetzentwurf wählt, besteht darin, dass Regelungen über Verleihung und Verlust von Körperschaftsrechten im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten aufgenommen werden und Entspre-

chendes für Orden und ähnliche kirchliche Vereinigungen gelten soll.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die rechtswidrige Verleihung von Körperschaftsrechten auch mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen werden kann. Dies kann erhebliche Rückabwicklungsschwierigkeiten nach sich ziehen, soweit Dritte im Vertrauen auf die Wirksamkeit des Verleihungsaktes bereits geschäftliche Beziehungen mit der Körperschaft aufgenommen haben.

Der Änderungsantrag der CSU-Fraktion sieht daher vor, dass eine Rücknahme mit Rückwirkung nur dann in Betracht kommt, wenn eine Gemeinschaft den Körperschaftsstatus durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung erwirkt hat. Das heißt, der Änderungsantrag der CSU-Fraktion schränkt insoweit die Widerrufsmöglichkeiten mit Rückwirkung ein.

Dies wird tatsächlich erreicht durch eine Verweisung auf die entsprechende Regelung im Bayerischen Verwaltungs- und Verfahrensgesetz Artikel 48 Absatz 2 Nummer 2. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Kollege Weidenbusch, und auch vielen Dank für diesen Beifall. Ich finde das ganz gut. Jeder hat verdient, dass er ein bisschen Beifall bekommt, wenn er auf seinen Platz zurückkehrt.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Nun hat Herr Kollege Dr. Kaiser das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Heinz Kaiser (SPD):** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie Kollege Weidenbusch schon ausgeführt hat, geht es bei diesem Gesetzentwurf nicht um eine Änderung der Kirchensteuer, wie man es vielleicht aufgrund des Titels annehmen könnte, sondern es geht um die Verleihung von Körperschaftsrechten für Religionsgemeinschaften und Orden. Es geht um das Verfahren bei der Verleihung von Körperschaftsrechten bzw. um die Aberkennung der Körperschaftsrechte und es geht vor allem um die Anerkennung und Aberkennung der Körperschaftsrechte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Betätigung von Religionsgemeinschaften und Orden.

In der Tat – dies hat auch Kollege Weidenbusch schon gesagt – ist dieser Gesetzentwurf das Ergebnis des Untersuchungsausschusses „Deutscher Orden“, der von der SPD-Fraktion und den GRÜNEN im Bayerischen Landtag eingesetzt wurde.

Anlass für diesen Untersuchungsausschuss und infolge auch jetzt für diesen Gesetzentwurf war die Zahlungsunfähigkeit eines päpstlichen Ordens, des Deutschen Ordens im Dezember 2000, also vor nunmehr fünf Jahren. Diese Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Ordens hatte gravierende Auswirkungen auf die rund 5000 Mitarbeiter des Ordens, auf die Banken, die Darlehen gegeben hatten und natürlich auch auf die Geschäftspartner, die mit den

Einrichtungen des Deutschen Ordens Vertragsvereinbarungen getroffen hatten.

Das Problem war damals, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts – auch eine kirchliche Körperschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts – insolvenzunfähig waren. Das heißt, es konnte kein geordnetes Konkursverfahren eingeleitet werden, auch bei Zahlungsunfähigkeit nicht, und deshalb haben auch die Sanierungsmaßnahmen für den Deutschen Orden so lange gedauert.

Mit diesem Gesetzentwurf soll jetzt die Möglichkeit geschaffen werden, dass für einen Orden – einen Orden als Körperschaft des öffentlichen Rechts gibt es aufgrund des Konkordats nur in Bayern – auch dann, wenn Zahlungsunfähigkeit eintritt – so steht es nun im Gesetzentwurf – die Aberkennung der Körperschaftsrechte erfolgen kann und dass dann ein ordnungsgemäßes Insolvenzverfahren eingeleitet werden kann, bei dem zum Beispiel auch die Mitarbeiter Konkursausfallgeld oder Insolvenzausfallgeld bekommen können. Das wäre beim Deutschen Orden damals nicht möglich gewesen, wobei es allerdings gelungen ist, eine Sanierung durchzuführen.

Die Begründung dieses Gesetzentwurfs liest sich eigentlich, wenn man sie sorgfältig und genau durchliest, wie die Begründung im Ergebnis des Untersuchungsausschusses aus unserer Sicht. Ich darf zitieren:

Satz 2 stellt im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes klar, dass die Gewähr der Dauer nur bejaht werden kann, wenn die Gemeinschaft auch in der Lage ist, ihren finanziellen Verpflichtungen auf Dauer nachzukommen. Die Verleihung der Körperschaftsrechte setzt daher eine Prognose über die wirtschaftliche Stabilität der Gemeinschaft voraus. Sie wird in der Regel auf der Grundlage eines von Wirtschaftsprüfern erstellten Gutachtens zu treffen sein.

Genau dies, nämlich eine Überprüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf Dauer, ist damals nicht geschehen. Ministerpräsident Dr. Stoiber hat damals Kultusminister Hans Zehetmair gebeten, die Verleihung der Körperschaftsrechte auszusprechen. Aus diesem Grund ist eine genauere Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des sehr schnell gewachsenen Ordens unterblieben. Das war die Ursache dafür, dass dann wenige Jahre später die Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist. Ministerpräsident Dr. Stoiber wollte damals den Orden unbedingt nach Bayern bringen, und das ist der zweite Grund. Die Begründung ist auch hierin enthalten: Der Orden muss, wenn er die Körperschaftsrechte bekommt, in Zukunft seinen Sitz in Bayern haben. Das war damals nicht der Fall, sondern der Sitz des Deutschen Ordens war Frankfurt. Die Verlegung des Sitzes nach Bayern wurde vom Orden von der Verleihung der Körperschaftsrechte abhängig gemacht. Herr Kollege Weidenbusch, auch dies ist in Zukunft ausgeschlossen.

Dritter Aspekt, der danach im Untersuchungsausschuss eine große Rolle gespielt hat:

Die Bestimmung ist als Ermessensvorschrift ausgestaltet, die auch die Erteilung von Auflagen erlaubt. Insbesondere soll das Gesetz ermöglichen, Auflagen hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung der betroffenen Orden und kirchlichen Vereinigungen zu erteilen. Die Führung von risikobehafteten Unternehmungen – auch von solchen, die gemeinnützig sind – soll möglichst nicht im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Körperschaft erfolgen.

Beim Deutschen Orden ist die wirtschaftliche Betätigung im Rahmen der Körperschaft vollzogen worden. Damals hatte man sogar bestehende Tochtergesellschaften, die sich wirtschaftlich betätigt haben, aufgelöst und in die Körperschaft aufgenommen. Das war der Grund dafür, dass man geglaubt hat, man könne nicht zahlungsunfähig werden, weil man damit die Insolvenzunfähigkeit erreicht habe. Auch dies wird also in Zukunft ausgeschlossen. Das heißt, bereits bei der Verleihung der Körperschaftsrechte kann die Auflage gemacht werden – und ich appelliere, dass es geschieht, wenn nochmals ein solcher Fall eintreten sollte –, dass eine GmbH oder eine AG gebildet wird, um dann ein ordnungsgemäßes Insolvenzverfahren durchführen und dann vor allem die Wirtschaftsgesetze, etwa das HGB und so weiter, anwenden zu können.

Ich komme zur Quintessenz: Der Gesetzentwurf ist eigentlich ein Eingeständnis dafür, dass damals beim Deutschen Orden eine Fehlhandlung, insbesondere vom Ministerpräsidenten, erfolgt ist. Wir begrüßen es, dass in Zukunft durch diese gesetzlichen Maßnahmen solche Fehlleistungen der Staatsregierung zumindest sehr stark erschwert werden. Das ist ein gutes Ergebnis des Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch eine kurze Anmerkung zur Kritik der GRÜNEN am Beginn des Gesetzentwurfs für Orden und Religionsgemeinschaften: Dieses Gesetz gilt für alle Orden und Religionsgemeinschaften, die bei Inkrafttreten des Reichskonkordates und des Bayerischen Konkordates noch nicht bestanden haben. Hätte man die Regelung weiter rückwirkend einführen wollen, hätte man eine Änderung des Konkordates und Verhandlungen mit dem Vatikan anstreben müssen, aber dazu fehlten Mut und Bereitschaft. Aber immerhin ist die Regelung ein großer Fortschritt zumindest für die Religionsgemeinschaften und Orden, die nach 1924 entstanden sind, und vor allem für diejenigen, die in Bayern die Eigenschaft einer Körperschaft neu erhalten wollen. Insofern ist es aus der Sicht der SPD-Fraktion nur folgerichtig, dass wir den Gesetzentwurf begrüßen und ihm in Zweiter Lesung selbstverständlich zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Stahl (GRÜNE):** Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Mit dem Gesetzentwurf behandeln wir die Nachwehen Stoiberscher Spezlwirtschaft. Ob nun die neuen alten Ministerinnen und Minister gegenüber dem

Ministerpräsidenten auf Abruf soviel Rückgrat haben, wie sie damals vor 2001 hätten haben sollen, werden wir sehen. Der Ministerpräsident hat sich gegen alle Vernunft damals dazu hinreißen lassen, auch gegenüber seinen Ministerinnen und Ministern die Anerkennung des Deutschen Ordens durchzudrücken.

Wir sind der Meinung, dass es im Kirchensteuergesetz Gesetzesänderungen braucht, weil wir in Zukunft auf das Rückgrat der Ministerinnen und Ministern nicht vertrauen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier bedarf es natürlich klarer Bedingungen für die Anerkennung oder die Aberkennung von Körperschaften des öffentlichen Rechtes, etwa für Kirchen- und Religionsgemeinschaften und ähnliche Vereinigungen.

Nach vier Jahren wurde unserem Antrag endlich insofern entsprochen, als man jetzt mit den Überlegungen, die einstimmig beschlossen worden sind, in Form eines Gesetzentwurfs an das Plenum herantritt. Wir sagen jedoch, dass die Anforderungen nach klaren Regelungen in einem Anerkennungs- oder Aberkennungsverfahren nicht ausreichend sind.

Schlimmer noch, und da komme ich auf den Änderungsantrag der CSU-Fraktion in der letzten Sitzung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zu sprechen, in dem übrigens die SPD etwas anders abgestimmt hat, als es hier vom Kollegen vorgetragen wurde: Der Gesetzentwurf wird durch diesen Antrag verwässert, weil Sie hinter das zurückfallen, was nach dem Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetz zur Rücknahme von Verwaltungsakten dient.

Mit dem Argument, Sie wollen Dritte stützen, die sich in vertragliche Beziehungen zum Deutschen Orden beziehungsweise überhaupt zu Orden und ähnlichen Vereinigungen begeben, schwächen Sie die Dritten, weil nämlich diese Dritten auf eine Gemeinnützigkeit des „Geschäftspartners“ vertrauen. Nach diesem Antrag kann die rechtswidrige – also nicht die rechtmäßige – Verleihung von Körperschaftsrechten an Kirchen und Religionsgemeinschaften – Gleiches gilt dann auch für Orden und ähnliche Vereinigungen – nur noch zurückgenommen werden, wenn die Anerkennung der jeweiligen Gemeinschaft durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung erfolgte. Damit fallen Sie tatsächlich hinter das zurück, was Usus ist; denn weitergehende Sicherungen, etwa bei Unzuverlässigkeit des Geschäftspartners beim Verwaltungsakt oder bei grob fahrlässigem Verhalten, fallen bei Ihnen – diese sind in Nummer 2 und 3 enthalten – hinten runter.

(Zurufe von der CSU)

Herr Weidenbusch, so ist Ihr Antrag.

(Zuruf von der CSU: Nein!)

Die Gründe dafür haben wir im Ausschuss ausgiebig diskutiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Bedingungen für die Anerkennung betrifft, bleibt der Entwurf der Staatsregierung vage. Wir haben hier gerade das Problem in Bezug auf die Mitgliederzahl gehabt; 200 sind hier ungeschriebener Weise gefordert, um die Dauer, aber auch die Zuverlässigkeit einer Gemeinschaft zu gewährleisten. Hier hat man sich mit Ermessensentscheidungen um eine klare Regelung gedrückt. Auch den Schutz der Mitarbeiterinnen bei einem möglichen Insolvenzverfahren hat man nicht weiter berücksichtigt.

Der zweite Punkt in diesem Gesetzentwurf hat tatsächlich überhaupt nichts mit den Nachwehen des Deutschen Ordens zu tun. Letztendlich geht es hier nur um terminologische Anpassungen im Kirchensteuergesetz, das ist richtig. Diese Anpassungen betreffen jedoch Regelungen, die wir schon vom Grundsatz her für absolut falsch – milde ausgedrückt: für unglücklich – halten; ich persönlich finde sie auch ungerecht.

Es geht darum, dass Begriffsänderungen im Bereich des Kirchgeldes bei glaubensverschiedenen Ehen vorgenommen werden sollen. Hier ist geregelt, dass auch diejenigen zur Kirchensteuer und insbesondere zum Kirchgeld herangezogen werden, die in glaubensverschiedenen Ehen entweder keiner oder einer anderen Religionsgemeinschaft als der Steuerpflichtige angehören, die vielleicht dem Islam oder anderen Glaubensrichtungen angehören, wie etwa die Zeugen Jehovas. Auf sie darf steuerrechtlich trotzdem zurückgegriffen werden.

Ich finde es schade, dass sich die Evangelische Kirche aus Geldnot dazu verstiegen hat, die Öffnungsklausel anzunehmen und tatsächlich auf dieses besondere Kirchgeld – wie Sie es jetzt nennen wollen, vielleicht klingt es etwas schöner als Kirchgeld in besonderen Glaubensgemeinschaften –

(Ernst Weidenbusch (CSU): In glaubensverschiedener Ehe!)

– In glaubensverschiedener Ehe, danke, Herr Weidenbusch –, auf diese Öffnungsklausel zurückgreift. Wir hätten uns gewünscht, wenn diese Änderung grundsätzlicher Art überhaupt nicht vorgenommen worden wäre. Wir lehnen deshalb auch die terminologischen Änderungen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Zu Wort hat sich Herr Kollege Dr. Kaiser gemeldet. Die Redezeit beträgt noch vier Minuten.

**Dr. Heinz Kaiser (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Frau Kollegin Stahl gemeint hat, im Rechtsausschuss hätten sich die Kollegen der SPD bei der Abstimmung anders verhalten als in den übrigen Ausschüssen. Dem ist nicht so. Ich habe die Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/4307 vorliegen. In allen

Ausschüssen haben die SPD-Abgeordneten dem Gesetzentwurf zugestimmt. Das vielleicht zur Richtigstellung.

Zum CSU-Antrag: Auch ich hatte ehrlicherweise mit dem Antrag meine Probleme. Es geht aber um eine Frage der rückwirkenden Aberkennung. Die Aberkennung kann durchaus erfolgen und damit auch ein Insolvenzverfahren durchgeführt werden – das zum Zweiten.

Zum Dritten: Frau Kollegin Stahl, die Frage der Körperschaftsverleihung bzw. Aberkennung der Körperschaftsrechte hat nichts mit dem Gemeinnützigkeitsrecht zu tun. Das geht nach der Abgabenordnung und ist rein steuerrechtlich. Gemeinnützig können auch ein Verein oder auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sein. Das ist völlig getrennt zu sehen.

Viertens. Zum letzten Punkt, zum eigentlichen politischen Punkt: Sie haben in der Tat nicht ganz zu Unrecht Sorge, dass vielleicht dann, wenn ein solcher Fall wieder eintreten sollte, die Ressortminister – zuständig ist der Kultusminister bzw. die Kultusministerin – vielleicht gegenüber der Staatskanzlei nicht das entsprechende Rückgrat zeigen. In den Gesetzentwurf ist eingebaut, dass die wirtschaftliche Gewähr auf Dauer durch ein Gutachten eines Wirtschaftsprüfers geprüft wird. Bei der Verleihung an den Deutschen Orden war es so, dass zum Zeitpunkt der Verleihung der Körperschaftsrechte am 20. Mai 1998 lediglich die Bilanzen der Jahre 1995 und 1996 vorlagen. Das heißt, man hat im Jahre 1998 damit aufgrund einer zwei Jahre zurückliegenden Bilanz die wirtschaftliche Gewähr auf Dauer erklärt. Das war ein Riesenirrtum und war möglich, weil es keine gesetzlichen Bestimmungen gab und weil der Ministerpräsident seinen politischen Willen durchsetzen wollte.

In Zukunft wird es für die Beamten im Kultusministerium schwieriger werden – wenn ein Gutachten eines Wirtschaftsprüfers vorliegt, müssen entsprechende Unterlagen vorgelegt werden – zu sagen, die wirtschaftliche Gewähr sei nicht mehr gegeben. Wenn der Sachverhalt vom Wirtschaftsprüfer entsprechend festgestellt ist, dann ist der Ermessensspielraum eines Beamten, auch dann wenn er unter politischem Druck steht, nicht mehr sehr groß. Das sind für uns Sicherheitshürden, die in den Gesetzentwurf eingebaut wurden, die dem entsprechen, was wir im Untersuchungsausschuss gefordert haben. Ich war im Untersuchungsausschuss immer wieder dabei. Deswegen stimmen wir dem Gesetzentwurf zu, auch wenn vielleicht der eine oder andere Wunsch übrig bleibt; das ist ganz klar. Der Gesetzentwurf ist aber ein großer Schritt nach vorne, der hoffentlich eine derartige Misere wie beim Deutschen Orden in der Zukunft verhindert.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/3311, der Änderungsantrag auf der Drucksache 15/4057 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts-

und Parlamentsfragen auf der Drucksache 15/4307 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Verfassungs- Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe einer Änderung in § 1 Nummer 1 Buchstabe b). Bei seiner Endberatung hat der Verfassungsausschuss ergänzend vorgeschlagen, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den „1. Januar 2006“ einzufügen. Im Einzelnen verweise ich insoweit auf die Drucksache 15/4307.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der CSU. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der SPD und der CSU. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes“.

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 15/4057 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des  
Lebenspartnerschaftsgesetzes (Drs. 15/3620)  
– Zweite Lesung –**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Die Redezeit beträgt gemäß einer Vereinbarung im Ältestenrat 20 Minuten pro Fraktion. Ich darf als erstem Redner Herrn Kollegen Dr. Bernd Weiß das Wort erteilen.

**Dr. Bernd Weiß** (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der unmittelbare Anlass für die Vorlage des heutigen Gesetzentwurfs wäre an sich schnell erklärt und die Sache damit geregelt. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 18. Februar 2004 entschieden, dass § 1355 Absatz 2 BGB nicht mit den Artikeln 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 des Grundgesetzes vereinbar ist, soweit er ausschließt, dass Ehegatten zum Ehenamen den durch frühere Eheschließung erworbenen Familiennamen bestimmen können, den einer von beiden zum

Zeitpunkt der Eheschließung führt. – Soweit der komplizierte Leitsatz.

Das heißt nichts anderes, als dass bisher der Geburtsname der Ehepartner oder eine Kombination aus beiden Ehenamen zum gemeinsamen Ehenamen gewählt werden musste. Künftig soll auch ein Name gemeinsamer Ehepartner sein können, den einer der Partner aus einer früheren Ehe mitgebracht und beibehalten hat.

Der Bundesgesetzgeber hat auf dieses Urteil mit Artikel 2 dieses Gesetzes zur Änderung des Ehe- und Lebenspartnerschaftsnamensrechts vom 6. Februar 2005 reagiert. Entsprechende Bezugnahmen im Lebenspartnerschaftsgesetz geben vor allen eingetragenen Lebenspartnerschaften analoge Wahlrechte. Zusätzlicher Regelungsbedarf ergibt sich für die Einbringung von Kindern eines Lebenspartners in die Lebenspartnerschaft.

Ehegatten und Lebenspartner, die vor dem 12. Februar 2005 einen gemeinsamen Namen bestimmt haben, haben die Möglichkeit, bis zum 12. Februar 2006 zu erklären, dass sie statt des ursprünglich gewählten Namens gemeinsam den Namen eines Partners aus früherer Ehe führen und sich damit der neuen Rechtslage anschließen möchten.

Während für die Ehepaare der Standesbeamte als zuständige Behörde feststeht, muss die entsprechende Erklärung für Lebenspartnerschaften gegenüber der nach Landesrecht zuständigen Behörde abgegeben werden. Hier findet sich die Lücke im Bayerischen Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Nachdem die genannten Wahlrechte bei Einführung des genannten Gesetzes noch nicht bestanden, konnte seinerzeit noch keine zuständige Landesbehörde bestimmt werden.

Entsprechend der bisherigen bayerischen Handhabung in Bezug auf die Lebenspartnerschaften wird jetzt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch die Zuständigkeit für die Entgegennahme der genannten Erklärung den Notaren zugewiesen.

Für die Einbringung von Kindern muss zudem eine Meldepflicht der Notare neu eingeführt werden; für die Lebenspartnerschaften ist diese bereits ausreichend gesetzlich geregelt. Nun könnte man sagen: Das muss eben sein, also machen wir es, und gut. Selbst solche marginalen Anpassungen einer Ausführungsvorschrift ist in den Augen der Opposition offenbar dazu geeignet, wieder einmal die Grundsatzfrage aufzuwerfen, ob die bayerische Umsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes über die Notare revidiert werden muss. Es liegt ein Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vor, den kompletten Gesetzentwurf zurückzuziehen und ein völlig neues Ausführungsgesetz zum Lebenspartnerschaftsgesetz vorzulegen, das die Zuständigkeiten für alle im Zusammenhang mit eingetragenen Lebenspartnerschaften stehenden Verwaltungsvorgängen – so der Text – von den Notaren auf die Standesämter verlagert.

Nachdem über die Regelungsnotwendigkeit kaum zu streiten ist, möchte ich einige Anmerkungen zu dieser Frage und zu dem gestellten Antrag machen. Zunächst einmal – das darf mir erlaubt sein – frage ich mich schon,

weshalb die Opposition die Staatsregierung zu einer Gesetzesvorlage auffordert und nicht selbst einen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Sie könnten natürlich sagen, dass Sie sich diese Mühe nicht machen wollen, weil die Landtagsmehrheit den Entwurf ohnehin ablehnen wird.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Dann ist aber dieser Antrag nicht mehr als ein Schaufensterantrag. Sie müssen sich schon vorhalten lassen, dass ein kompletter Neustart des Gesetzgebungsverfahrens nie und nimmer dazu führen wird, dass die bundesgesetzlichen Erklärungsfristen bis zum 12. Februar 2006 überhaupt eingehalten werden können. Wenn Sie Ihren Antrag ernst meinen, hätten Sie Ihren Gesetzentwurf parallel zum Gesetzentwurf der Staatsregierung laufen lassen können und müssten sich jetzt nicht vorhalten lassen, dass es für ein neues Gesetzgebungsverfahren angesichts der Fristen einfach schon viel zu spät ist. Man kann die Erklärungsfristen des Bundesgesetzgebers auch nicht mit der Bemerkung vom Tisch wischen, es seien auch andere Vorgaben, etwa durch das EU-Recht, schon verspätet umgesetzt worden. Wenn die bundesgesetzliche Frist verstrichen ist, ist die nachträgliche Wahlmöglichkeit für die Fälle, die vor dem 12. Februar 2005 liegen, schlicht und einfach vorbei. Am Regelungsbedürfnis für diese Menschen kann man im konkreten Verfahren aber nicht einfach vorbeigehen.

Zur Glaubwürdigkeit in der Debatte hätte für mich schon gehört, dass sich die Opposition selbst um einen Gesetzentwurf bemüht, der geeignet wäre, die bundesgesetzliche Zeitvorgabe einzuhalten; dann könnten Sie die Grundsatzfrage aufwerfen. In diesem Verfahrensstand ist jedenfalls die Grundsatzdebatte theoretisch, abgehoben und luftleer. Das konkrete Gesetzgebungsverfahren, das hier durchgeführt werden muss, ist schon praktisch deswegen nicht mehr als Aufhänger für diese Grundsatzdebatte geeignet. Aber auch das beeindruckt Sie kaum, wie ich eben gemerkt habe.

Noch einige Worte dazu, weshalb Staatsregierung und Mehrheitsfraktion den Antrag ablehnen werden und warum wir bei unserer Auffassung bleiben, dass die bayerische Umsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes auch inhaltlich und vom Verfahren her den richtigen Weg darstellt: Für manchen mag es durchaus ein Vorteil sein, wenn er sich einen Notar seiner Wahl suchen kann, der einer Lebenspartnerschaft möglicherweise offener gegenübersteht als der örtlich zuständige Standesbeamte. Ich will das nicht weiter ausführen. Ich weiß aus meiner beruflichen Praxis, dass es gerade für Lebenspartnerschaften von Vorteil ist, wenn sie auf ein weiteres Beratungsangebot zurückgreifen können. Das kann bei Lebenspartnerschaften gerade in erbrechtlichen Fragen notwendig sein. Oft wird ein dadurch entstehender zusätzlicher Verwaltungsaufwand beklagt. Häufig bedeutet die Meldepflicht bei den Notaren auch nur dort einen Mehraufwand, wo Lebenspartner ansonsten noch am Geburtsort wohnen und bei den Geburtsstandesämtern eine Erklärung abgeben könnten. In allen anderen Fällen bestehen auch Meldepflichten zwischen den verschiedenen Standesämtern.

Der springende Punkt ist, dass wir in der Lebenspartnerschaft – das geben wir auch zu – nach wie vor etwas anderes sehen als in einer Ehe und das auch formal zum Ausdruck gebracht wissen möchten. Das hat beileibe nichts mit Diskriminierung zu tun, sondern ist eine Andersbehandlung unterschiedlicher Dinge. Eine Andersbehandlung unterschiedlicher Dinge ist nicht sofort eine Schlechterbehandlung.

Ich bin der Meinung – das mag Sie überraschen –, dass ein rechtlicher Rahmen für das Zusammenleben von gleichgeschlechtlichen Partnern im Lebenspartnerschaftsgesetz vorhanden ist. Mir geht es vor allem um verlässliche und überschaubare Grundlagen für das Zusammenleben der Partner, wenn sie diese Bindung eingehen wollen. Ich weiß aus meiner eigenen beruflichen Praxis, dass heterosexuelle Paare, die nicht heiraten wollen, spätestens dann vor dem Notar stehen und einen komplizierten Partnerschaftsvertrag entwerfen lassen, wenn sie größere Anschaffungen machen, ein Haus zusammen kaufen wollen, gemeinsame Kinder kommen, wenn die Dinge des Lebens geregelt werden müssen. Ich sage den Leuten oft, sie sollten sich überlegen, vielleicht doch zum Standesbeamten zu gehen und die Ehe zu schließen, weil der Staat einfach einen rechtlichen Rahmen für diese Fälle vorsieht, und dann einen Ehevertrag zu schließen, weil man leichter auf das verzichten kann, was man in diesem Rahmen nicht haben will, anstatt mit künstlichen Partnerschaftsverträgen diesen Rahmen aufzuspannen. Zum Pfarrer gehen muss ohnehin keiner mehr, wenn er nicht will. Sie werden lachen: Einmal habe ich mit diesem Ratschlag sogar Erfolg gehabt.

Daher muss der Staat – auch bei gleichgeschlechtlichen Paaren, davon bin ich überzeugt – einen Ordnungsrahmen zur Verfügung stellen. Das geschieht mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz. Wenn aber die Dinge geordnet werden und ein Rahmen zur Verfügung gestellt wird, hat das nichts mit Gleichmacherei zu tun, sondern es gehört für uns zur richtigen Gestaltung in diesem Bereich der Gesellschaftspolitik, dass wir unterschiedliche Dinge auch verfahrensmäßig unterschiedlich behandeln. Wir sehen die Unterschiede und machen sie in den verfahrensrechtlichen Regelungen auch deutlich. Daher bleiben wir bei unserer verfahrensmäßigen Linie der Zuweisung an die Notare. Das ist zwar eine Andersbehandlung, aber – so viel kann ich Ihnen aus der Praxis sagen – beileibe keine Schlechterbehandlung.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp. Bitte, Frau Kollegin.

**Adelheid Rupp (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Weiß hat wieder einmal, wie es die CSU so oft tut, dargelegt, welche Vorteile die Notariatslösung hat. Diese Ausführungen überraschen mich immer wieder, weil es logisch wäre, wenn Sie diese Haltung auch auf Ehe und Familie ausdehnen würden, nachdem Sie Ehe und Familie so hochhalten. Dort besteht mindestens genauso viel Beratungsbedarf.

Zur Frage der Andersbehandlung: Ich finde es interessant, dass Sie mit keinem Wort ausgeführt haben, weshalb

gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften anders behandelt werden sollen als Ehen. Sie wollen hier differenzieren. Hier wäre einmal die Diskussion darüber zu führen, weshalb Sie der Meinung sind, dass diese Fälle anders behandelt werden müssen. Sie selbst haben gesagt, dass das eben keine Gleichbehandlung, sondern eine Andersbehandlung ist. Wir betrachten den bayerischen Sonderweg als Diskriminierung.

Das Bundesverfassungsgericht musste entscheiden; deswegen ist nur noch Zeit bis zum 12. Februar. Sie wissen genauso gut wie ich, weshalb das Bundesverfassungsgericht entscheiden musste. Das haben Sie mit verursacht. Es ist wieder typisch, dass Sie eben nicht in der Lage sind, veränderte Lebensverhältnisse und Veränderungen in der Gesellschaft anzuerkennen. Nein, da wird zum Bundesverfassungsgericht gerannt. Ich halte es für ein großes Manko, wenn nicht die Politik entscheidet, sondern wenn man erst einmal zum Bundesverfassungsgericht gehen muss.

Gegen das, was Kollege Weiß juristisch ausgeführt hat, ist, wie immer, wenig zu sagen. Herr Kollege. Ich hoffe, mein Lob schadet Ihnen nicht. Die politische Grundlage ist allerdings eine völlig falsche. Man muss einmal zurückblicken, wie es mit der so genannten „Homo-Ehe“ war. Anfang der Neunzigerjahre haben immerhin noch zwei Drittel der Bevölkerung die so genannte „Homo-Ehe“ abgelehnt. Heute liegt die Zustimmungsrage bei 60 %. Von den unter Dreißigjährigen sind drei Viertel sind für die Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass bis zum 31. Juli 2001 gleichgeschlechtliche Lebenspartner rechtlich als Fremde galten, selbst wenn sie jahrzehntelang zusammengelebt und füreinander gesorgt hatten. Das war nicht nur eine rechtliche Benachteiligung, sondern auch eine gesellschaftliche Missachtung.

Eingetragene Lebenspartnerschaften – da unterscheiden wir uns ganz deutlich von der CSU, und das hat die CSU auch nicht verstanden – sind alles andere als ein Anschlag auf die Familie, sondern sie sind ein Zuwachs für die Familien. So könnte man das auch begreifen. Dazu sind Sie offensichtlich nicht in der Lage, sondern Sie wollen sich immer noch von mindestens 10 % der Bevölkerung abgrenzen. Ich gehe davon aus, dass Sie auch in den nächsten Jahren noch lernen werden, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse nun einmal geändert haben.

Welcher Nachteil entsteht einer Familie, wenn eine gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft beim Standesamt eingetragen wird? – Auf diese Frage habe ich von der CSU nie eine Antwort bekommen. Warum würde das den Familien schaden? – Dadurch würde sich nichts an der Situation und der Stellung der Familien verändern. Rot-Grün hat das Verhältnis des Staates zu seinen lesbischen Bürgerinnen und seinen schwulen Bürgern auf eine gänzlich neue Grundlage gestellt. Vor gar nicht langer Zeit hat der Staat Schwule und Lesben verfolgt. Das ist Gott sei Dank Geschichte. Das ist dank einer sozialdemokratisch geführten Regierung vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Diskriminierung steht für Lesben und Schwule in diesem Land aber nach wie vor auf der Tagesordnung, ob am Arbeitsplatz oder in der Freizeit. Davor können Sie die Augen nicht verschließen. Ich halte es für äußerst schädlich, dass Bayern einen Sonderweg geht und nicht bereit ist, hinzusehen und festzustellen, dass sich die Gesellschaft verändert hat. Die CSU akzeptiert diese Veränderung nicht, sondern blickt rückwärts gewandt auf die Fünfzigerjahre und denkt, wie schön es doch war, als die Ehe heilig war und die Frauen von vielen Dingen freigehalten wurden. Das ist immer noch Ihr Gesellschaftsbild.

Ich möchte jetzt auf die Punkte eingehen, die noch ausstehen und mit denen wir uns in nächster Zeit befassen müssen. Am nächsten Donnerstag werden wir uns mit einem Antrag beschäftigen, bei dem es um eine zügige Umsetzung der EU-Richtlinie zum Antidiskriminierungsgesetz geht. Dieser Antrag ist mit dem Worten „Wirtschaftsfreundliche Umsetzung der EU-Richtlinie“ überschrieben. Das ist ein Beispiel dafür, warum die CSU das „S“ in ihrem Namen streichen kann. Bei dieser Richtlinie geht es um Alte, Behinderte, um die Frage der sexuellen Orientierung sowie um Geschlechterfragen. Einen solchen Antrag überschreiben Sie mit den Worten „wirtschaftsfreundliche Umsetzung“. Ich habe nichts gegen eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung. In erster Linie müsste es bei einem solchen Antrag aber um die menschenfreundliche Umsetzung gehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Frage, wie wir damit umgehen, wird uns sicher noch lange begleiten. Erwähnt werden muss, dass mit der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft viele Pflichten eingeführt wurden, nach wie vor aber viele Rechte und eine Gleichstellung immer noch nicht verwirklicht sind. Das betrifft zum Beispiel die Erbschaftsteuer, die Einkommensteuer, die Grunderwerbssteuer, die Regelungen zum öffentlichen Dienstrecht, zum Beispiel die Beamtensoldung und die Beihilfe, eine Reihe von Ausbildungsverordnungen, das BAföG, das Bundessozialhilfegesetz und das Wohngeld. Diese Aufgaben stehen an. Sie sind wichtige Schritte, um Gleichbehandlung und Gleichberechtigung herzustellen.

Wir haben keinen Gesetzentwurf eingebracht, weil wir die Ergebnisse des Koalitionsvertrages abwarten wollten. Der Koalitionsvertrag ist in dieser Frage äußerst vage gehalten worden. Das bedeutet für uns, dass wir überlegen müssen, in welchen Punkten Handlungsbedarf besteht. Eines ist sicher: Den Weg, den Sie in Bayern beschreiten und der die Grundlage für die heutige Gesetzesänderung ist, werden wir nie beschreiten. Diesen Weg werden wir nie für gut heißen. Wir halten ihn nach wie vor für diskriminierend und sind der Meinung, dass der bayerische Sonderweg weg muss.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl.

**Christine Stahl (GRÜNE):** Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Ich bin dem Herrn Kollegen Dr. Weiß sehr dankbar, dass er noch einmal auf das Verfassungsge-

richtsurteil hingewiesen hat. Er musste dabei zugeben, dass sich ohne dieses Urteil bei der CSU überhaupt nichts bewegt hätte und die CSU zwangsläufig in die Gänge gekommen ist. Im Übrigen ist es Ihr Problem, wenn Sie die Hälfte Ihrer Redezeit dazu verwenden, das Protokoll über die Sitzung des Rechtsausschusses wiederzugeben. Ich hätte es schön gefunden, wenn Sie uns auch unsere Erwiderung auf Ihre Argumente mitgeteilt hätten. So verweise ich insgesamt auf das Protokoll; denn zu den Äußerungen – die meines Erachtens an Banalität nicht zu überbieten sind – gibt es nichts weiter zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An den gesellschaftlichen Realitäten kommen Sie nicht vorbei, nicht zuletzt wegen des Verfassungsgerichtsurteils. Trotzdem versuchen Sie ganz bewusst und gewollt – was von vielen Kollegen bestätigt wird –, mit einer Politik der Nadelstiche gleichgeschlechtlichen Paaren das Leben schwer zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Justizministerin, Ihr Interview in der Zeitschrift des Schwulen- und Lesbenverbandes wird zur Farce, wenn Sie darin behaupten, die CSU sei offen für Homosexuelle, deren Wünsche und Bedürfnisse. Das glaubt Ihnen – spätestens nach diesem Gesetzentwurf – niemand mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum haben Sie diesen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem Sie die eingetragenen Paare wieder auf einen Sonderweg schicken? – Herr Kollege Dr. Weiß hat dazu nicht sehr viel gesagt. Ich hätte dazu eigentlich eine Wertedebatte oder eine Leitkulturdebatte erwartet. Das wäre ehrlicher gewesen. Dann hätten wir uns an Ihren Ausführungen reiben können.

Es ist davon auszugehen, dass in Deutschland ein bis zwei Millionen lesbische und schwule Eltern mit Kindern leben. Darin sind nicht diejenigen homosexuellen Eltern teile enthalten, die in einer zweigeschlechtlichen Gemeinschaft leben und sich noch nicht geoutet haben, die also um der Kinder willen ein Arrangement getroffen haben. Zählt man diese Gruppe hinzu, kann man davon ausgehen, dass circa zwei bis drei Millionen Kinder in solchen Konstellationen leben. Ich denke, hier geht es auch um die Gleichbehandlung von Kindern, nicht nur um die Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese 5 bis 10 % der bayerischen Kinder – das ist wegen der Dunkelziffer etwas schwer abzuschätzen – haben sich mit ihren homosexuellen Eltern abgefunden, mit der Mutter oder dem Vater. Das ist die Lebensrealität.

Ich frage mich, warum bei der Gründung neuer Lebenspartnerschaften, nachdem die erste Ehe aus nachvollziehbaren Gründen gescheitert ist und die Kinder aus dieser Ehe die neue Partnerin oder den neuen Partner akzeptieren, die Namensänderung nicht direkt beim Standesamt

beantragt werden darf. Das erschließt sich mir – auch nach Ihren Wortbeiträgen – nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen müssen – das ist Ihre kleine Strafe – den teureren Weg zu den Notaren gehen, die wiederum, was wir schon bei der Ersten Lesung festgestellt haben, die Namensänderung oder die Personenstandsänderung beim Standesamt melden müssen. Wo hier der Sinn liegen soll, müssen Sie mir noch einmal erklären.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das sind Schikanen!)

Hier geht es nur um ideologische Festschreibungen. In solchen Fällen haben Sie plötzlich überhaupt kein Problem mit der Bürokratie. Hier wird sie forciert.

Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob Sie die gleichgeschlechtlichen Paare und die Kinder diskriminieren, weil Sie meinen, der katholischen Kirche in ihrer Diskriminierungspolitik folgen zu müssen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass Ausführungen der letzten Zeit hinter das zurückfallen, was im neuen Katechismus zu diesem Thema steht.

Statt aufeinander zuzugehen und vielleicht mit dem neuen Papst einen neuen Weg zu finden, wird darauf gesetzt, was aus Sicht der katholischen Kirche feststeht, nämlich, dass Homosexualität bzw. homosexuelles Verhalten Sünde sei. Die Katholische Kirche setzt dazu noch ein paar verbale Entgleisungen drauf. Das finde ich bedauerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen diesen fundamentalistischen Haltungen nicht folgen. Ich setze auf die neue Bundesregierung, die neben ihrem Koalitionsvertrag hoffentlich auch in dieser Frage zu einer Einsicht kommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Herren und Damen, in Polen haben wir zum wiederholten Male erleben müssen, dass ein Toleranzmarsch verboten wurde. Das war erst am vergangenen Wochenende. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: In Polen wurde es verboten, für Toleranz und Verständnis zu werben. Damit ist auch der Bitte von Homosexuellen, in die Mitte der Gesellschaft aufgenommen zu werden, nicht entsprochen worden.

Nürnberg hat sehr intensive Beziehungen zu Polen und zu polnischen Schwulen- und Lesbenverbänden, da Krakau unsere Partnerstadt ist. In den Gesprächen mit diesen Verbänden sind wir immer wieder entsetzt darüber, was in Polen immer noch möglich ist, wenn es um die Lebenssituation der Betroffenen geht.

Ich glaube auch, dass es unter der rechtsnationalen bis hin zur rechtsradikalen Ausrichtung, die Polen bei der letzten Wahl genommen hat, für diese Betroffenen schlimmer werden wird. Es ist sogar zu befürchten, dass nicht einmal mehr die gewalttätigen Übergriffe in irgendeiner Form sanktioniert werden.

Jetzt frage ich Sie schon, ob es im Rahmen unserer Mitverantwortung in Europa – und Bayern will sich auch in Europa sehr stark engagieren – nicht unsere Aufgabe ist, uns aktiv für Akzeptanz und Toleranz einzusetzen, das heißt über die europäische Ebene auch auf Polen einzuwirken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade wegen der Entwicklungen in konservativen europäischen Ländern halte ich es für absolut wichtig, dass wir in Bayern und in der Bundesrepublik mit der Politik der Nadelstiche aufhören bzw. auf der Bundesebene Verbesserungen fortführen und sowohl unseren europäischen Nachbarn wie auch unseren homosexuellen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zeigen, dass wir sie ernst nehmen und dass wir sie so nehmen, wie sie sind. Wir fordern Sie auf, den Grundsatz des Diskriminierungsverbots, der sowohl im Grundgesetz wie auch in der Bayerischen Verfassung verankert ist, ernst zu nehmen, das heißt niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung benachteiligt oder diskriminiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Obwohl unser Antrag im Rechtsausschuss schon abgelehnt worden ist, fordere ich Sie trotzdem auf: Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück, stehen Sie zu unserer verfassungsrechtlichen Grundposition und helfen Sie lieber hier in Bayern oder tragen Sie in Bayern dazu bei, dass sich das Leben der Betroffenen so gestaltet, dass sie mit anderen Gemeinschaften gleichgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Ums Wort für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Dr. Merk gebeten.

**Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Frau Stahl, Frau Rupp, Sie haben viele Probleme und viele Themen angesprochen. Dafür bräuchte man sicherlich eine Grundsatzdebatte. Heute geht es aber darum, dass ein Bundesgesetz umgesetzt werden soll. Der Bundesgesetzgeber hat mit zwei Gesetzen vom 15. Dezember 2004 und vom 6. Februar 2005 den Lebenspartnern bei der Namenswahl weitere Möglichkeiten eröffnet. Das betrifft alle Partner einer vor dem 12. Februar 2005 geschlossenen Lebenspartnerschaft, denn diese können nun bis zum 12. Februar des kommenden Jahres einen anderen Lebenspartnerschaftsnamen bestimmen. Dabei können sie den Namen wählen, den einen der Lebenspartner im Zeitpunkt der ursprünglichen Namensbestimmung getragen hat, der aber nicht sein Geburtsname war. Zudem werden die Möglichkeiten zur Namenswahl erweitert, wenn in dem gemeinsamen Haushalt das Kind eines Lebenspartners lebt. Diesem Kind kann unter den gleichen Voraussetzungen wie bei Eheleuten der Lebenspartnerschaftsname gegeben werden. Hier ist also eine Gleichbehandlung des Kindes gewährleistet.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf schaffen wir die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Die neuen Erklä-

rungen zur Namenswahl sollen vor den bayerischen Notaren abgegeben werden. Diese sind schon bislang für die Abgabe namensrechtlicher Erklärungen zuständig. Ich weiß, dass mit dieser Lösung nicht alle einverstanden sind. Hierzu hatten wir in diesem Hohen Hause bereits mehrere Diskussionen. Auch heute ist diese Grundsatzfrage wieder aufgeworfen worden. Selbstverständlich kann man darüber diskutieren, wo nun Schwule und Lesben ihre Erklärungen abgeben sollen. Die Grundsatzentscheidung hierzu ist aber auch in diesem Hohen Hause bereits auf Vorschlag der Staatsregierung gefallen. Sie ist so gefallen, dass eine Zuständigkeit der Notare gewählt worden ist.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ziehen wir nun die logische weitere Konsequenz daraus, denn es ist folgerichtig, weitere Erklärungen zur Namenswahl auch vor den bayerischen Notaren abzugeben. Wir haben selbst auch keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die bisherige Lösung nicht bewährt hätte. Ich möchte noch einmal auf drei Argumente eingehen.

Zum einen wird den Interessierten erlaubt, einen Notar auszuwählen, der der Lebenspartnerschaft offen gegenübersteht. Das ist auch wichtig, denn das haben wir im Falle von Standesbeamten nicht immer.

Das Beratungsangebot der Notare – das wird mir immer wieder gesagt –, sei es in vermögensrechtlichen Fragen, bei erbrechtlichen Problemen oder bei Fragestellungen im Zusammenhang mit der Vorsorgevollmacht, wird immer wieder geschätzt.

In Anbetracht dessen werden auch die etwas höheren Gebühren des Notars nicht als Argument gegen die Notariatslösung geltend gemacht. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass auch unsere Standesämter nicht kostendeckend arbeiten. Die jetzige Entscheidung ist die logische Konsequenz, die wir getroffen haben. Die heutige Entscheidung stellt lediglich eine konsequente Anpassung unserer Vorschriften an das Bundesrecht dar, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/3620 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf Drucksache 15/4303 zugrunde. Der endberatende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass § 2 Absatz 1 folgende Fassung erhält: „Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.“

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die

Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das ist die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes.“

Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich darum bitten und darauf aufmerksam machen, dass am 1. Dezember der Welt-Aidstag ist. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat heute mit dazu beigetragen, dass auf seine Einladung unten in der Eingangshalle Aids-Initiativen vertreten sind, unter anderem auch eine Initiative des bayerisch-ukrainischen Hauses in Odessa. Die Damen und Herren dort unten haben es verdient, dass Sie auch noch einmal vorbeischaun und sich informieren, wenn sie schon offiziell eingeladen sind. Sie sind im Übrigen im Ehrenamt heute bei uns. Das sollten wir honorieren. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unten noch einmal vorbeischaun würden, weil es heute etwas unglücklich gelaufen ist, was diese Initiative anbelangt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Antrag der Staatsregierung  
Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 (Drs. 15/4080)  
– Zweite Lesung –**

Eine Aussprache findet nicht statt. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf Drucksache 15/4080 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/4304 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt- und Finanzfragen empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Dagegen ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Somit wurde dem Staatsvertrag zugestimmt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufge-

legten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

(siehe Anlage)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Neubestellung eines Mitglieds für den Parlamentarischen Beirat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit**

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion hat der Landtag am 10.12.2003 Frau Marianne Schieder zum Mitglied im Parlamentarischen Beirat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bestellt. Die SPD-Fraktion hat mitgeteilt, dass sie anstelle der inzwischen aus dem Landtag ausgeschiedenen Kollegin Schieder als neues Mitglied Herrn Kollegen Dr. Christoph Rabenstein benennt. Hierüber ist heute Beschluss zu fassen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen.

Wer dem Vorschlag der SPD-Fraktion seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Wie ich sehe, ist das das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Wahl der bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden für den Gefängnisbeirat bei der Justizvollzugsanstalt Amberg**

Die SPD-Fraktion hat als Nachfolger für die ausgeschiedene Kollegin Marianne Schieder Herrn Kollegen Reinhold Strobl für die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt Amberg benannt. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

(Zuruf von der CSU: Vorstellen!)

– Ich denke, wir kennen alle den Kollegen, auch wenn er momentan nicht im Hohen Hause ist.

Die Wahl erfolgt in einfacher Form durch Handzeichen. Wer dem Vorschlag der SPD-Fraktion seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Herr Kollege Strobl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt Amberg gewählt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir für heute unser Arbeitspensum erledigt. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.52 Uhr)

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

### Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Dr. Linus Förster, Wolfgang Hoderlein u.a. und Fraktion SPD  
 Lohn- und Sozialdumping bei Dienstleistungen verhindern, das europäische Sozialmodell sichern und stärken, Verfassung ratifizieren  
 Drs. 15/3355, 15/4298 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europa-angelegenheiten	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Robert Kiesel u.a. CSU  
 Deregulierungsmaßnahmen im neuen Stiftungsrecht  
 Drs. 15/3585, 15/4293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert SPD  
 Einrichtung einer Serviceagentur „Ganztäglich Lernen“  
 Drs. 15/3712, 15/4283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
 Situation und Zukunft der Kommunalwirtschaft in Bayern  
 Drs. 15/3759, 15/4161 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Peter Welnhöfer u.a. CSU  
 Entziehung der Fahrerlaubnis praxisgerecht ausgestalten  
 Drs. 15/3760, 15/4294 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl, Thomas Kreuzer, Alexander König u.a. CSU  
 Verteilung der Mittel nach dem SGB II  
 Drs. 15/3762, 15/4181 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	A	A

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. und Fraktion SPD  
 BOS-Digitalfunk  
 Drs. 15/3852, 15/4180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

8. Antrag des Abgeordneten Bernd Sibler CSU  
Förderung der Diagnosefähigkeit der Lehrerinnen  
und Lehrer  
Drs. 15/3859, 15/4282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard -  
Waschler, Ingrid Heckner, Bernd Sibler u.a. CSU  
Zulassung von Absolventen der Berufsoberschulen  
zum Studium des Lehramts an Grund- und Haupt-  
schulen  
Drs. 15/3935, 15/4285 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	ENTH	Z

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle,  
Franz Josef Pschierer, Joachim Unterländer u.a. CSU  
EU-Dienstleistungsrichtlinie nachbessern  
Drs. 15/3940, 15/4299 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europa- angelegenheiten	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	ENTH	ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter,  
Wolfgang Vogel, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
Kultur- und tourismuspolitisches Konzept für das  
Weltkulturerbe Limes in Bayern  
Drs. 15/3941, 15/4232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

12. Antrag des Abgeordneten Eduard Nöth CSU  
Bericht über Schulversuch MODUS 21  
Drs. 15/3943, 15/4284 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

13. Antrag der Staatsregierung  
Zustimmung zu dem Optimierungskonzept für die  
Bayerischen Hochschulen 2008  
Drs. 15/3957, 15/4233 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	A	ENTH

**mit der Maßgabe, dass der Einleitungssatz  
folgende Fassung erhält:  
„Zustimmung zu dem Optimierungskonzept  
für die Bayerischen Hochschulen 2008 mit der  
Maßgabe, dass die Staatsregierung in diesem  
Zusammenhang Folgendes berücksichtigt:“**

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl,  
Manfred Ach, Dr. Otmar Bernhard u.a. CSU  
Einführung des Digitalfunks zügig vorantreiben  
Drs. 15/3969, 15/4179 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß,  
Dr. Christoph Rabenstein, Stefan Schuster u.a. SPD  
Drs. 15/4050, 15/4258 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3  
Satz 3 GeschO:  
abweichendes Votum  
des mitberatenden  
Ausschusses für Bildung,  
Jugend und Sport**

	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

**mit der Maßgabe, dass das Berichtsdatum  
„06.12.2005“  
durch „13.12.2005“ ersetzt wird**

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 15.12.2005

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)